

Weltpolizist Putin: Russlands Vorstoss ins amerikanische Vakuum

Nummer 41 – 8. Oktober 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCH

4 194407 006904 4 1



Die dunklen Seiten der SVP

Schwächen, Fehler und Abgründe der Erfolgspartei.
Von Philipp Gut und Florian Schwab

source ETF-Lösungen

Für einzigartige Investitionsmöglichkeiten in Exchange Traded Funds, probieren Sie Source. sourceetf.ch

Die von Source angebotenen Produkte setzen ihr Kapital Risiken aus. Anleger erhalten den ursprünglich investierten Betrag möglicherweise nicht zurück. Diese Anzeige wurde von der Source Schweiz GmbH, Kappelerstrasse 11, 8001 Zürich, herausgegeben. Die Source Schweiz GmbH ist von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA) als Vertriebssträger zugelassen und untersteht deren Aufsicht.





PATEK PHILIPPE

GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition

Mehr Informationen erhalten Sie bei den unten genannten
Patek Philippe Partnern sowie im autorisierten Fachhandel.

Eine vollständige Liste unserer Partner in der Schweiz
finden Sie auf patek.com

Ascona

Doris Herschmann,
Piazza Giuseppe Motta/Lungolago

Basel

Gübelin AG, Freie Strasse 27
Seiler, Gerbergasse 89

Bern

Zigerli & Iff AG, Spitalgasse 14

Davos Platz

Chronometrie Stäuble, Promenade 71

Gstaad

Villiger Gstaad AG, Promenade

Interlaken

Kirchhofer Haute Horlogerie II,
Höheweg 56

Klosters

Maissen, Bahnhofstrasse 15

Lugano

Gübelin AG, Via Nassa 7
Mersmann SA, Via Nassa 5
Somazzi SA, Via Nassa 36

Luzern

Gübelin AG, Schwanenplatz

St. Moritz

Gübelin AG, Via Serlas/Palace Galerie

Vaduz/FL

Huber, Im Städtle

Zermatt

Haute Horlogerie Schindler SA,
Bahnhofstrasse 15

Zug

Lohri, Neugasse 9

Zürich

Patek Philippe Boutique at Beyer,
Bahnhofstrasse 31

Gübelin AG, Bahnhofstrasse 36



Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Chronograph Ref. 5170G

4x4

DESIGN. POWER. QUALITÄT.

DER NEUE OUTLANDER



Abb.: DID Diamond

Das ausdrucksstarke Design verkörpert die neue Mitsubishi Design-Sprache: dynamische Front mit LED-Scheinwerfern, sportliches SUV-Profil, elegantes Heck, breite LED-Leuchten. Mehr als 100 Verbesserungen in den Bereichen Sicherheit, Technik, Komfort und Ausstattung, dazu das geniale Super-All-Wheel-Control-4x4-System (exklusiv im Top-Modell DID Diamond). Geliebt sind der geräumige Innenraum mit bis zu 7 Sitzen und die Top-Ausstattung mit dem Safety-Assistenzsystem.



2WD Pure schon für **CHF 24'999.-**, 4x4 DID Value CHF 32'999.-*



Genial bis ins Detail.

www.mitsubishi-motors.ch



*Unverbindliche Nettopreise inkl. MWST und Bonus CHF 2'000.- (nicht für 2WD Pure), gültig bei Vertragsabschluss und Immatrikulation bis 31.12.2015. Normverbrauch gesamt l/100km (Benzin-Äquivalent)/CO₂ Emissionen g/km/Energieeffizienz-Kategorie: 2.0 Benzin 6.7/155/F; 2.2 DID 5.3 (5.9)/139/C. CO₂-Durchschnitt aller verkaufter Neuwagen: 144 g/km.



Gestaltungslust: Putin als Terminator ...



... SVP-Recherche im Comic-Stil.

Die aktuelle Ausgabe der *Weltwoche* erscheint mit zwei verschiedenen Titelbildern. Damit lassen wir die Leser teilhaben an unserer Gestaltungslust. Beim Cover mit Putin, das der renommierte Hamburger Illustrator Wieslaw Smetek ausführte, liessen wir uns vom Besuch von Hollywood-Legende Arnold Schwarzenegger in Zürich inspirieren. Dessen berühmteste Filmgestalt mutiert in «Terminator II» vom Bösewicht zum Wohltäter. Ob sich dieses Szenario in Bezug auf Russlands Präsidenten auch in der Wirklichkeit erfüllen wird, sei damit nicht vorweggenommen. Das zweite Titelbild zur Recherche von Philipp Gut und Florian Schwab über die Schwächen, Fehler und Abgründe der Erfolgspartei SVP stammt vom Schweizer Comiczeichner David Boller. Dieser arbeitete unter anderem für «Spider-Man», «Batman», «Witchblade», «Magic the Gathering» und viele mehr. 1996 schuf er mit «Kaos Moon» bei Caliber Comics seine eigene Serie. Nach seiner Rückkehr aus den USA gründete er den Verlag Virtual Graphics und das Comic-Website Zampano. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Betrachten und beim Lesen.

Gerade mal ein Jahr ist es her, da stellte ihn US-Präsident Barack Obama in eine Reihe mit Ebola und dem Islamischen Staat als grösste Bedrohungen des Weltfriedens – heute ist Wladimir Putin zurück als gleichberechtigter, wenn auch nicht unbedingt geliebter Gesprächspartner des Westens. In Syrien beteiligt sich der Kremlherr sogar am Kampf gegen den IS. Sagt er jedenfalls. Doch eine globale Rolle für Moskau strebt Putin nicht an: Ob er alleine Russlands regionale Interessen und seine Sicherheit verteidigt, wie *Weltwoche*-Redaktor Wolfgang Koydl in seiner Analyse darlegt, oder ob er nur den eigenen Machterhalt anstrebt, wie der britische His-

toriker Max Hastings schreibt – seine Ziele sind weit von den Weltmachtsambitionen der früheren Sowjetgarde entfernt. Aus pointiert russischer Sicht beschreibt der Moskauer Rüstungsexperte Wladimir Kozin, wie Putin seit seinem Amtsantritt die Streitkräfte zu einem schlagkräftigen Instrument seiner Politik ausgebaut hat. In einem stimmen die drei überein: Russland darf man nicht ignorieren. **Seite 20–27**

Die Leserzahlen der *Weltwoche* steigen. Die jüngste Leserschaftsbefragung der AG für Werbemedienforschung (Wemf) weist für die *Weltwoche* 234 000 Leser aus. Das sind 3000 mehr als im Vorjahr. Wir danken den Abonnenten und Käufern der *Weltwoche* für Ihre Treue.

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch
Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Martin Kappler, Lukas Schmid (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempfer, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigennendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Aextra
Tarife und Buchungen: info@Aextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

*Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.*

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE

| DIE NAVITIMER 46 mm

WW MAGAZIN



Die nächste Ausgabe liegt der WELTWOCHEN
vom 15. Oktober bei

Guillotine

Ein paar Wahrheiten zu den Bilateralen I.

Von Roger Köppel

In der aktuellen Diskussion über das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU wird von Seiten der Wirtschaft und aller bürgerlichen Parteien ausser der SVP insbesondere ein Thema hervorgehoben. Die Personenfreizügigkeit sei enorm wichtig, damit unsere Wirtschaft genügend qualifizierte Arbeitskräfte aus Europa bekomme. Deshalb sei die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative brandgefährlich für den Wirtschaftsstandort.

Interessanterweise spielte dieses Argument bei Abschluss der Personenfreizügigkeit und der Bilateralen I Ende der neunziger Jahre, als es der Schweizer Wirtschaft schlechter ging als heute, nicht die geringste Rolle.

Als der Bundesrat am 23. Juni 1999 in seiner «Botschaft zur Genehmigung der sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EG» auf die Personenfreizügigkeit zu sprechen kam, war mit keinem Satz die Rede davon, dass die Schweizer Wirtschaft dringend auf Arbeitskräfte aus Europa angewiesen sei.

Im Gegenteil: Die Freizügigkeit im Rahmen der Bilateralen I sei vor allem für die Schweizer Jugend gut: «Die stufenweise und kontrollierte Schaffung der Freizügigkeit für Personen wird für Schweizerinnen und Schweizer zusätzliche Entfaltungsmöglichkeiten im EU-Raum schaffen.» Von der angeblichen unternehmerischen Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften stand kein Wort.

Die Ansage der Regierung deckte sich nahtlos mit den Verheissungen des damaligen Finanzministers Kaspar Villiger. Der FDP-Bundesrat erklärte an einer Tagung des Thurgauer Gewerbeverbandes im April 2000, dass die Personenfreizügigkeit vor allem «der Jugend» die Chance gebe, «eine Luftveränderung zu wagen und ihren persönlichen und beruflichen Horizont ausserhalb der Schweiz zu erweitern».

Dass die Schweizer Wirtschaft europäische Arbeitskräfte brauche, war für Villiger kein Thema. In seinem Bericht lobte der Gesamtbundesrat stattdessen vor allem die Tatsache, dass die «integrationspolitische Lage der Schweiz mit diesen durchwegs eurokompatiblen Verträgen deutlich verbessert» werde.

Diese Feststellung ist entscheidend. Es ging bei den Bilateralen I nie darum, der Schweizer Wirtschaft mehr hochwertige Arbeitskräfte aus Europa zu verschaffen. Auch der Zugang zu den europäischen Märkten wurde durch die Bilateralen I nicht nennenswert verbessert – siehe dazu auch mein letztes Editorial.



Der Bundesrat knickte freiwillig ein.

Der eigentliche Sinn des hochgejubelten Vertragspakets erschliesst sich auf der ersten Seite der damaligen Bundesratsbotschaft, die von Ruth Dreifuss und Bundeskanzler François Couchepin unterschrieben wurde: «Die Verträge fügen sich bestens ein in die längerfristig angelegte Integrationspolitik des Bundesrates, wie sie in der bundesrätlichen Botschaft zur Volksinitiative «Ja zu Europa!» [...] definiert ist.»

Der Bundesrat wollte nicht, dass die Schweiz möglichst unabhängig von der EU bleiben und vorteilhafte Bedingungen für die Wirtschaft erhalten sollte. Sein Ziel war es vielmehr, die aus seiner Sicht «politisch und wirtschaftspolitisch bedenkliche institutionelle



Isolation der Schweiz auf einer stabilen Grundlage zu reduzieren».

Institutionelle Isolation? Jeder souveräne, unabhängige Staat hat eigene Institutionen. Diese Institutionen sind zwangsläufig isoliert, sprich: unabhängig von den Institutionen anderer Staaten. Die direkte Demokratie der Schweiz gilt nur für die Schweiz. Die parlamentarische Demokratie Deutschlands gilt nur für Deutschland. Das ist das Normalste in der Welt.

Was der Bundesrat hier also als «bedenkliche institutionelle Isolation» kritisiert, ist nichts anderes als die staatliche Unabhängigkeit der Schweiz, die zu wahren der Bundesrat gemäss Bundesverfassung verpflichtet ist, die er aber durch die Bilateralen I allerdings ganz offenherzig überwinden wollte.

Der Rückblick zeigt: Der Bundesrat brachte die bilateralen, also zweiseitigen Beziehungen der Schweiz mit der EU schon mit den ersten bilateralen Verträgen nach 1992 auf eine schiefe Ebene. Er räumte zwar irreführend und beschwichtigend ein, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Personenfreizügigkeit zurückgehen werde. Was nicht stimmt. Ausserdem bleibe das Abkommen über den Personenverkehr «kündbar». Was auch nicht stimmt.

Denn ohne Not und ohne Zwang liess sich der Bundesrat jene einengende «Guillotine-Klausel» aufnötigen, die er heute als Argument verwendet, um die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative selber zu torpedieren. Die Guillotine-Klausel besagt, dass die Kündigung eines Abkommens der Bilateralen I automatisch die Kündigung aller Abkommen der Bilateralen I bedeute. Wäre das Personenabkommen so leicht kündbar, wie der Bundesrat damals log – weshalb wird heute darum so ein Theater veranstaltet?

Alt Staatssekretär Jakob Kellenberger schildert in seinem neuen Buch «Wo liegt die Schweiz?» (2014) seziermesserscharf die damaligen Verhandlungen. Der Bundesrat habe sich von der EU diese Klausel aufdrücken lassen, weil die EU «das Risiko als zu gross erachtete, dass Abkommen, die vor allem für die EU von Interesse waren, über den direktdemokratischen Weg herausgesiebt würden».

Die EU wusste, dass die bilateralen Verträge vor allem in ihrem Interesse waren. Darum drängte sie als Rückversicherung auf die antidirektdemokratische Guillotine-Klausel. Der Bundesrat knickte freiwillig ein, weil er mittelfristig ohnehin den EU-Vollbeitritt anstrebte.

Es ist an der Zeit, die Sache wieder einzurenken. Die Guillotine ist ein Unsinn. Die uneingeschränkte Personenfreizügigkeit war nie im Interesse der Schweiz. Die Bilateralen I brachten vor allem Vorteile für die EU. Wetten, dass die EU diese Bilateralen niemals kündigen wird, wenn die Schweiz ihren Volksentscheid gegen die Masseneinwanderung umsetzt?



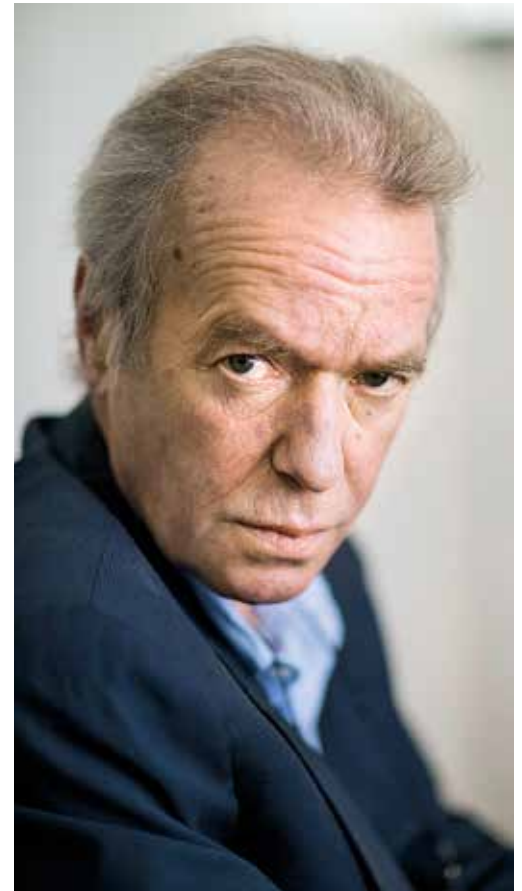
Alles für den Hund: Yves Steiger. Seite 68



Methoden der Kampf-gewerkschaft: Seite 54



Farbtupfer: Hans-Ulrich Lehmann. Seite 52



Banalität des Bösen: Martin Amis. Seite 60

Kommentare & Analysen

- 9 Editorial
- 15 Kommentar Ehrlicher Landesverräter
- 15 Im Auge Franziskus, Fussballpapst
- 16 Gesundheitswesen Leugnen
- 16 Wirtschaft OECD – nein danke
- 17 Justiz Reinigender Exzess
- 17 EU-Türkei Süsse Rache
- 18 Personenkontrolle Leuthard, Turnherr, Casanova, Chassot, Gysin, Schneider-Ammann, Girod, Markwalder etc.
- 19 Nachrufe Henning Mankell, Dieter Wiesmann
- 20 Putin, der Judoka
Moskau verteidigt in Syrien seine Interessen
- 22 Der Underdog hat wieder Biss
Russlands Armee ist schlagkräftiger geworden
- 24 Mit Putin leben
Ohne Putin ist der Islamische Staat nicht zu schlagen
- 27 Amerika Obamas Klimakrieger
- 28 Die Deutschen Ende des Ganges
- 28 Wirtschaft Strategisches Spiel
- 29 Ausland Cameron – der neue Tony Blair
- 30 Brief aus Berlin Die grosse Denkblockade
- 32 Mörgeli Politgeografen und Politsimulanten
- 32 Bodenmann Unsere Europameister

- 33 Medien Das Prinzip Sepp
- 33 Gesellschaft Anonymer Amok
- 34 Darf man das? / Leserbriefe

Hintergrund

- 36 Die dunklen Seiten der Siegerpartei
Die SVP offenbart erstaunliche Schwächen
- 40 Ein brillanter Marktgläubiger
Rudolf Strahm über Avenir-Suisse-Chef Gerhard Schwarz
- 42 Datendieb auf freiem Fuss
Der vertuschte Datendiebstahl im Schweizer Geheimdienst
- 44 Brief aus Bern Symbol der Inhaltslosigkeit
- 46 Freiheit auf dem Wahlzettel
Kandidaten gegen die Subventions- und Regulierungswut
- 49 Asylwesen Das Veto der Eigentümerin
- 50 Pfarrer Siebers Guerilla-Gewissen
Ernst Siebers Kampf für die Schwächsten der Gesellschaft
- 52 Der helvetische Traum
SVP-Nationalratskandidat Hans-Ulrich Lehmann
- 54 Rufmord nach amerikanischer Art
Das Opfer einer Baustellenblockade der Gewerkschaft Unia
- 56 Bürokratie Unkomplizierte Hilfe unerwünscht
- 57 See-Spital «Es könnte eng werden»

Türen auf fürs Eigenheim
mit unserer günstigen
Starthypothek.
Jetzt Offerte anfordern!

Sichern Sie sich
Zinsen
unter 1%



Mehr unter www.zkb.ch/eigenheim

Sie suchen eine faire und verlässliche Partnerin
für Ihre Eigenheimfinanzierung? Gern erstellen wir
eine persönliche Offerte. **Wir freuen uns auf Sie.**

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank



«Kämpft weiter, ich hab's heiter»: Pfarrer Sieber. Seite 50

Porträt

50 Pfarrer Siebers Guerilla-Gewissen

Obdachlose, Drogensüchtige, Arme, Kranke – Ernst Sieber kämpfte stets für die Schwächsten der Gesellschaft. Dabei half ihm nicht nur sein Glaube

Stil & Kultur

58 Stil & Kultur Die Om-Gemeinde

60 Bestseller

60 Liebe in Zeiten der Nazis

Martin Amis über die Banalität des Bösen

61 Jazz Hommage à Eberhard Weber

63 Nachruf Gottfried Schatz war weit mehr als ein erfolgreicher Biochemiker

64 Mit Nonsens zur Exzellenz

Warum Experimente zu immer mehr unsinniger Forschung führen

66 Top 10

66 Kino «Sicario»

67 Fernseh-Kritik «10 vor 10»

68 Zahnsperre für den Hund

Was gut für den Menschen ist, ist fürs Haustier nur billig

72 Namen Zurich Film Festival

73 Hochzeit Elizabeth Rider, Gesundheitscoachin

73 Thiel Hormonhaushalt

74 Wein Pago los Balancines: Ribera del Guadiana DO Mata Negra 2012

74 Zu Tisch Daniel Humms Gastspiel in der Heimat

75 Auto Porsche 911 GT3 RS

76 MvH trifft Daniel Humm, Küchenchef

Autoren in dieser Ausgabe

Max Hastings



Der britische Journalist berichtete über den Vietnam- und Falklandkrieg und ist Autor zahlreicher Kriegsbücher, darunter Bestseller wie «Battle of Britain» und «Armageddon». Er sagt, warum der Westen nicht darum herum kommt, mit Putin zu verhandeln. Seite 24

Hans Hollmann



Der renommierte Regisseur und frühere Direktor des Basler Theaters war jahrzehntelang mit Gottfried Schatz befreundet, der letzte Woche gestorben ist. In seinem Nachruf nähert sich Hollmann dem Biochemiker über dessen künstlerische Seiten. Seite 63



Öffentlicher Vortrag von Roger Köppel
Verleger und Chefredaktor der Weltwoche

Die Schweiz am Scheideweg

Warum diese Wahlen so wichtig sind.

Winterthur, Montag, 12. Oktober 2015
Casinotheater Winterthur,
Stadthausstrasse 119, 8400 Winterthur
Beginn: 19.30 Uhr, Türöffnung: 19.00 Uhr
Eintritt frei, keine Reservation erforderlich.

DIE WELTWOCH

NEU: LEVORG 4x4.

DER SCHÖNSTE KOPFENTSCHEID ALLER ZEITEN.

Ab Fr. 27'900.-.

Kein Wunder, hat die Schweiz auf ihn gewartet. Der neue Levorg 4x4 bietet alles, was einen Subaru ausmacht. Für alle, die mit Herz und Verstand entscheiden.

Der Levorg 4x4 steht für Kraft, Dynamik, Sicherheit und Platz. Für ein aufsehenerregendes Design. Für 1.6-Liter-Direkt-einspritz-Boxer-Turbomotor. Lineartronic-Getriebe mit Schalt-paddles und Manual-Modus. Komfortsitze. Klimaautomatik. Top Infotainment-System. Und vieles mehr.

Überzeugen Sie sich selbst auf einer Probefahrt bei Ihrem Subaru-Vertreter. Er freut sich, Sie in der Zukunft willkommen zu heissen.



SUBARU

Confidence in Motion

DER 4x4 FÜR DIE SCHWEIZ

Abgebildetes Modell: Subaru Levorg 1.6DIT AWD Swiss S, 5-türig, 170 PS, Energieeffizienz-Kategorie F, CO₂ 164 g/km, Verbrauch gesamt 7,1 l/100 km, Fr. 35'200.- (inkl. Metallic-Farbe). Subaru Levorg 1.6DIT AWD Advantage, 5-türig, 170 PS, Energieeffizienz-Kategorie F, CO₂ 159 g/km, Verbrauch gesamt 6,9 l/100 km, Fr. 27'900.- (mit Farbe Pure Red).

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch. Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): CO₂ 144 g/km.



VIP-Gala-Vorstellung **Conelli 2015 – «That's Entertainment»**

Erleben Sie die Gala-Vorstellung des original Schweizer Weihnachtszirkus Conelli am 7. Dezember – mit einem exklusiven Vier-Gänge-Menü und einem privaten Manegen-Apéro.

Was wäre Zürich ohne das romantisch funkelnde Conelli-Zelt auf dem Bauschänzli? Seit 23 Jahren gehört es während der Adventszeit so untrennbar zu Zürich wie der Löwe zum Stadtwappen.

Unterhaltung auf höchstem Niveau ist auch 2015 Programm: «That's Entertainment». Unter diesem Motto beweist die traditionsreiche Zirkusfamilie Gasser einmal mehr, dass sie die Menschen auch heute noch verzaubern kann.

Es erwartet Sie ein einmaliges Show-Feuerwerk an Weltklasse-Akrobatik, Comedy-Acts und poetischen Kostümen – live begleitet von der unvergleichlichen Alex Big Band.



Platin-Club-Spezialangebot

Montag, 7. Dezember 2015:

Gala-Abend «That's Entertainment» mit exquisitem Vier-Gänge-Menü.
VIP-Manegen-Apéro um 17.30 Uhr

Leistungen:

- Apéro mit Perrier-Jouët-Champagner
- Fingerfood von «Candrian Catering»
- Gala-Vorstellung mit Vier-Gänge-Menü
- Gästegarderobe und Programmheft

Bedingungen:

Dieses Angebot gilt nur für Weltwoche-Abonnenten. Bitte Kundennummer angeben.

Kosten:

Fr. 239.– pro Person, exkl. Getränke

Reservation:

Tel. 079 407 45 65 oder office@circus-conelli.ch

Veranstalter:

Circus Conelli, Conny-Land AG
8564 Lipperswil, www.circus-conelli.ch
www.weltwoche.ch/platinclub

www.weltwoche.ch/platinclub



Freundlicher Landesverräter

Von Roger Köppel — Staatssekretär Rossier schreibt in einem Brief an seine Mitarbeiter, das Wort «Interessenwahrung» sei aus dem Vokabular der Aussenpolitik zu streichen. Die Bundesverfassung fordert das Gegenteil.



Meister der Klarstellung: Diplomat Rossier.

Es ist das Ende der Schweizer Diplomatie, wie man sie aus der Geschichte kannte. Bundesbern hat sich nun definitiv und ausdrücklich davon verabschiedet, die Interessen der Schweiz im Ausland zu vertreten. Die offizielle Sterbeurkunde erschien letzte Woche, genauer am 1. Oktober 2015.

Verfasst hat sie niemand Geringerer als Staatssekretär Yves Rossier, oberster Schweizer Diplomat, freundlicher Bonvivant, vulkanischer Kettenraucher, enger Vertrauter von Aussenminister Didier Burkhalter.

In einem Brief an seine «lieben Kolleginnen und Kollegen» schreibt Rossier, dass das Wort «Interessenwahrung» aus dem diplomatischen Vokabular gestrichen werden müsse: «Ich bin der Meinung, dass diese Definition [...] dem allgemeinen Verständnis nicht förderlich ist und unsere Realität nicht genügend abbildet.» Statt «Interessenwahrung» müsse es in Zukunft heissen «diplomatische Aufgaben».

Nützlich für wen?

Nun ist es aktenkundig. Die Interessenwahrung der Schweiz gehört sprachlich nicht mehr zum Auftrag unserer Diplomatie. Rossiers Umschreibung, erzählt uns ein altgedienter Botschafter, sei «gegen alles gerichtet, was die schweizerische Aussenpolitik seit ihren Anfängen auszeichnet». Diplomatie ist die Kunst der Interessenwahrung

im Ausland. Das war einmal. Allerdings: Rossier ist ein Meister der Klarstellung, ein Genie der Ehrlichkeit in einem Gewerbe, das sich sonst oft auf die Kunst der Vernebelung und der Verstellung versteht. Müssen wir ihm dankbar dafür sein, dass er endlich ausspricht, was wir begründetermassen längst befürchtet haben?

Nicht erst seit der Masseneinwanderungsinitiative im Februar letzten Jahres hat eine wachsende Zahl von Menschen in der Schweiz den Eindruck, dass unser Aussendepartement und damit unsere Diplomatie sich weniger für die Interessen der Schweiz als für die Interessen der EU einsetzen. «Diplomatische Aufgaben» eben.

Es war Rossier, der einst in einem Interview offenherzig die bundesrätliche Aussenpolitik entlarvte. Sie würde die Schweiz «fremdem Recht» und «fremden Richtern» unterwerfen. Der gleiche Rossier gab an einer Tagung des Gewerbeverbands unumwunden zu, dass die EU niemals die Bilateralen I kündigt, wenn die Schweiz auf dem Volksentscheid gegen die Masseneinwanderung beharrt. Die Vorgesetzten schäumten, aber Rossier lag richtig. Und jetzt also die Verabschiedung der «Interessenwahrung».

Ist das noch Ehrlichkeit oder schon Landesverrat? Die Bundesverfassung schreibt deutlich: «Der Bund wahrt die Interessen der schweizerischen Wirtschaft im Ausland» (Art. 101). Weiter: «Wenn die Wahrung der Interessen es erfordert, kann der Bundesrat Verordnungen und Verfügungen erlassen» (Art. 184). Für die nationalen Interessen der Schweiz, für deren «Unabhängigkeit» und «Wohlfahrt» zu sorgen (Art. 54), steht laut Bundesverfassung im Mittelpunkt des staatlichen Handelns.

Herausragendes Instrument der «Interessenwahrung» ist, oder muss man schon sagen: wäre, Rossiers Departement des Äusseren (EDA). Dazu heisst es in der Organisationsverordnung: «Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten wahrt die aussenpolitischen Interessen der Schweiz im Rahmen des verfassungsmässigen Auftrages».

Darf sich ein Chefdiplomat und Bundesratsvertrauter so mir nichts, dir nichts von seinem verfassungsmässigen Auftrag der «Interessenwahrung» befreien?

Rossier schreibt: «Wir arbeiten alle gemeinsam an der Festlegung und Umsetzung einer aktiven, ausgewogenen und, so hoffe ich, nützlichen Schweizer Aussenpolitik.» Nützlich für wen? Dank Rossiers Brief erfahren wir, dass die Schweizer Interessen für unser Aussendepartement nicht mehr zuoberst stehen.

Der Glücksbringer



Franziskus, Fussballpapst.

Landauf, landab werden von den Medien immer wieder angebliche Fussballwunder ausgerufen, aber man sollte vielleicht den Glauben an unerklärliche Vorgänge dieser Art auf wirklich kompetente Leute richten. Beispielsweise auf den Inhaber der Mitgliedskarte Nr. 88 235 des CA San Lorenzo de Almagro in Buenos Aires, der alle Jahre brav das Abonnement erneuert für 180 Peso, etwa 15 Franken, überwiesen von der Vatikanbank. Papst Franziskus ist das unheimliche Amulett des Fussballklubs. Vor vier Jahren drohte San Lorenzo der Konkurs, aber seit Jorge Mario Bergoglio, 78, den Heiligen Stuhl bestieg, am 13. März 2013, reitet das Team auf einer Glückswelle: Gewinn des Meistertitels und der Copa Libertadores, der südamerikanischen Champions League. Franziskus prophezeit sogar Siege über den Erzrivalen Boca Juniors mit dem Spreizen seiner Finger. Seine Fussballleidenschaft erwachte, als er zehn Jahre alt war. San Lorenzo galt damals als beste Mannschaft der Welt, die auf einer Europatournee die spanische Nationalmannschaft mit Tennisresultaten von 7:5 und 6:1 demütigte. Viel später, als Erzbischof, erteilte er den Blau-Roten jeweils in der Kabine den Segen, bis ihn der Trainer Alfio Basile genervt hinauswarf. Der Name San Lorenzo ist dem Salesianerpater Lorenzo Massa gewidmet, der die Schüler auf dem Pausenhof Fussball spielen liess, die 1908 den Klub gründeten. Der Quartierklub verlor 1979 unter der Militärdiktatur sein Stadion «Estadio Gasómetro» an eine Spekulantengruppe, die das Terrain an einen Supermarkt verhökerte. San Lorenzo gastierte vierzehn Jahre heimatlos auf fremden Spielplätzen, ehe an anderer Stelle der «Nuevo Gasómetro» entstand. Der Klub türmte einen Schuldenberg von zwanzig Millionen Dollar auf, und dann spaziert dieser seltsam bescheidene alte Herr als Papst aus dem Konklave. Mit San Lorenzo geht es seither himmelwärts. Die Regierung hat dem Klub sogar das Recht auf das alte Stadiongelände zugesprochen. Für Franziskus ist es übersinnliche Liebe. Mitglied Nr. 88 235 sieht nie fern, und wie der Ball so läuft, erzählt ihm sein Protokollchef. Peter Hartmann

Leugnen

Von Alex Reichmuth — Der Präsident des See-Spitals ist weg. Seine Gefolgschaft bleibt.

Abstreiten, bis es nicht mehr geht. Das war bisher die Devise am See-Spital in Horgen. Für Walter Bosshard ist die Zeit nun abgelaufen. Er trat letzte Woche als Präsident der Spitalstiftung ab. Unter der Führung des ehemaligen Dorfkönigs von Horgen hat das Spital jahrelang weggeschaut und wollte die mutmasslich missbräuchlichen Methoden seines Schmerzärztes D. nicht zur Kenntnis nehmen. Als die *Weltwoche* die Missstände um D. in diesem Jahr in mehreren Recherchen publik machte, stritt Bosshard zuerst alles ab, bevor er unter dem Druck der Enthüllungen immer mehr Fehler eingestehen musste.

Leider sind die Voraussetzungen für einen Neuanfang am See-Spital trotz des Abgangs von Bosshard nicht gegeben. Denn seine Gefolgschaft sitzt noch immer an den Schalthebeln. Und diese übt sich weiterhin im Leugnen. Bosshard habe «das Wohl der Mitarbeiter vor Augen» gehabt, schrieb das Spital in einer Mitteilung nach Bosshards Rücktritt. Die Wahrheit ist, dass auf das Spital nun happige Rückzahlungen an Krankenversicherer zukommen, die möglicherweise die ganze Institution samt ihrem Personal in Gefahr bringen. Doch am Spital behauptet man weiterhin, Bosshard trage keine Verantwortung für die Fehlleistungen von D., da er von diesen keine Kenntnis gehabt habe. Das ist nachweislich falsch. Vielmehr haben Ärzte die Spitalleitung schon vor Jahren auf die mutmasslichen Missstände hingewiesen – klar und deutlich. Bosshard war informiert. Doch statt für Ordnung zu sorgen, stellte er Kritiker kalt.

Einsicht sieht anders aus

In diesem Stil geht es nun weiter. Die Überbringer der schlechten Nachrichten werden verunglimpft. So sprach Lorenzo Marazzotta, der jetzt als Stiftungspräsident ad interim agiert, an der Medienkonferenz von letzter Woche weiterhin von falschen Vorwürfen seitens der *Weltwoche*. Gleichzeitig war er nicht bereit, auszuführen, was falsch gewesen sein soll. Weiter versuchte Marazzotta, dem Rheumatologen Andreas Wüest die Schuld für die versäumte Kontrolle von D. in die Schuhe zu schieben. Wüest hatte in seiner Funktion als Prüfer für Krankenversicherer das See-Spital zuvor kritisiert. Der Vorwurf gegen Wüest ist offensichtlich falsch und darum peinlich. Einsicht sieht anders aus.

Mehr zum Thema: Seite 57

OECD – nein danke

Von Florian Schwab — Die internationale Organisation entpuppt sich zusehends als Kartell der Hochsteuerländer. In solcher Gesellschaft hat die Schweiz nichts verloren.

Am Montag veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris ihren Aktionsplan für die Unternehmensbesteuerung. Sie will «aggressiver Steuerplanung», «steuerschädlichen Praktiken» und «Abkommensmissbrauch» einen Riegel vorschieben. Bereits die Wortwahl, mit der bislang legale Steueroptimierung in den Ruch des Kriminellen gerät, verrät die Geisteshaltung von OECD-Steuerdirektor Pascal Saint-Amans und seinen Mannen. Erstmals hat die OECD nun konkrete Massnahmen bei der Besteuerung juristischer Personen beschlossen.

Und die Schweiz? Die Verhandler aus Bern unter Finanz-Staatssekretär Jacques de Watteville, spezialisierte Anwälte und die Wirtschaftspresse geben sich entspannt. Mit der geplanten Unternehmenssteuerreform III erfülle die Schweiz schon beinahe alle Anforderungen der OECD. Die *NZZ* empfiehlt, «das lästige Unabänderliche» schicksalsergeben hinzunehmen. Es könne für die Schweiz sogar eine Chance sein, ihre Stärken im internationalen Steuerwettbewerb noch besser auszuspielen: nicht mehr mit speziellen juristischen Konstruktionen oder Briefkastenfirmen, sondern schlicht kraft ihrer tieferen Steuersätze und ihrer exzellenten Forschungs- und Bildungsinfrastruktur. So könne die Schweiz, wenn sie an ein paar Schrauben drehe, letztlich einen «Vorteil» aus der OECD-Initiative ziehen.

Gegenmodell zum Steuerstaat

Einspruch! Mit der Umsetzung der OECD-Beschlüsse wird nicht plötzlich Ruhe und Harmonie einkehren. Das erklärte Fernziel von Saint-Amans' Beamten ist es, die Unterschiede in der Unternehmensbesteuerung gänzlich auszuradieren und ein Regime zu errichten, das den grossen Ländern weltweit Zugriff auf «ihr» Steuersubstrat eröffnet. Ein Steuerwettbewerb zwischen einzelnen Ländern hat in diesem Weltbild keinen Platz. Indem die Schweiz sich an diesem ersten Schritt beteiligt, legitimiert sie einen zutiefst unliberalen Grundgedanken: Was die Bürger erwirtschaften, gehört eigentlich dem Staat. Wer versucht, möglichst wenig Steuern zu bezahlen, ist in dieser Logik ein latenter Krimineller. Übertragen auf Privatpersonen: Wer auf der Steuererklärung alle möglichen Abzüge geltend macht, ist ein schlechter Bürger oder gar ein Dieb an der Allgemeinheit.

Es kommt immer häufiger vor, dass die Hochsteuerländer der G-8 und der G-20 ihre abwei-

chende finanzpolitische Ideologie der Schweiz aufzwingen. Der reiche Kleinstaat ist das bevorzugte Opfer des Hochsteuerländer-Kartells: der automatische Informationsaustausch, die Einschränkung von Bargeldzahlungen, das Ende der Inhaberaktien und die Deklaration der Steuerhinterziehung zur Vortat von Geldwäscherei: alles Projekte der OECD. Die Schweiz wird gemolken. Und zwar mit ihrer eigenen Zustimmung, denn die Organisation kennt das Einstimmigkeitsprinzip. Bern hätte ein Veto. Doch anstatt die finanziellen Gelüste des Kartells mit einem «Nein» zu blockieren, werden sie unter untertänigen Beschwichtigungsformeln im Schweizer Gesetz verankert.

Es gäbe Alternativen. Die Schweiz muss weltweit klarmachen, dass die liberale Rechtsordnung nicht zur Disposition steht. Sie ist die wichtigste Grundlage des wirtschaftlichen «Sonderfall»-Erfolgs. Die Eidgenossenschaft verteidigt ihre Bürger und Firmen gegen Angriffe ausländischer Steuervögte. Sie ist bereit, kurzfristige wirtschaftliche Einbussen bis hin zur Abwanderung vereinzelter Grosskonzerne hinzunehmen. Ein glaubwürdiges Signal in diese Richtung wäre der Austritt aus dem Hochsteuerklub der OECD. Wer auf der Welt kann ein Gegenmodell zum allmächtigen Steuerstaat errichten, wenn nicht die Schweiz?



Zutiefst unliberal: Saint-Amans.

Reinigender Exzess

Von Alex Baur — Die Rekordentschädigung für den von der Boulevardpresse vorverurteilten Jörg Kachelmann ist happig, doch sie ist gerechtfertigt. Nur ist es damit nicht getan.

Gemäss einem Urteil des Landgerichtes Köln soll der Axel-Springer-Verlag (*Bild-Zeitung*) Jörg Kachelmann wegen Persönlichkeitsverletzung 635 000 Euro Schmerzensgeld bezahlen. Das ist eine Rekordsumme. Der Burda-Verlag (*Bunte, Focus*) hatte sich im letzten Frühling aussergerichtlich mit dem Wetterfrosch geeinigt. Wie üblich in solchen Fällen wurde Stillschweigen vereinbart, doch man darf davon ausgehen, dass auch Burda eine happige Ablasszahlung leistete.

Als Journalist kann man sich nie freuen, wenn Kollegen (egal, welcher Couleur) wegen ihrer Berichterstattung verurteilt werden. Das Mitleid mit der deutschen Boulevardpresse hält sich gleichwohl in Grenzen. Wochenlang schlachteten die Blätter von Burda und Springer das Intimleben des TV-Promis gnadenlos aus; mit Zehntausenden von Euro geköderte Ex-Gespielinnen plapperten hemmungslos über Kachelmanns angebliche sexuellen Präferenzen; in einer Endlosserie zog die Kampffeministin Alice Schwarzer ohne Rücksicht auf die Unschuldsvermutung und die Faktenlage über den vermeintlichen Vergewaltiger vom Leder, selbst als Kachelmann längst freigesprochen war. Wer mit solchen Mitteln Auflage bolzt, nimmt auch eigene Verluste in Kauf.

Feministisch imprägnierter Opferkult

Unter dem Titel der Pressefreiheit lassen sich solche Exzesse nicht rechtfertigen. Es war reiner Voyeurismus. Kachelmanns angebliche oder tatsächliche Frauengeschichten liessen keine belastbaren Rückschlüsse zu auf die einzig relevante Frage, ob er seine Ex-Freundin vergewaltigt hatte (oder eben nicht). Der joviale Wetterfrosch hatte allerdings auch gewichtige Fürsprecher unter den Journalisten (*Spiegel, Die Zeit*), die früh auf die Lächer in der Anklage hinwiesen. In diesem Licht passt er schlecht in die Rolle des Medienopfers.

Der «Fall Kachelmann» war in mancherlei Hinsicht von Exzessen geprägt. Der mediale Overkill, der sich oft in Gemeinplätzen, Spekulationen und Pseudo-News erschöpfte, hatte etwas Entwürdigendes. Die Justiz trug allerdings das Ihre dazu bei. Hätten die Strafermittler ihren Job gemacht, wären sie nicht nur den belastenden, sondern ebenso den entlastenden Spuren nachgegangen, hätten sie die Ungereimtheiten in der Tatversion des vermeintlichen Vergewaltigungsoffenders viel früher erkennen müssen. Dass die Mannheimer Staatsanwaltschaft im Wissen um diese Wider-



Geköderte Ex-Gespielinnen: Kachelmann.

sprüche den Fall überhaupt zur Anklage brachte, erscheint unverständlich. Dass sie dabei billig Stimmung machte mit Ex-Liebhaberinnen, die zur Klärung rein gar nichts beitragen konnten, war nachgerade perfid.

Immerhin hatte der Exzess auch eine positive Seite. Er rief auf drastische und plastische Weise in Erinnerung, dass gerade bei Sexualdelikten, wenn erst einmal Aussage gegen Aussage steht, die Falschanschuldigung eine reale Gefahr ist und die Unschuldsvermutung mehr als eine abstrakte Leerformel. Was seit der Aufklärung selbstverständlich sein müsste, wurde in den letzten Jahrzehnten durch einen feministisch imprägnierten und ideologisch überhöhten Opferkult zusehends in Frage gestellt. Auch das ist eine Form des Exzesses.

Wenn Staatsanwälte einseitig ermitteln, Hinweise auf Falschanschuldigungen ignorieren, Verdächtige trotz fragwürdiger Beweislage monatelang im Untersuchungsgefängnis schmoren lassen und wider besseres Wissen vor Gericht zerren, einfach, weil sie zu feige oder zu bequem sind, eine vermeintliche Opferrolle zu hinterfragen, dann ist auch das eine unzulässige Form der Vorverurteilung. So betrachtet, lenkt die Justiz mit ihrem harten Urteil gegen die Boulevardpresse leider auch vom eigenen Versagen ab. Die betroffenen Verlage werden den Verlust verkraften.

Süsse Rache

Von Wolfgang Koydl — Erdogan hat mit der Flüchtlingskrise die Europäer in der Hand.

Man muss schon lange in der Geschichte zurückgehen, um einen türkischen Herrscher zu finden, auf den das westliche Abendland so bange und so gebannt starrte wie jetzt die Europäische Union auf Recep Tayyip Erdogan. Vielleicht war es Sultan Süleyman der Prchtige, der den Europäern zuletzt so viel Respekt abverlangte, als er 1529 mit seinem Heer vor den Toren von Wien auftauchte.

Erdogan kam allein nach Brüssel, aber seine Truppen sind noch viel zahlreicher als die Janitscharen des Sultans. Denn er kann potenziell mehrere Millionen von Flüchtlingen ins Feld führen, um von der EU alles zu bekommen, was er will: Milliardensummen für den Staatshaushalt, Visafreiheit für seine Bürger und freie Hand im Krieg gegen die kurdische PKK für seine Armee. Nur Ankara ist inn der Lage, die Völkerwanderung, die sich seit Monaten nach Deutschland ergiesst, zumindest teilweise einzudämmen.

Die Körpersprache Erdogans bei seinen Begegnungen mit den kleinlauten Herren Donald Tusk (Rat), Martin Schulz (Parlament) und Jean-Claude Juncker (Kommission) liess keinen Zweifel daran, wie sehr er jede Sekunde seiner neuen Macht genoss. Seelenruhig packte er seine Papiere zusammen, derweil Tusk neben ihm ungeduldig von einem Bein aufs andere trat. Den Präsidenten von Parlament und Kommission trat er mit der Herablassung entgegen, die der Padischah in Konstantinopel einst für unliebsame Vasallen reservierte.

Erdogan hat schliesslich nicht vergessen, dass Europa ihn vor nicht allzu langer Zeit als eine Art von Diktator brandmarkte und gleichsam als Aussätzigen behandelte. Es sei ein Missverständnis zu glauben, hatte beispielsweise Schulz die mangelnde Europa-begeisterung Ankaras verhöhnt, dass die EU der Türkei beitreten wolle. Selbst für seinen neuen Protzpalast hatte Erdogan nichts als Spott geerntet: typisch für einen unkultivierten anatolischen Emporkömmling.

Vieles von dieser Kritik war richtig: Erdogan hat einen neuen Krieg gegen die Kurden vom Zaun gebrochen, den Islamischen Staat hat er zu lange stillschweigend geduldet, sein Verhältnis zur Demokratie ist – sagen wir mal: schwierig, und der Palast ist Kitsch pur. Doch es fragt sich, ob Europas Wortwahl immer angemessen war. Moralische Empörung, das Markenzeichen der EU, ersetzt eben nicht Realpolitik. Für die gilt dasselbe wie fürs tägliche Leben: Man sieht sich immer zweimal.

Personenkontrolle

**Leuthard, Thurnherr,
Casanova, Chassot, Gysin,
Schneider-Ammann, Girod,
Markwalder, Steinmann,
Leuenberger, Roth, Merkel,
Kohl, Cameron, Immelt,
Johnson, Juncker,
Lustenberger**

Bundesrätin **Doris Leuthard** (CVP) lässt ihren Generalsekretär **Walter Thurnherr** (52) ziehen. Der gelehrte Diplomat gilt als Strippenzieher in der Verwaltung und war hinter Leuthard die unbestrittene Nummer zwei im Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek). Die CVP hat ihn nun am letzten Dienstag als Nachfolger für Bundeskanzlerin **Corina Casanova** vorgeschlagen, die im Dezember nach zwei Amtszeiten abtritt. Die Partei tat sich nicht leicht bei dieser Entscheidung: Seit mehreren Wochen gibt es intern Streit darüber, wen man als Kandidaten aufstellen soll – die frühere Freiburger Staatsrätin und aktuelle Chefin des Bundesamtes für Kultur, **Isabelle Chassot**, oder eben Uvek-Generalsekretär **Walter Thurnherr**. Leuthard musste sich auf die Hinterbeine stellen, damit die Partei endlich einen Entscheid fällte – zugunsten Thurnherrs. Das wiederum verstärkte nicht bloss parteiintern den Eindruck, Leuthard denke selber auch an Rücktritt. Dieser dürfte aber, wenn überhaupt, erst nach ihrem Präsidentschaftsjahr 2017 anstehen – die CVP-Papabili werden sich also noch etwas gedulden müssen. (hmo)

Einen Skandal hat das «Regionaljournal Basel» des Schweizer Radios aufgedeckt: Die private Schnüffelfirma **Arbeitsmarkt-Services AG** hat offenbar beim Bund zu hohe Subventionen erschlichen. Dies, indem sie falsche Angaben zu den von ihr bezahlten Löhnen nach Bern geschickt hat. Das Staatssekretariat für Wirtschaft beteiligt sich nämlich finanziell an Arbeitsmarktkontrollen im Rahmen der «flankierenden Massnahmen» zur Personenfreizügigkeit – dem Betätigungsfeld der Firma. Der mutmassliche Betrugsfall beschäftigt nebst der Staatsanwaltschaft auch die Finanzkontrolle des Bundes. Leider versäumt es das «Regionaljournal», **Ross** und **Reiter** klar zu benennen, was hiermit nachgeholt sei: Die inkriminierte Firma leitet alt Nationalrat **Hans Rudolf Gysin** (FDP) als Verwaltungsratspräsident. Die von Gysin konzipierte Basler Lösung, die neben den privaten Schnüffelfirmen auch prohibitiv hohe Kautionszahlungen für ausländische Firmen kennt, hat dieser bei seinem Parteifreund, Bundesrat **Johann Schneider-Ammann** (FDP), höchstpersönlich genehmigen lassen. (fsc)



Vorschlag: Walter Thurnherr (CVP).

«Anhörung zu AKW Beznau war aufschlussreich und bestärkt meine Haltung zum Atomausstieg», twitterte der grüne Nationalrat **Bastien Girod** am Montagabend aufgeregt: «Wenns den Druckbehälter verjagt, haben wir Super-GAU.» Die Anhörung, in der diese Aussage angeblich fiel, fand in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek) statt. Bevor Bastien Girod mit der Live-Berichterstattung beginnt, sollte der grüne Apokalyptiker, der offenbar den Skandal um Kollegin **Christa Markwalder** (FDP) nicht mitbekommen hat, das Ratsreglement lesen: Die Kommissionssitzungen sind geheim. (sär)

«Es war am 1. Oktober 2014 ein fulminanter Auftakt», jubelt der Direktor des Bundesamtes für Energie, **Walter Steinmann** (SP), zum ersten Geburtstag seines Amtsblogs **Energiaplus.com**. «Mein erster Blog schaffte es gleich ins «Echo der Zeit» und wurde später auch in Fachzeitschriften abgedruckt.» Einige «Alphatiere der Strombranche» hätten säuerlich darauf reagiert, sie nähmen wohl lieber trockene Medienmitteilungen zur Kenntnis als «pointiertere Aussagen mit persönlichen Meinungen». (Ein Bundesamtschef wird eigentlich dafür bezahlt, politische Entscheide zu vollziehen, nicht dafür, persönliche Meinungen zu verbreiten.) Eine Überraschung birgt der aktuelle Blogbeitrag des Direktors: **Moritz Leuenberger** hätte den Atomausstieg verhindert, wäre er im Mai 2011 noch Bundesrat gewesen! «Es gibt gar einen kurz vor diesem Entscheid zurückgetretenen Bundesrat», schreibt Steinmann, «der mir gegenüber behauptete, dass, wäre er damals noch im Gremium gewesen, es nie zu diesem Entscheid gekommen wäre.» Moritz Leuenberger (SP), Ende 2010 als Energieminister zurückgetreten, ist selber schuld an der Indiskretion: Er stellte den wichtigtuerisch geschwätzigen Bundesamtschef an. (sär)

Bei allem Negativen hat die Flüchtlingskrise in Deutschland etwas Gutes: Es wird rasch klar, welche Polit-Konzepte etwas taugen und wel-



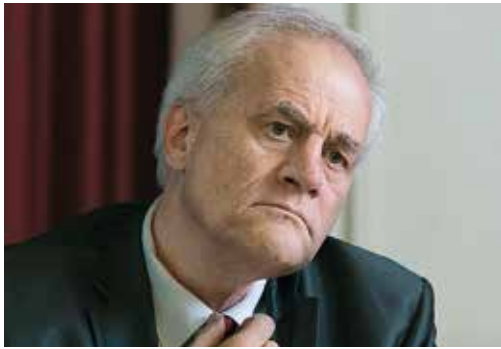
Falsche Angaben? Hans Rudolf Gysin (FDP).



«**Super-GAU**»: Bastien Girod (Grüne).

che nicht. Und manche Politiker zeigen schneller als sonst ihr wahres Gesicht – zum Beispiel **Claudia Roth** (Bündnis 90/Die Grünen). Kanzlerin **Angela Merkel** habe mit ihrer Parole «Wir schaffen das» trotz zunehmender Bedenken in der Öffentlichkeit keinen Fehler gemacht, betonte die Bundestagsvizepräsidentin in einem Interview. «Ich kann mich noch an **Helmut Kohl** erinnern, als er gegen die Stimmung in der Bevölkerung den Euro durchgesetzt hat.» Verantwortliche Politik «darfsich nicht an Umfragen orientieren», so Roth weiter. Gemäss der prominenten Grünen handeln Politiker also klug, wenn sie den Willen der Bevölkerung übergehen. Danke für die Klarstellung! (are)

Der britische Premierminister **David Cameron** will ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft abhalten. Ein Austritt des Landes liegt im Bereich des Möglichen. Manche Wirtschaftsexponenten schlagen sich auf die Seite Brüssels und warnen vor den Folgen der Isolation. Anders sieht es **Jeffrey R. Immelt**, der CEO des amerikanischen Milliardenkonzerns **General Electric (GE)**. Laut *Guardian* sagte er, es sei zwar



Indiskretion: Walter Steinmann (SP).



Eigene Entscheidung: Boris Johnson.



Klarstellung: Claudia Roth (Die Grünen).

wichtig, dass Grossbritannien weltweit gute Beziehungen pflege, aber «ich denke nicht, dass die Mitgliedschaft in der EU einen grossen Unterschied macht». Mit einem weiteren Holzschicht befeuerte am Dienstag der Londoner Bürgermeister **Boris Johnson** die EU-Debatte. Am Parteitag der Konservativen sagte er, der Entscheid darüber, ob zu viele Immigranten nach Grossbritannien kommen, sollte «diesem Land» und dessen Parlament obliegen «und nicht **Jean-Claude Juncker**». (fsc)

Das Schweizer Fernsehen gibt in einer Antwort an einen enttäuschten Zuschauer Einblick in seine Auffassung von Journalismus. Während andere Sender des In- und Auslands über eine Massenschlägerei von Asylbewerbern in Deutschland berichtet hatten, erfuhr man davon auf SRF nichts. **Franz Lustenberger**, stellvertretender Redaktionsleiter der «Tagesschau», schreibt dazu: «Die <Tagesschau> berichtet über relevante Ereignisse. Eine Schlägerei in einem Asylzentrum in Calden (Hessen/Deutschland) gehört nicht dazu.» Vielleicht passt sie auch einfach nicht ins Weltbild der TV-Macher. (gut)

Nachruf



Authentisch: Wallander-Erfinder Mankell.

Henning Mankell (1948–2015) — Natürlich weiss man, dass er sich in Afrika engagierte und Afrika-Romane schrieb, aber was von seinem literarischen Schaffen mit Sicherheit bleiben wird, das sind seine düsteren Krimis aus seiner Heimat Schweden. Zehn Thriller mit seinem reichlich desolaten Ermittler Kurt Wallander umfasst das Finster-Ceuvre. Wallander war, inspiriert von Martin Beck, dem Helden des engagierten Krimi-Paars Maj Sjöwall und Per Wahlöö, gewissermassen das «Fazit» eines desillusionierten Sozialisten in einem schwedischen Sozialstaat, der unter der Vorgabe staatlicher Fürsorge und Bevormundung nur Verlogenheit und Heuchelei in allen Bildungsklassen herangezüchtet hatte. Das Ideal von sozialer Gerechtigkeit war längst in die Binsen gegangen.

In «Mörder ohne Gesicht» (1991) geht's unverblümt um Fremdenhass. Mankell bezog seinen Helden – Alkoholiker, depressiv, gescheiterter Liebhaber – voll ins System mit ein. Das macht seine Romane glaubwürdig, fast authentisch. Mankell, der mit fünfzehn die Schule verliess und zur See ging, wollte immer Schriftsteller werden, landete zunächst an schwedischen Bühnen, ehe er Afrika bereiste und seine Liebe zu dem Kontinent entdeckte, für den er sich heftig engagierte. Kritiker hielten das für bequemen Moralismus. Mit seinen Wallander- und den späteren Stefan-Lindman-Krimis war Henning Mankell auch Auslöser und Inspirationsquelle für den exorbitanten Thriller-Boom in Schweden und anderen skandinavischen Ländern. *Wolfram Knorr*



Lebensgefühl einer Region: Dieter Wiesmann.

Dieter Wiesmann (1939–2015) — In Schaffhausen war er ein Star. Die Mütter zeigten ihren Kindern die Zentralapotheke in Neuhausen, die mit seinem Namen angeschrieben war. Meist stand der singende Apotheker hinter dem Ladentisch. Ausser wenn er mit seiner Gitarre durch die Schweiz tourte. Mit seinem Lied «Blos e chlini Stadt» schaffte Dieter Wiesmann, was Frank Sinatra mit «New York, New York» gelang: eine zeitlose Hymne, die das Lebensgefühl einer Region ausdrückt. Vielleicht lag es an der Zeile «Ganz zuserscht usse und äne am Rhy», welche die Isoliertheit Schaffhausens von der Restschweiz betont. Als er wegen seines Dialekts seinen Job als Morgenmoderator bei Radio DRS verlor, war dies «äne am Rhi» ein Affront. Dafür wurde er 1983 nicht nur erster, sondern auch beliebtester Moderator des Schaffhauser Lokalradios Munot.

Dass Wiesmann sein Leben lang in Zürich wohnte, störte die Schaffhauser nicht. Auch nicht, dass er – selber kinderlos – mit dem «Tuusigfüessler Balthasar» eines der bekanntesten Kinderlieder der Schweiz schrieb. Als er 1997 im Schaffhauser «Schützestübli» seine letzte Tournee startete, war auch Reinhard Mey unter den Gästen. Der deutsche Barde produzierte Wiesmanns Schallplatten. Dafür textete dieser für den Mey-Klassiker «Der Mörder ist immer der Gärtner» eine Strophe. Als beim Soundcheck eines Mey-Konzerts im berühmten Pariser Olympia Not am Mann war, ging Wiesmann auf die Bühne und sang «Blos e chlini Stadt». Dieter Wiesmann ist vor zwei Wochen 76-jährig verstorben. *Matthias Ackeret*

Putin, der Judoka

Von Wolfgang Koydl — Moskau greift in Syrien erstmals wieder global ein. Nur 600 Kilometer von der eigenen Grenze entfernt verteidigt es seine Interessen – mit Geduld, Leidenschaft und Improvisationstalent.

Amerikaner bevorzugen als schnellste Verbindung den schnurgeraden Weg. Dafür bulldozern sie Wälder in Grund und Boden, versetzen Berge und überqueren Flüsse. Schnelligkeit zählt. Russen hingegen verlassen sich auf den gewundenen Pfad. Er umgeht Wälder und Berge, führt an Strömen entlang, bis man zu einer Furt gelangt, und manchmal wendet er sich vorübergehend sogar in die Gegenrichtung. Was zählt, ist das Ziel, egal, wie lange es dauert, es zu erreichen.

Geduld ist eine der grössten Tugenden Russlands, der Russen und auch ihres Präsidenten Wladimir Putin. Hinzu kommen die Fähigkeit, Rückschläge, Leiden und Schmerzen klaglos zu ertragen, und vor allem eine bewundernswerte Improvisationsgabe. Man könnte fast sagen, dass sich Russen immer dann am besten durchs Leben schlagen, wenn sie so gut wie keine Ressourcen haben.

Alle drei Fähigkeiten erklären nun auch die erstaunliche Rückkehr des Kreml-Chefs auf die internationale Bühne: Im vergangenen Jahr nannte der amerikanische Präsident Barack Obama vor der Uno-Vollversammlung Putin eine der drei grössten Bedrohungen der Weltgemeinschaft – neben der Ebola-Seuche und dem mörderischen Islamischen Staat. Heute ist Ebola besiegt, Obama geschwächt, und Putin hat sich als gleichberechtigter Kämpfer in die Front der internationalen IS-Gegner eingereiht. Der säuerliche Gesichtsausdruck, mit dem Obama den Kollegen aus Moskau letzthin in New York begrüsst, liess keine Fragen offen: Hier traf ein schlechter Verlierer auf einen smarten Überlebenskünstler.

Russland tut dem Westen einen Gefallen

Um den Kampf gegen die Kopfabseinerer des selbsternannten Kalifen geht es Putin dabei freilich nur in zweiter, wenn nicht gar in dritter Linie. Auch die Person des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad – geschweige denn sein physisches Überleben, liegt ihm nicht unmittelbar am Herzen. Putin geht es um die Verteidigung von Russlands Interessen, wie es die Verfassung von ihm fordert. Dazu gehört in erster Linie die Sicherheit und Unversehrtheit seines Landes.

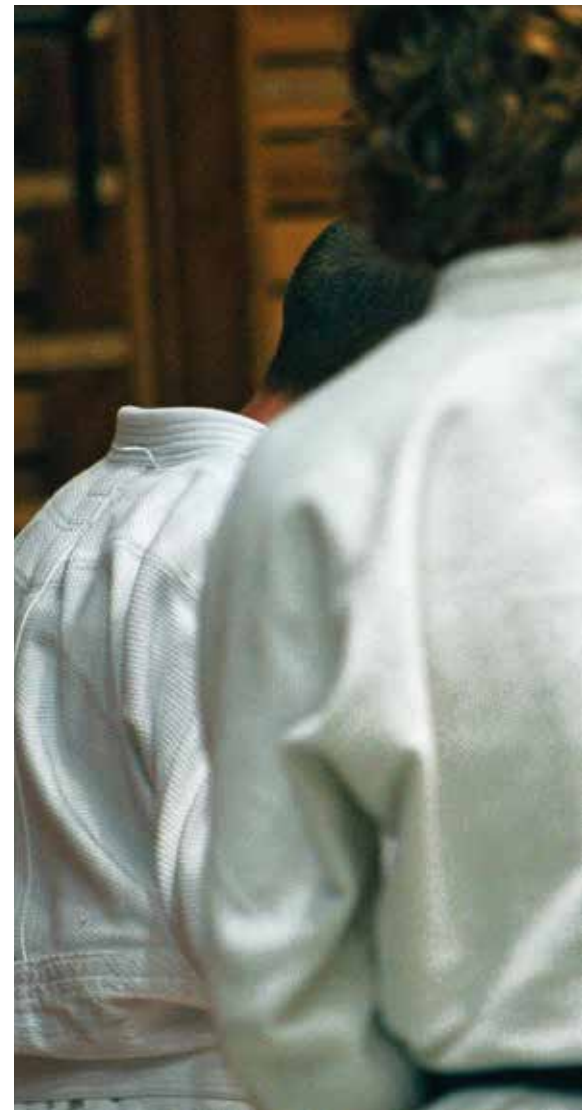
Der frühere deutsche Verteidigungsminister Peter Struck postulierte einmal, dass die Freiheit Deutschlands am Hindukusch verteidigt werde. Wenn das stimmte, trifft dann nicht viel mehr zu, dass Russlands Sicherheit

unter anderem auch in Syrien verteidigt wird? Von Köln nach Kabul sind es 5000 Kilometer, von Syriens Nord- an Russlands Südgrenze nur rund 600. Dazu braucht ein modernes Kampfflugzeug nicht viel mehr als zwanzig Minuten. Chaos in der Region wird in Moskau daher ebenso als Bedrohung empfunden wie zusätzlicher amerikanischer Einfluss.

Die Geografie ist immer einer der wichtigsten Faktoren, wenn man die Politik, das Handeln und die Ängste eines Landes verstehen will. Ein Staat mit starken natürlichen Grenzen verhält sich anders als eine Nation, deren Tore für jeden potenziellen Aggressor einladend offenstehen. Die britischen Inseln sind ein Paradebeispiel für die erste Gruppe. Auch die Vereinigten Staaten, gedeckt von Ozeanen im Westen und Osten sowie von zwei freundschaftlich gesinnten Staaten im Norden und im Süden, geniessen fast so etwas wie eine insuläre Lage. Sogar die Schweiz kann sich – selbst nach ihrer Ausweitung über ihr ursprüngliches Alpenreduit hinaus – hinter Rhein, Boden- und Genfersee vor möglichen Angreifern verschanzen.

Russland hingegen hatte diesen Vorteil nie. Hinter der Oder beginnt sich flaches, weites Land zu erstrecken, das erst am Ural an eine Gebirgsbarriere stösst. Praktisch nicht zu verteidigen ist auch der weiche Unterbauch des Landes, vom Balkan her über die fetten Äcker und Weiden der Ukraine. Russische Herrscher waren daher immer bestimmt von der Sorge, von feindlichen Nationen eingekreist zu werden. Russlands Glacis, gleichsam der Sicherheitsabstand, musste demnach möglichst weit nach aussen verschoben werden. Es ging und geht um Vorwarnzeiten, um Puffer, um Aufmarschgebiete für die eigenen Truppen.

Von Moskau aus betrachtet, liegen der Nahe Osten und der syrische Brandherd also vor der Haustür und nicht – wie für Washington – einen halben Erdball entfernt. Hinzu kommt, dass Syrien seit den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts immer ein Verbündeter der Sowjetunion war. Am Ende war Damaskus der einzige Partner des Kremls in der unruhigen Region. Die enge Zusammenarbeit wurde untermauert durch den Marinestützpunkt in Tartus neben der Hafenstadt Latakia, den Moskaus Flotte nutzen kann. Er ist Russlands einzige militärische Präsenz im Mittelmeer. Ein Machtwechsel in Damaskus könnte die weitere Nutzung der Basis akut gefährden.



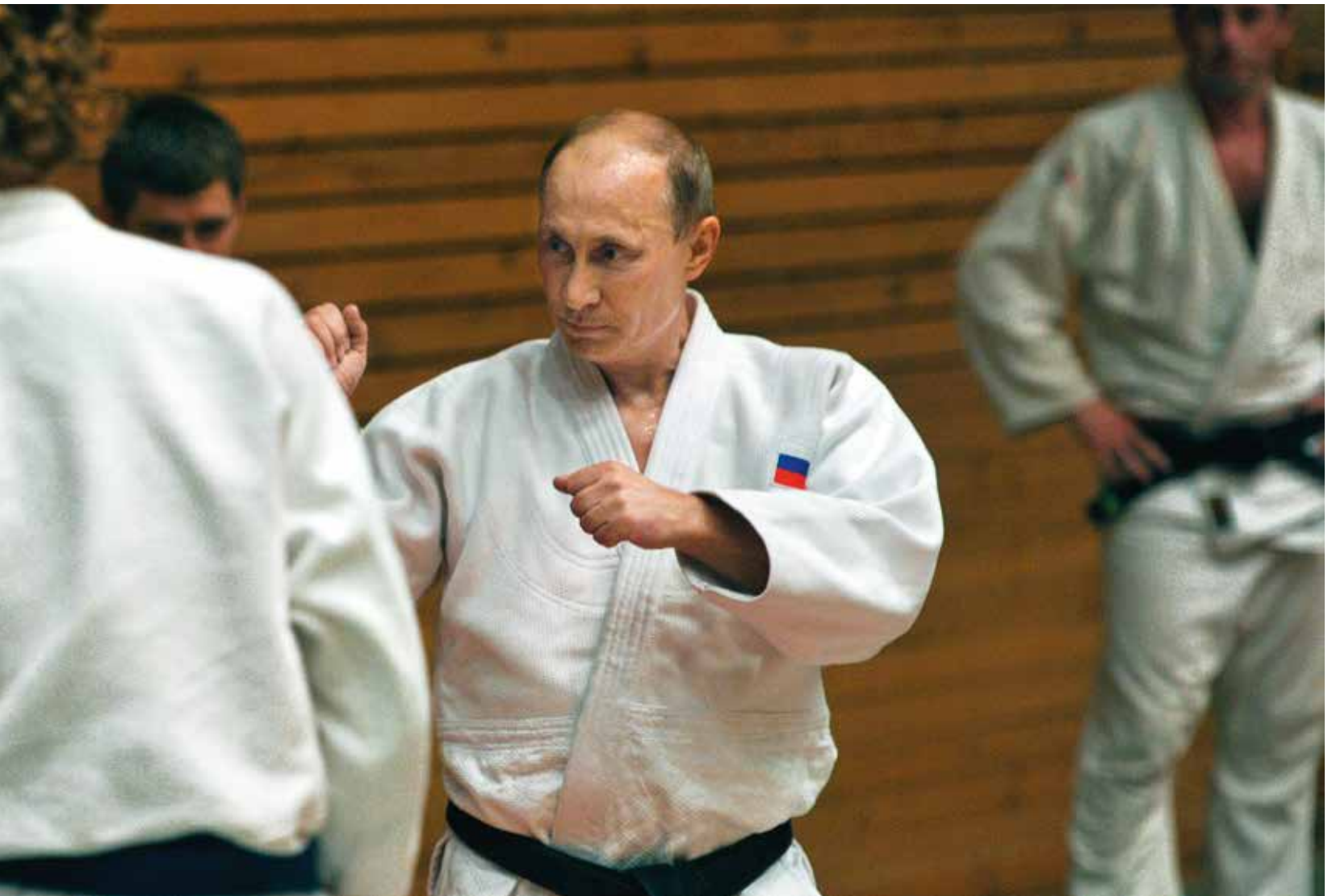
Bis sich der Gegner eine Blöße gibt: Russlands

Daher Putins Hilfe, die freilich nicht an die Person Assad gebunden ist. Entscheidend ist eine stabile politische Führung, die den Fortbestand der Marinepräsenz garantiert.

Nebenbei tut Moskau damit auch dem Westen einen Gefallen. Denn ein Sturz des Regimes könnte Syrien in einen ähnlichen *failed state* verwandeln wie Libyen nach dem Ende der Gaddafi-Diktatur. Das kann nicht im westlichen Interesse sein, schon gar nicht im Interesse Europas, das schon jetzt von syrischen Flüchtlingen überrannt wird.

Blitzschnell und eiskalt

Es gibt hier übrigens Parallelen zu Moskaus Vorgehen in der Ukraine. Auch dort strebte der Westen unter Führung der USA den Sturz einer Moskau gegenüber prinzipiell freundlich eingestellten Regierung an. Auch in der Ukraine unterhält Russland in Sewastopol auf der Krim einen wichtigen Flottenstützpunkt, dessen weitere Existenz im Kreml als akut gefährdet eingeschätzt wurde. Das schützende Glacis drohte zu schrumpfen, der Feind immer näher an das Kernland heranzurücken. Deshalb glaubte Moskau, keine Alternative zur Annexion der Halbinsel zu haben.



Präsident Putin.

Weltmachtallüren, wie vom Westen unterstellt, treiben Putin nicht an. Als ehemaliger KGB-Offizier wusste er schon vor dem Zusammenbruch des Kommunismus, dass nicht einmal die vermeintlich so mächtige Sowjetunion auf Augenhöhe mit den USA konkurrieren konnte. Seitdem hat sich das Gleichgewicht der Kräfte noch weiter verschoben: Die USA bleiben trotz ihres schwachen und zaudern-

Die Annäherung Washingtons an Kuba hat Russland nicht im Geringsten gestört.

den Präsidenten weiterhin die den ganzen Globus dominierende Macht. Sie kontrollieren die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte, sie geben im Cyberspace den Ton an, und ihre Rüstungsausgaben sind höher, als die Militärbudgets der acht nächstgrössten Staaten zusammengenommen. (Einen Bericht über die Stärke des russischen Militärs finden Sie auf Seite 22 dieser Ausgabe.) Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten ist Russland tatsächlich das, was Obama verächtlich konstatierte: eine Regionalmacht.

Russland möchte Amerika nicht als Weltpolitisten ablösen. Es möchte nur mitreden, angehört, gefragt werden in jenen Weltgegenden, die in seiner Nachbarschaft liegen: in der Ukraine, im Kaukasus, im Nahen und Mittleren Osten, in Nordkorea. Die Zeiten, in denen eine senile Sowjetführung in der ganzen Welt machtpolitische Pflöcke einrammen wollte, sind vorbei. Das jüngste Beispiel: Die Annäherung Washingtons an Kuba hat Russland nicht im Geringsten gestört.

Putin weiss, dass er sein Land auf absehbare Zeit nicht auf Augenhöhe mit den USA wird bringen können. Ihm geht es daher um eine neue internationale Ordnung, in der eine Allianz kleinerer Staaten dem Gulliver Amerika Fesseln anlegen könnte. Deshalb schliesst er Zweckbündnisse, wie etwa mit China oder dem Iran. Enge Freundschaften sind das nicht. Eine Milliarde Chinesen an Russlands Ostgrenze, die ebenfalls weit offen ist, sind ein Albtraum, der die Herrscher im Kreml nachts wachhält. Und die Regionalrivalen Russland und Persien wiederum haben schon miteinander Krieg geführt, als noch niemand an einen Staat namens USA dachte. Mit anderen Staaten, etwa auf dem Balkan, pflegt Moskau kul-

turelle Gemeinsamkeiten. So konnte Griechenlands Regierungschef Alexis Tsipras seinen Staatsfunk ERT nur dank klammheimlicher Unterstützung eines kretmtreuen Oligarchen wieder auf Sendung bringen. Wieder andere Länder halten sich die Russen mit Energielieferungen gewogen.

Es sind kleine Schritte, und manchmal hat es den Anschein, als ob sie kein klares Ziel verfolgen, als ob sie auseinanderlaufen würden. Aber sie folgen einem russischen Weg: Es mag länger dauern, aber das Ziel verliert man nicht aus den Augen. Dieses Ziel ist keine Weltherrschaft, es geht immer um den Schutz von «Mutter Russland».

Fast schon symbolisch ist in diesem Zusammenhang Putins Meisterschaft in der Kampfsportart Sambo, einer Mischung aus Judo, Jiu-Jitsu und europäischem Ringkampf. Hinter dem Namen verbirgt sich die russische Abkürzung für *Samozaschtschita bez oruschija* – Selbstverteidigung ohne Waffen. Es geht um Verteidigung, nicht um Angriff, und man behilft sich ohne Waffen. Man steckt klaglos Schläge ein und wartet geduldig ab, bis sich der Gegner eine Blösse gibt. Dann aber schlägt man zu – blitzschnell und eiskalt. ○



Beschluss nach langem Zögern: russischer Kampffjet in Syrien, 4. Oktober.

Rüstung

Der Underdog hat wieder Biss

Von Vladimir Kozin — Kleiner, schwächer, ärmer – nach der Wende war Russlands Armee nur ein Schatten der sowjetischen Militärmacht. Doch in den letzten Jahren ist sie schlagkräftiger geworden. Jetzt zeigt sie ihre Stärken in Syrien.

Nach dem Ende der Sowjetunion durchlebten die russischen Streitkräfte eine Phase des dramatischen Niedergangs. Die wesentlichen Gründe waren grosse finanzielle Engpässe und der Aderlass durch den Weggang hochqualifizierter Fachkräfte. An eine Modernisierung der Streitkräfte war nicht zu denken. Selbst die normale Ausbildung sowie das Training von Piloten und Offizieren wurden in den neunziger Jahren deutlich reduziert. Keine der drei Waffengattungen – Heer, Marine oder Luftwaffe – war in der Lage, ihren Auftrag zu erfüllen.

Die geopolitisch offenkundigste Verschlechterung der militärischen Lage entstand durch die Auflösung des Verteidigungsbündnisses des Warschauer Pakts. Russland verlor über Nacht seine früheren Partner und militärischen Verbündeten. Sein sicherheitspolitisches Glacis rückte um mehr als 1600 Kilometer nach Osten an das russische Kernland heran.

Ganz anders der traditionelle Gegenspieler aus den Jahren des Kalten Kriegs: Die Nato blieb nicht nur weiter bestehen – obwohl es anfangs Forderungen gab, auch das westliche Bündnis nach dem Ende der Konfrontation der Blöcke aufzulösen. Die Nato wuchs sogar: Sie erweiterte sich von 16 Mitgliedern 1989 auf heute 28. Damit rückten die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten Russland gefährlich nahe. Zwischen

Moskau und der Ostgrenze des neuen Nato-Staats Polen liegen lediglich 900 Kilometer. Von St. Petersburg nach Estland sind es gar nur 135 Kilometer – so viel wie von Basel nach St. Gallen.

Die USA geben achtmal so viel Geld aus

Schlagartig verlor Russland damit seine konventionelle Überlegenheit gegenüber dem Westen. Die Nachrüstungsdebatten der neunziger Jahre entzündeten sich an der Tatsache, dass die Nato der Überzeugung war, einen massierten Angriff von Panzerverbänden der Warschauer-Pakt-Armeen nur mit einem präventiven Nuklearschlag stoppen zu können. Inzwischen ist das Verhältnis hier in etwa ausgeglichen: Beide Seiten verfügen je über 15 000 Panzer, wobei auf russischer Seite ein grosser Teil allerdings nicht sofort einsatzfähig ist.

Deutlich ist das Ungleichgewicht bei Luftwaffe und Marine: 24 000 westlichen Kampfflugzeugen und 800 Schiffen stehen nur 2000 russische Flieger und 352 Flotteneinheiten gegenüber – darunter ein Flugzeugträger, vier Fregatten und zwölf Zerstörer. Die beiden während des Kalten Kriegs ausgehandelten Verträge über die Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa sind nie in Kraft getreten, da sie lediglich von Russland, Weissruss-

land, Kasachstan und der Ukraine, aber von keinem einzigen Nato-Staat ratifiziert wurden. Über einen dringend notwendigen neuen Vertrag wurden noch nicht einmal Vorgespräche aufgenommen.

Am deutlichsten wird der Unterschied zwischen den beiden einstigen Supermächten des Kalten Kriegs, wenn man die Rüstungsausgaben der USA und Russlands miteinander vergleicht. Mit mehr als 600 Milliarden Dollar im Jahr wenden die Vereinigten Staaten fast achtmal so viel Geld für die Streitkräfte auf wie die Russische Föderation. Die USA geben allein so viel Geld für Waffen aus wie die acht nächsten Länder zusammengenommen.

Russland lehnt die Erstschlagsdoktrin ab

Die einstige konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts im europäischen Konflikttheater beeinflusste die Verteidigungsdoktrin des Westens, in deren Mittelpunkt der atomare Erstschlag steht. Doch obwohl diese Überlegenheit nicht mehr besteht, halten die USA und ihre Verbündeten weiterhin an der Doktrin des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen fest. Darüber hinaus haben die USA weiterhin 500 taktische Nuklearwaffen in vier europäischen Ländern stationiert – Belgien, Deutschland, Italien und Niederlande – sowie im asiatischen Teil der

Türkei. Russland lehnt die Erstschlagsdoktrin ab – obwohl inzwischen seine konventionellen Streitkräfte dem Westen zahlenmässig nicht Paroli bieten können.

Die Schwächeperiode der russischen Streitkräfte in den neunziger Jahren endete mit der Übernahme des Präsidentenamts durch Wladimir Putin Anfang 2000. Unter ihm wurde das Militär einer radikalen zahlenmässigen Verkleinerung bei gleichzeitiger qualitativer Verbesserung unterzogen. Auch der Wehrdienst wurde von einst 24 Monaten auf ein Jahr verringert. Heute stehen rund 750 000 Soldaten aktiv unter Waffen, die Reserven werden auf schätzungsweise zwei Millionen Mann beziffert. Bemerkenswert ist der Abschied vom Heer der Wehrpflichtigen. Zum ersten Mal in der Geschichte leisten in den russischen Streitkräften mehr Berufssoldaten Dienst als eingezogene Zivilisten.

Drei wesentliche Ereignisse in jüngster Zeit haben das Augenmerk auf diese neue Entwicklung der russischen Streitkräfte gelenkt:

— Im August 2008 bezwangen russische Truppen die Armee Georgiens, nachdem diese Ziele in Südossetien beschossen und dabei Soldaten einer russischen Friedenstruppe getötet hatte.

— Im März 2014 bewahrten russische Truppen Recht und Ordnung während des Referendums über die weitere Zugehörigkeit der Halbinsel Krim zur Ukraine – und dies, obwohl sich 16 000 Soldaten der in Sewastopol stationierten russischen Schwarzmeerflotte und 18 000 ukrainische Soldaten gegenüberstanden.

— Das dritte Ereignis begann am 30. September mit den Angriffen der russischen Luftwaffe auf militärische Einrichtungen und Kommando- und Kontrollzentren des Islamischen Staates in Syrien. Diese aggressiv operierende militärische Gruppe hat bereits sechzig Prozent des syrischen Territoriums in ihre Gewalt gebracht und bedroht weitere Territorien im Nahen Osten und in den südlichen Regionen Russlands. Es ist bedauerlich, dass die führenden westlichen Nationen nie einen ausgereiften und vernünftigen Plan zur Beendigung des Konflikts in Syrien und für einen entscheidenden Schlag gegen den IS entwickelt haben.

«Wir beschützen das russische Volk vor terroristischen Bedrohungen, denn es ist besser, dies im Ausland zu tun, als den Terrorismus im eigenen Land bekämpfen zu müssen», erklärte der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew die Entscheidung in einem Fernsehinterview Anfang Oktober. Die Entscheidung, russische Piloten zur Unterstützung der Regierung von Staatspräsident Baschar al-Assad nach Syrien zu schicken, war nicht leicht. Nach langem Zögern fiel der Beschluss, als 84 Prozent der russischen Bevölkerung Luftschläge gegen den IS in Syrien gutgeheissen hatten. Ausserdem erteilte der russische Föderationsrat, die obere Kammer des

Parlaments, Putin die Genehmigung, Truppen ins Ausland zu entsenden.

Das Kontingent umfasst nicht mehr als 3000 Mann und operiert von der Hmeimim-Luftwaffenbasis aus, die in der Nähe der Stadt Tartus und des Hafens von Latakia liegt. Das ist sehr wenig, vor allem wenn man es mit der Zahl westlicher Soldaten in Afghanistan vergleicht, die auf dem Höhepunkt des Engagements 130 000 Mann erreichten. Russland hat zudem zugesichert, dass keine eigenen Bodentruppen auf Seiten der syrischen Regierungskräfte in die Kämpfe eingreifen werden.

Insgesamt hat Russland bei der nach dem Luftwaffenstützpunkt benannten «Operation Hmeimim» 50 Kampfflugzeuge der Typen Su-34 «Fullback», Su-24M «Fencer» und Su-25 «Frogfoot» sowie Hubschrauber im Einsatz. Das ist viermal weniger als bei der Operation gegen georgische Truppen im August 2008 und 21-mal weniger, als Nato-Luftwaffen bei der Bombardierung von Zielen im ehemaligen Jugoslawien von März bis Juni 1999 aufboten. Dabei waren Tausende Zivilisten getötet worden, und der Schaden belief sich auf 100 Milliarden Dollar. Die militärische Führung in Moskau hat rund 500 Ziele in Syrien identifiziert und hofft, diese in ein bis zwei Monaten auslöschen zu können.

Wie wird sich die «Operation Hmeimim» auf die Streitkräfte der Russischen Föderation auswirken? In Moskau ist man überzeugt, dass die

Vor allem darf ein kalter Krieg nicht in einen heissen Krieg umschlagen.

Weiterentwicklung zu einer der modernsten Armeen der Welt anhalten wird. Nach bestehenden Plänen wird sie bis Ende Jahr vollständig mit Hightechwaffen und -munition ausgerüstet sein. Allein für die Neuausrüstung der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte werden mehr als 30 Projekte für neue Systeme umgesetzt. Dazu kommen weitere Projekte: neue Generationen land- und seegestützter Interkontinentalraketen, rund 100 Satelliten mit militärischem Auftrag, 600 Kampfflugzeuge, 2300 moderne Panzer sowie 54 Oberflächenschiffe und 18 U-Boote.

Obwohl Russlands Verteidigungsbudget und seine konventionellen Streitkräfte, wie wir gesehen haben, viel kleiner sind als diejenigen des Nordatlantikpakts, verfügt Russland über annähernd die gleiche Anzahl von Nuklearsprengköpfen und Raketenabwehrsystemen wie die USA und die Nato zusammengenommen. Falls sie nicht verboten werden, wird Russland ausserdem Überschallwaffen mit punktgenauer Präzision entwickeln.

Es steht ausser Zweifel, dass die westliche Allianz ihre Präsenz stetig ausbaut. Zu den bestehenden 150 US-Stützpunkten sind kürzlich acht weitere Militärinstallationen, sechs

Nato-Kommando- und Kontrollzentren und ein Nato-Marinehauptquartier im bulgarischen Hafen Warna gekommen. Im Gegenzug unterhält Russland keinen einzigen Militärstützpunkt in der Umgebung der USA, Grossbritanniens, Deutschlands, Frankreichs oder anderer Nato-Staaten.

Zugleich hat die Nato ihre Militäraktivitäten entlang der russischen Grenzen auf einen neuen Höhepunkt geschraubt. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg selbst hat erklärt, dass sich diese Aktivitäten verfünffacht hätten. Ausserdem ist die Zahl grösserer Militärmanöver von 90 bis 95 in den Jahren 2012/2013 auf 150 im laufenden Jahr angestiegen. Mehr als die Hälfte davon findet in der Nähe von Russland statt.

Die russischen Streitkräfte sind derzeit ausreichend gut finanziert, um in konstanter erhöhter Kampfbereitschaft zu verbleiben. Sie verfügen über eine genügende Anzahl nuklearer und konventioneller Möglichkeiten, haben eine hohe Kampfmoral und die Bereitschaft zu raschen und wirkungsvollen Einsätzen auch ausserhalb russischen Territoriums, falls dies von der oberen Kammer des Parlaments und vom Präsidenten gemeinsam verlangt wird.

Warum nicht in der Schweiz?

Russland wünscht keine Neuaufgabe eines kalten Kriegs, dazu hat das Land zu viele Invasionen und Kriege erlebt. Vor allem darf ein kalter Krieg nicht in einen heissen Krieg umschlagen. Wir können uns keinen neuen Krieg leisten. Moskau glaubt an die Maxime: «Besser die Macht der Argumente nutzen als die Argumente der Macht.» Es sollte unverzüglich ein russisch-amerikanischer Sondergipfel vorbereitet werden, auf dem alle offenen Fragen, vor allem im Bereich der Abrüstung, besprochen werden. Leider lässt sich so ein Gipfel während der gegenwärtigen US-Administration von Präsident Barack Obama nicht verwirklichen, denn die Beziehungen zwischen beiden Staaten sind heute womöglich schlechter als zu Sowjetzeiten. Dies ist eine alarmierende und riskante Entwicklung.

Wichtig ist zudem ein gesamteuropäischer Sicherheitstreffen, der sich mit allen für Europa und sein Umfeld relevanten Sicherheitsfragen befasst. Wir alle erinnern uns an die Helsinki-Schlussakte, in der die Beziehungen der Staaten Europas vor vierzig Jahren auf eine sichere Grundlage gestellt wurden. Die finnische Hauptstadt war ein guter Ort für dieses Unterfangen. Für eine neue europäische Sicherheitskonferenz würde sich ein allgemein anerkannter neutraler Staat anbieten, in dem schon viele internationale Übereinkommen erzielt wurden. Warum also sollte man eine solche Konferenz nicht in der Schweiz einberufen?

Vladimir Kozin ist Mitglied einer Beratergruppe des Russischen Instituts für Strategische Studien und unterrichtet an der Militärakademie der Russischen Föderation.

Aus dem Englischen von Wolfgang Koydl

Mit Putin leben

Von Max Hastings — Der Westen kann sich den Luxus nicht leisten, die Führer anderer Nationen auszuwählen. Wladimir Putin ist ein Gangster, aber wir müssen mit ihm ins Geschäft kommen. Ohne ihn ist der Islamische Staat nicht zu schlagen.

Im Inland ist Russlands Präsident Wladimir Putin der Architekt der Repression und im Ausland der Sponsor des mörderischen syrischen Präsidenten Assad. Er stattete die Rebellen in der Ukraine mit jenen Raketen aus, die vor vierzehn Monaten den Flug MH17 der Malaysia Airlines abschossen und 298 unschuldige Menschen töteten. Trotzdem wurde letzte Woche Putins Rede vor den Vereinten Nationen mit Respekt gelauscht. Kurz darauf entriss dieser dem Westen die militärische Initiative in Syrien. Er liess Kampfflugzeuge Angriffe fliegen, die sich angeblich gegen IS-Islamisten, aber wahrscheinlich einfach gegen die Feinde seines Klienten Assad richteten.

Das ist kein leerer Schachzug: Es ist das erste Mal seit Ende des Kalten Kriegs, dass Russland ausserhalb des ehemaligen Sowjetreichs eine grössere militärische Aktion startete. Am letzten Sonntag unterstrich die Nachricht, dass Putin einen Erlass zur Rekrutierung von 150 000 Mann für seine Armee unterzeichnet hatte, die Bedeutung der Luftaggression in Syrien. Der russische Staatschef spielt mit dem Westen Katz und Maus, insbesondere mit Barack Obama, dem er praktisch sagte, er solle aus dem Weg gehen, als die russischen Düsenflieger in den Himmel brausten.

Alternativmodell zur Demokratie

Für Hunderte von Millionen Leuten auf der Welt – vermutlich auch für den neuen Labour-Partei-Chef Jeremy Corbyn – ist Putin nicht weniger moralisch, ehrlich und vertrauenswürdig als Obama oder David Cameron. Trotz der Eskalation wegen der Unterstützung für Assad, der Annexion der Krim, den Drohungen gegenüber den baltischen Staaten und dem Zusammenbruch der russischen Wirtschaft scheint die Stellung des gewählten Diktators im Kreml gesichert. Sein Erfolg – wenn man dem so sagen kann – widerspiegelt einen erschreckenden Trend von grosser Bedeutung. Wie der kanadische Autor und Politiker Michael Ignatieff bemerkt hat, schaffen autoritäre Mächte wie Russland und China ein Alternativmodell zur Demokratie, das auf staatlicher Herrschaft und der Ablehnung universaler Werte beruht und das schamlos auf Expansion abzielt. Chester Crocker, ein amerikanischer Strategieguru, hat kürzlich geschrieben: «Das internationale System befindet sich in einer steuerlosen Übergangsphase. Die Macht zerbröselt, und die relative Macht der USA und ihrer westlichen Alliierten hat abgenommen.»

Was ist schiefgelaufen? Wie kam es, dass die USA und ihre Verbündeten von Leuten wie Putin, der in Wirklichkeit ein Gangster ist, auf dem falschen Fuss erwischt worden sind? Die Führer des Westens stolpern planlos durch die Krisen der europäischen Migration, des nahöstlichen Chaos und der andauernden russi-

Obamas Präsidentschaft wird als tragische Enttäuschung in die Geschichte eingehen.

schen Aggression in der Ukraine. Eine Antwort ist, dass Leadership und eine schlüssige Politik schmäählich fehlten. Der Schatten der Bush-Blair-Katastrophen im Irak und in Afghanistan hängt immer noch schwer über dem Weissen Haus. Präsident Obama scheint es zu genügen, die letzten beiden Jahre seiner Präsi-

dentschaft mit Golfspielen zu verbringen. Angesichts seiner Intelligenz und seiner rhetorischen Fähigkeiten ist es erstaunlich, dass er die traditionelle Rolle der amerikanischen Präsidenten als anerkannte Führer der freien Welt aufgegeben hat. Seine Präsidentschaft wird als tragische Enttäuschung in die Geschichte eingehen.

Da die Uno so zahnlos ist wie eh und je, trifft Obamas Versagen uns alle. Der grosse Historiker und Stratege Sir Michael Howard erinnert daran, dass Amerika bei all seinen Torheiten und Fehlern «die einzige Nation ist, die auf der Welt die Fähigkeit hat, etwas zu erreichen». Wenn Amerikas Führung fehlt, dann treiben seine Verbündeten auf der Welt wirr umher, während Europa schwach und gespalten ist. Auch wenn der Westen nie Krieg hätte führen können, um die Ukraine zu retten, war es doch ein Riesenfehler von Obama, die mili-



Respekt für Russlands Platz auf der Welt: Skulpturen der Präsidenten Obama (l.) und Putin.

tärische Option ausdrücklich auszuschließen und damit Putin freie Bahn zu lassen. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigt sich gegenüber Russland härter als die meisten ihrer Landsleute, aber Deutschlands Streitkräfte hat man verkümmern lassen. Griechenlands lachhafte Linksregierung umarmt Putin als Freund. Einzig Grossbritannien und die Osteuropäer haben den Mumm, die wegen der massiven Verletzungen des Völkerrechts gegen Russland verhängten Sanktionen aufrechtzuerhalten. Aber Grossbritanniens Aussenpolitik ist dysfunktional. Wir haben nun beinahe zwei Jahrzehnte hinter uns, in denen Tony Blair, Gordon Brown und jetzt David Cameron eine «ethische Aussenpolitik» verfolgt haben, die sie dazu bewog, den Sturz von Diktatoren im Nahen Osten herbeizuführen – was in jedem Fall zur Katastrophe geführt hat. Gleichzeitig hat jeder der drei den Abbau der britischen Streitkräfte verwaltet.

Von Kissinger lernen

Was seine diplomatische Potenz angeht, so ist Amerika heute ein schwacher Schatten seines früheren Selbst. Letzte Woche erschien Niall Fergusons ausgezeichnete neue Biografie über Henry Kissinger, der wegen des angeblichen



Zynismus in seiner Aussenpolitik unter den Präsidenten Richard Nixon und Gerald Ford lange verunglimpft wurde. Kissinger machte viele Fehler – aber aus heutiger Sicht ist er einer der brilliantesten Aussenpolitiker in der Geschichte der USA. Im Vergleich zu den Schlamasseln, die uns seither die Möchtegern-Idealisten eingebracht haben, scheint sein fundamentaler Pragmatismus geradezu inspirierend. Die Helden in Kissingers jüngstem Buch «World Order» waren echte Zyniker – der intrigierende Kirchenmann Kardinal Richelieu, der französische Diplomat Talleyrand, der österreichische Aussenpolitiker Metternich. Sie hatten eines gemeinsam: den Glauben, dass ihre erste Aufgabe als Staatsmann in der Verfolgung nationaler Interessen und der Aufrechterhaltung internationaler Stabilität bestand.

Kissinger erkannte die Bedeutung militärischer Stärke, um Respekt und Sicherheit zu erreichen. Aber er war bereit, mit jedem über alles zu reden – mit dem Ziel, die Welt mehr oder weniger im Gleichgewicht zu halten. Kissingers Handhabung der Détente mit China 1971/72 wird heute als diplomatisches Meisterstück gefeiert. Der chinesische Führer Mao Zedong war ein bedeutend scheusslicheres Ungeheuer als Assad, Gaddafi oder Putin. Er war verantwortlich für den Massenmord an Millionen von Menschen und rangiert gemeinsam mit Hitler und Stalin unter den übelsten Figuren des 20. Jahrhunderts. Trotzdem war Kissinger der – sicherlich richtigen – Auffassung, dass bei aller Widerlichkeit der chinesischen Führer die Welt sicherer würde, wenn die USA mit ihnen redeten. Die Lehre für heute scheint klar: Der Westen kann sich den Luxus nicht leisten, die Führer anderer Nationen auszuwählen. In den meisten Fällen muss er sie nehmen, wie sie sind. Putin ist ein Gangster, aber er genießt in seinem Land enorme öffentliche Unterstützung, unter anderem, weil sich die Russen von der Weigerung des Westens, sie mit Respekt zu behandeln, beleidigt fühlen. Wenn man sie nicht lieben kann, dann genügt es ihnen, dass man sie fürchtet.

Das libysche Volk – dessen «Befreiung» von David Cameron törichterweise proklamiert wurde – wird jetzt von einem Bürgerkrieg verwüstet und steht schlimmer da als unter Gaddafis Tyrannei. Putins Kreatur Assad mag noch so widerlich sein, wir können nicht ihn und den Islamischen Staat gleichzeitig bekämpfen. Auch gibt es nichts, mit dem wir ihn ersetzen können. Wenn wir irgendeine Art von Frieden in Syrien oder der Ukraine erreichen wollen, müssen wir mit Putin zu einem Arrangement kommen. Russlands Entschlossenheit, Syrien als Klienten zu behalten – mit seinem Marinestützpunkt an der Mittelmeerküste –, wird Washington früher oder später dulden müssen.

Viele in Russland und ausserhalb Russlands werfen dem Westen Heuchelei vor: Wir lancie-



Freie Bahn: Topol-M Atomraketen in Moskau.



Ablehnung universaler Werte: mit Xi Jinping (l.).



Kein leerer Schachzug: Trümmer von Flug MH17.



Diplomatisches Meisterstück: Kissinger (l.) mit Mao, Juli 1971.

ren gegen unsere Feinde im Ausland Drohnenangriffe, die ziemlich sicher dem Völkerrecht widersprechen, wir marschieren im Irak und in Afghanistan ein – und dann klagen wir Russland an, wenn es dieselben Spielchen spielt. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir eingestehen, dass an dem, was unsere Kritiker uns vorwerfen, etwas Wahres ist.

Position der Stärke

Die Grundregel für eine erfolgreiche Aussenpolitik ist die, dass man sagt, was man meint, und meint, was man sagt. Obama – und, was weniger wichtig ist, Cameron – tut dies fast nie. Es ist ebenfalls unerlässlich, aus einer Position der Stärke – der politischen und der militärischen – zu verhandeln. Heute besitzt Putin 2000 taktische nukleare Sprengköpfe. Er schaut mit Verachtung auf die Verwirrung der Westmächte und den stetigen Abbau ihrer Streitkräfte.

Eine zweigleisige Aussenpolitik gegenüber Russland verlangt, dass wir Putins allererstem Interesse – der Erhaltung seiner persönlichen Macht – Rechnung tragen. Wir müssen seine Legitimität anerkennen und Russlands anhaltende Präsenz in Syrien akzeptieren. Wir haben mit Russland (15 Prozent seiner Bevölkerung sind Muslime) ein echtes gemeinsames Interesse: die Bekämpfung des islamistischen Extremismus. Gleichzeitig müssen wir klar machen, dass wir, sollte dies nötig werden, für die Verteidigung der baltischen Staaten kämpfen werden, die gegenwärtig von russischer Subversion bedroht sind.

Putin ist ein Kampfhund. Heute glaubt er, er könne sich beinahe alles erlauben, ohne dass der Westen darauf wirkungsvoll reagiert. Wir müssen ihm zeigen, dass er unrecht hat, aber ihn auch wissen lassen, dass, wenn er seine Aggression mässigt, er Entgegenkommen und

Respekt für Russlands Platz auf der Welt erwarten kann. Es ist wenig wahrscheinlich, dass Russland unser Freund sein kann, aber es kann zumindest ein annehmbarer Nachbar werden.

Eine alleinige Weltordnung gibt es nicht und auch kein universales Heilmittel für die Übel der Welt. Stattdessen gibt es unzählige Probleme und Konflikte, die stückweise angegangen werden müssen. Bei deren Lösung werden unsere Staatslenker viel eher Erfolg haben, wenn sie Stabilität und Eindämmung suchen, statt unerreichbaren moralischen Zielen nachzulaufen, die bisher zum Verlust von Hunderttausenden von Menschenleben geführt haben.

Hunde des Kriegs

«Macht ist in einem noch nie dagewesenen Fluss», hat Henry Kissinger geschrieben: «Das Ziel unserer Ära muss es sein, ein Gleichgewicht zu erreichen, während wir die Hunde des Kriegs an der Leine halten. Und wir müssen dies im rauschenden Strom der Geschichte tun.» Der Westen schreit nach Führungsfiguren, welche die Charakterstärke haben, sich in diesem Strom zu bewähren. Unsere heutigen Staatslenker können das nicht. Wir brauchen weniger leere Worte – stattdessen ein kaltes, rücksichtsloses Verfolgen unserer eigenen nationalen Interessen und der internationalen Stabilität. Mit jedem neuen russischen Bombenangriff in Syrien wird es ein wenig schwieriger, dies zu tun.

Sir Max Hastings, 69, ist ein britischer Journalist. Er berichtete über den Vietnam- und Falkland-Krieg. Später wurde er Herausgeber des *Daily Telegraph* und des *Evening Standard*. Hastings ist Autor zahlreicher Kriegsbücher, darunter Bestseller wie «Battle of Britain» und «Armageddon».

Aus dem Englischen von Hanspeter Born



MOOSEGG
HOTEL

NEBEL RÜCKWÄRTS GELESEN HEISST LEBEN.

Geniessen Sie das gute Leben über dem Nebel im Hotel/Restaurant Moosegg.
Auf 960 m ü. M. erleben Sie echte Emmentaler Gastfreundschaft.

Hotel Moosegg AG, CH-3543 Emmenmatt, Telefon +41 34 409 06 06, hotel@moosegg.ch, www.moosegg.ch

Obamas Klimakrieger

Von Urs Gehriger — Die Supermacht USA sieht neue Kriege am Horizont aufziehen. Der Klimawandel sei eine «unmittelbare Gefahr» für die nationale Sicherheit, heisst es im Pentagon.



Neue Konfliktzonen: USS Hampton in der Arktis.

Trotz Kriegen, Krisen und kargem Schlachtenglück ist die hilflos agierende Supermacht bemüht, den Blick über den Horizont zu heben. Bereits 2004 warnte eine Studie des US-Verteidigungsministeriums vor einer neuen, epochalen Gefahr: Klimakrieg! Die Erderwärmung könnte Dürren und Überschwemmungen auslösen. Kriege um Rohstoffe wären die Folge. Kurz: Der Klimakollaps berge viel grössere Gefahren als der Terrorismus.

Im Jahr 2010 fand der Klimawandel als Sicherheitsgefahr erstmals Eingang in eine militärische Planungsstudie, die «Quadrennial Defense Review». Dabei ist festzuhalten, dass sich militärische Sicherheitsexperten im Pentagon nicht mit wissenschaftlichen Grundlagen befassen. Dies ist bis heute so. Sie reagieren auf den Trend der Wissenschaft. «Das amerikanische Volk erwartet von seinem Militär, dass es sich auf den schlimmstmöglichen Fall vorbereitet», sagte Vizeadmiral a. D. Lee F. Gunn dem US-Radiosender NPR im Jahr 2009.

Seither hat sich der Ton auf dem Kommandohügel dramatisch verschärft. Das Pentagon ist heute der Ansicht, der Klimawandel sei ein «Multiplikator von Gefahren», sogar ein «unmittelbares Risiko» für die Sicherheit der USA. Zu diesem Schluss kommt die Militärführung in einer speziell verfassten Studie namens «2014 Climate Change Adaption Roadmap».

Der Bericht markiere einen Wendepunkt, stellte die *New York Times* fest. Zuvor habe sich die Reaktion auf den Klimawandel darauf beschränkt, militärische Installationen zeitgemäss aufzurüsten. Der neue Bericht fordere das Militär auf, den Klimawandel in ein breiteres strategisches Denken aufzunehmen.

Die US-Militärführung ist überzeugt: Durch den Klimawandel werden riesige Teile der Welt zu neuen Konfliktzonen. Zum Beispiel die Arktis. Bereits heute werde die Region viel stärker frequentiert als je zuvor. So habe sich

Obama glaubt, die Flüchtlingswelle aus Syrien sei vom Klimawandel mitverursacht worden.

die Zahl der Schiffe auf der Beringstrasse, welche Pazifik und Atlantik verbindet, in kurzer Zeit verfünffacht. In der Arktis liegt eines der letzten grossen Reservoirs an Öl und Gas. Schmilzt das Eis, werde sich der Wettlauf um diese Schätze intensivieren.

Wie rüstet sich die Armee also gegen die neuen Gefahren? Die «Roadmap» bleibt dazu im Vagen, man befindet sich noch in der Planungsphase. Es liegt indes auf der Hand, dass neue Militärbasen, Flugplätze und Waffentypen eingefordert werden. Schiffe zum

Beispiel, die bei einer Laufzeit von bis zu fünfzig Jahren in neue Gewässer vorstossen können.

Nicht bloss in demografischen Randgebieten wie der Arktis sieht das Pentagon klimabedingte Konflikte aufziehen. «Der Verlust an Gletschern wird unsere Wasserversorgung in mehreren Gegenden unserer Hemisphäre strapazieren», prophezeite der inzwischen zurückgetretene Pentagon-Chef Chuck Hagel bei der Präsentation der «Roadmap». «Dürren und Missernten können Millionen von Menschen von der Lebensversorgung abschneiden und Wellen von Massenmigration auslösen.»

US-Präsident Barack Obama ist überzeugt, dass uns Vorboten dieses Szenarios bereits erreicht haben. «In der Tat gibt es Hinweise, dass zum Beispiel das, was in Syrien passiert, zum Teil aus einer Dürre entstanden ist, welche grosse Zahlen von Bauern weg von ihren Höfen und Feldern in die syrischen Städte getrieben hatte, wo ein politisches Klima entstand, dass zu Protesten führte, welche Assad mit der brutalsten aller Arten beantwortete», sagte Barack Obama jüngst im Interview mit dem *Rolling Stone Magazine*. Mit anderen Worten: Obama glaubt, die Flüchtlingswelle, die gerade beispiellos nach Europa schwappt, sei vom Klimawandel – und damit von uns allen – mitverursacht worden.

Mit solchen Aussagen legt sich der Präsident quer zu der republikanischen Mehrheit im Kongress, bei der viele zu den «Klimaskeptikern» zählen, die zweifeln, dass der Mensch für den Klimawandel verantwortlich ist. Sie werden wenig geneigt sein, den Klimakriegern einen Kredit zu sprechen.

«Der Islamische Staat macht immer noch an Boden gut und hinterlässt Tod und Verwüstung in Syrien und im Irak mit ausländischen Kämpfern aus über achtzig Nationen, die in ihren Herkunftsstaaten neue rekrutieren», so James M. Inhofe aus Oklahoma, ein führender Sicherheitspolitiker der Republikaner im Senatsausschuss für Streitkräfte, in einer Reaktion auf die Pentagon-Klima-«Roadmap». «Es ist enttäuschend, aber nicht überraschend, dass der Präsident und seine Administration auf den Klimawandel fokussieren, während andere, ernsthafte Gefahren real existieren auf der Welt.»

Fast zeitgleich mit der Veröffentlichung der Klima-«Roadmap» hatte das Pentagon angekündigt, syrische Rebellen gegen den Islamischen Staat auszubilden. Bis Oktober 2015 würden 5000 Kämpfer einsatzbereit sein. Man sei etwas in Verzug mit dem Training, musste der Befehlshaber des US Central Command, General Lloyd Austin, vor drei Wochen eingestehen. Lediglich «vier oder fünf» Rebellen hätten das Training bis dato absolviert. Angesichts solch präziser Prognosen des Pentagons ist man geneigt, die Klima-«Roadmap» beiseitezulegen und entspannt in den Fauteuil einzutauchen. ○

Ende des Ganges

Von Henryk M. Broder —
Deutschland ist am Anschlag,
und die Kanzlerin verweist.



Stellen Sie sich bitte Folgendes vor: In Ihrer Stadt geht ein Brandstifter um. Zuerst brennt das Postamt, dann eine Schule, bald darauf ein Supermarkt. Es dauert nicht lange,

bis ein Flügel des Rathauses in Flammen steht.

Und was macht der Bürgermeister? Er macht sich auf den Weg zu einer «Schwesterstadt», die zwölf Flugstunden entfernt liegt. Unmöglich, werden Sie sagen, so etwas würde ein Bürgermeister nie machen. Er würde das Kommando der Feuerwehr übernehmen und alle Kräfte mobilisieren, um das Feuer einzudämmen.

Stimmt. Ein Bürgermeister würde so etwas machen. Nur die Kanzlerin, von ihrem Volk liebevoll «Mutti» genannt, macht das Gegenteil. Mitten in der schwersten Krise der Bundesrepublik reist sie nach Indien, um dort über eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu verhandeln. Das Thema duldet keinen Aufschub. Mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohnern ist Indien ein wichtiger Markt für deutsche Unternehmen.

Derweil brennt daheim die Luft. Täglich kommen bis zu 10 000 «Schutzsuchende» ins Land, die Polizei, die freiwilligen Helfer, die kommunalen Stellen arbeiten «am Anschlag», es droht ein «Versorgungsnotstand». Niemand weiss, wie viele «Flüchtlinge» schon da sind und wie viele noch kommen werden. Nicht einmal die Kanzlerin, die den Notstand durch unbedachte Gesten und Worte mitverursacht hat. Sie verweilt am Ende des Ganges.

Noch erstaunlicher ist nur noch, dass die grossen, den Ton angehenden Medien sich mit Kritik am Verhalten der Kanzlerin energisch zurückhalten. Dafür gibt es freilich eine organische Erklärung. Vorletzten Mittwoch, am 30. September, hat die Kanzlerin alle Intendanten der öffentlich-rechtlichen Sender zu sich ins Kanzleramt gebeten, man könnte sagen: einbestellt. Worum es bei diesem Treffen ging, wurde nicht bekannt, die Vermutung liegt nahe, es könnte eine «Intensivierung der Zusammenarbeit» gewesen sein. Auf eine diesbezügliche Anfrage antwortete ein Mitarbeiter der Kanzlerin, es habe sich um ein «informelles Treffen» gehandelt, über das es «keine Pressemitteilungen» geben würde.

So war es früher auch in der DDR üblich, wo die Kanzlerin ihr Handwerk gelernt hat.

Strategisches Spiel

Von Silvio Borner — Die Abgasaffäre um den VW-Konzern hat ein aussergewöhnliches Ausmass angenommen. Nüchtern betrachtet, ist der Fall ziemlich alltäglich.

Die mediale Empörung ist unüberhörbar, die politische Reaktion übertrieben, der Wertverlust für VW existenzbedrohend. Da sieht man wieder, wie gierig, trickreich und gesetzeswidrig Grosskonzerne handeln! Und dann erst noch ein deutsches halbstaatliches Unternehmen mit hohen Corporate-Social-Responsibility-Ansprüchen! Aus der nüchternen Sicht der politischen Ökonomie ist der Fall, vom Ausmass her betrachtet, aussergewöhnlich – aber vom Typus her ziemlich alltäglich. Hinzu kommt, dass der Schaden am Klima vernachlässigbar ist und auch die betroffenen Autokäufer anders keinen Schaden erlitten haben.

Die naive Vorstellung von Umweltregulierungen ist die, dass eine wohlmeinende Politik aufgrund sicherer wissenschaftlicher Grundlagen objektive Grenzwerte setzt, die von Produzenten und Konsumenten strikte eingehalten werden, um die Welt vor dem Untergang zu retten. Die politökonomische Perspektive sieht die Regulierung ganz anders, nämlich als ein strategisches Spiel zwischen Regulatoren und Regulierten. Dabei sind die Regulierten häufig alles andere als passive Adressaten, sondern sie treiben die Vorschriften selber voran, um Wettbewerbsvorteile zu erlangen oder die Regulierungsbehörden zu beherrschen (*regulatory capture*). Den Regulatoren fehlt nämlich häufig das Know-how, um komplexe Vorschriften selber zu formulieren. Sie müssen sich daher methodisch stark auf die zu regulierenden Firmen und Branchen abstützen. Häufig delegieren die Behörden sogar die Kontrollen an die betroffenen Branchenverbände. Kein Wunder, dass diese Betroffenen sich eher als Beglückte fühlen, weil sie nun legal auf Kosten der Steuerzahler und Konsumenten davon profitieren können.

Die zweite Reaktion ist die mehr oder weniger elegante Umgehung. So haben die Banken auf verschärfte Eigenkapitalvorschriften mit der Auslagerung in nichtregulierte Bereiche reagiert. VW hat die a priori problematische Abgasvorschrift für Dieselmotoren auszuhebeln versucht. Schon vor Jahrzehnten (alles verjährt) wurde mein 63er Jaguar für die Vorführung prüfungstauglich präpariert, und unmittelbar anschliessend wurde die Fahrtüchtigkeit wiederhergestellt. Wer hat je ein Auto besessen, bei dem der Benzinverbrauch den (tiefen) Werksangaben entspricht? Ich habe kürzlich ein Auto gekauft, das angeblich 138 mg CO₂ ausstösst und daher

gerade noch unter der steuerwirksamen Grenze von 140 liegt. Unter welchen Bedingungen werden solche Tests durchgeführt? Es sind dies immer künstliche Laborbedingungen, um den Verbrauch von Treibstoff und den Ausstoss von Schadstoffen auf Prüfständen zu minimieren. Für Hybridfahrzeuge wurden Vorschriften erlassen, die als grober Unfug zu taxieren sind. So soll ein SUV-Zweitöner nur gerade mal zwei Liter auf 100 Kilometer verbrauchen. Realität und Prüfstand klaffen immer auseinander. VW ist hier einen fatalen Schritt weitergegangen, wohl in der Hoffnung, dass die Prüfer dies nicht merken oder durchgehen lassen. Dass es gerade die USA waren, die den europäischen Hauptkonkurrenten ins Visier nahmen, ist wohl nicht nur klimapolitisch motiviert gewesen.

Aber werfen wir einen Blick auf unsere Gebäudevorschriften, die fest installierte Elektroheizungen verbieten wollen, obwohl diese unter

Umständen ökonomisch und ökologisch angezeigt wären. In diesem Fall beschaffe ich mir halt mobile, voll programmierbare Radiatoren und andere elektrische Heizgeräte. Es wird sicher eine Weile dauern, bis die Stromlieferanten heraustüfteln können, was jetzt gerade an der Steckdose hängt. Oder man beschafft sich ein halbes Dutzend Haarföhne, die eine sehr effiziente



Heizleistung erbringen. Oder man installiert einen mobilen Generator im Keller und kauft den Treibstoff an der Tankstelle. Man kann sogar mobile Gasbrenner einsetzen (nicht unbedingt im Schlafzimmer). All diese Ersatz- oder Umgehungsgeräte sind heutzutage extrem billig. So betrachtet, ist das Ganze ein Wettlauf zwischen Regulatoren und Regulierten, wobei die Opfer an der Front in aller Regel cleverer sind als die Täter am Schreibtisch.

Für einmal ist jetzt VW in diesem Wettlauf böse Zweite geworden. Aber der Wettlauf wird weitergehen. Und die Regulierungsschrauben werden sich weiter drehen. So gesehen sind regulatorische Spiele Negativsummenspiele ohne ökologischen Nutzen, aber mit wachsenden volkswirtschaftlichen Kosten. Mein eingetauschter Wagen ist wegen der neuen Normen als Occasion in der Schweiz unverkäuflich geworden. Er wird deshalb in den Nahen Osten exportiert. Dort wird er noch mindestens zehn Jahre munter weiter gleich viel Abgas ausstossen. Mein Umtausch ist somit auch klimapolitisch wertlos.

Cameron, der neue Tony Blair

Von Hansrudolf Kamer — Am Parteitag in Manchester haben sich die Tories ein neues Profil gegeben. Sie rücken zur Mitte und besetzen den Raum, den die Labour-Partei mit ihrem Linksruck freigegeben hat.



Die britische Politik ist immer noch damit beschäftigt, den unerwarteten Wahlsieg David Camerons im Mai zu verdauen. Ratschläge aller Art prasseln auf die

Tories ein, die ihren Parteitag in Manchester dazu benützten, die Weichen für die nächsten Jahre zu stellen. Am Ende soll die kritische Volksabstimmung über die EU-Mitgliedschaft stehen.

Wenn Labour die politische Mitte aufgibt, liegt es nahe, dass die Tories nachrücken, um eine Rückkehr des Gegners auf lange Zeit zu verbarrikadieren. Der Kongress in Manchester wurde belagert von einem Demo-Mob rabiater Linker, Gewerkschafter und Anhänger des neuen Parteichefs Jeremy Corbyn, die alle schon vorhandenen Vorurteile bestätigten. Das war für die Tories erneut ein Geschenk des Himmels. Denn sie sind in den Augen der meisten Briten die Partei der Reichen und der Oberklasse, der Privatwirtschaft und der Finanzhaie.

Der Wahlsieg war bemerkenswert, weil die Konservativen ihren Wähleranteil gegenüber 2010 erhöhten. Zum letzten Mal war das Lord Salisbury im Jahr 1900 gelungen. Entgegen allen Unkenrufen hielt Cameron auch die Koalition mit den Liberaldemokraten zusammen. Dass diese dann im Südwesten einbrachen und einen Grossteil ihrer Sitze verloren, ist für Juniorpartner in einem Regierungsbündnis nicht ungewöhnlich. Für die Tories aber war das ein Fingerzeig in die Zukunft.

Der Premierminister musste einen Wahlkampf an drei Fronten führen – gegen Labour, gegen die schottischen Nationalisten und gegen die United Kingdom Independence Party (Ukip). Gleichzeitig musste er seine eigene Partei kitten, die zeitweise in Gefahr war, den ganzen euroskeptischen Flügel an die Ukip und an Labour zu verlieren.

Summa summarum: nicht schlecht für einen vielgeschmähten Tory-Führer, ein verwöhntes Leichtgewicht, dem man das kaum zugetraut hatte. Cameron hatte die politische Landschaft richtig gelesen und seine Partei im politischen Zentrum verankert, obwohl die meisten Experten ihm eine Rechtsprofilierung angeraten hatten, um die Bedrohung durch die Ukip zu neutralisieren.

Der Trend ist unverkennbar. Die Vettern auf der anderen Seite des Ärmelkanals haben sich soeben einen neuen Namen gegeben: Die französischen Konservativen, die sich nach der Niederlage gegen die Sozialisten 2012 endlich zusammenschließen, nennen sich Republikaner. Dieser Name hat in Frankreich historische und aktuelle Resonanz, im Vereinigten Königreich hätte er es nicht – im Gegenteil.

Name und Branding werden in unserer Marketing-versessenen Zeit allerdings überschätzt. Die politische Strategie dagegen ist durch den Linksruck Labours vorgezeichnet. Cameron könnte sich in einen Tony Blair oder eine Angela Merkel verwandeln, in einen Politiker, der Wahlen gewinnt, aber seine Partei intellektuell und oft personell aushöhlt.

Im Gegensatz zur CDU in Deutschland sind die Tories noch nicht personell ausgeblutet, sondern haben Protagonisten, die den Regierungschef herausfordern könnten und als Nachfolger denkbar sind: George Osborne, der Schatzkanzler, Boris Johnson, der Londoner Bürgermeister, und Theresa May, die Innenministerin. Cameron hat erklärt, dass er bei den nächsten Wahlen 2020 nicht mehr kandidieren werde, aber die volle Legislaturperiode bleiben möchte.

Und diese wird bald vom Kampf um die EU-Mitgliedschaft dominiert. Eine Meinungs-

umfrage signalisierte vor einem Monat, dass inzwischen eine Mehrheit der Briten für einen Austritt aus der EU wäre. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, aber dass das Flüchtlingsfiasco die Stimmung auf der Insel gegen die EU dreht, ist keine Überraschung.

In Manchester betonte Theresa May, die Masseneinwanderung treibe Tausende von Briten aus dem Arbeitsmarkt. Die gegenwärtigen Zahlen seien nicht zu verkraften. Man müsse die Kontrolle über die Immigration zurückgewinnen. Cameron selber hält sich bedeckt. Er will seine Position gegenüber der EU nicht schwächen und erklärt deshalb, er werde seine Haltung pro oder kontra «Brexit» vom Ergebnis der Verhandlungen über die britischen Anliegen abhängig machen. Diese sollen an einem Brüsseler Gipfeltreffen im Dezember besprochen werden.

Flüchtlingskrise als Joker

Camerons Tour im Sommer durch die europäischen Hauptstädte, wo er seine Forderungen präsentierte, war nur halb erfolgreich. Er musste bereits einige Abstriche machen, was von den Euro-Skeptikern in der eigenen Partei scharf kritisiert wurde.

Der Joker ist die Flüchtlingskrise. Sie ist unberechenbar. Die Briten sind im Prinzip pragmatisch und keineswegs einwanderungsfeindlich. Hier geht es nicht um deutsche Empfindlichkeiten oder eine grundsätzliche Einstellung zum Fremden, sondern schlicht um die Menge. Sollte sich die Vorstellung verfestigen, dass das Referendum über den «Brexit» die Chance für eine kontrollierte Einwanderungspolitik bietet, dann wären die Tage der britischen EU-Mitgliedschaft gezählt.



Fingerzeig in die Zukunft: Premier Cameron am Parteitag der Konservativen, 6. Oktober 2015.

Die grosse Denkblockade

Von Thilo Sarrazin — Beim Flüchtlingsthema deutet sich ein Umdenken an. Aber es kommt zu spät und zu langsam. Die Politik will die Konsequenzen ihrer Haltung nicht wahrhaben.



In diesen Tagen landet in Berlin nahezu jedes Gespräch, das man führt, schon nach wenigen Minuten beim Flüchtlingsthema. Die folgenden Motive spielen dabei eine Rolle:

— Viele einfache Menschen haben Angst. Sie müssen nicht lange rechnen, um zu wissen, dass die Sozialleistungen sich verschlechtern, wenn Millionen ins Land kommen, um sie wahrscheinlich dauerhaft in Anspruch zu nehmen.

— Viele Gutwillige aus den gebildeten Schichten möchten das moralisch Richtige tun und haben Angela Merkel unterstützt, als sie Anfang September die offenen Grenzen noch weiter öffnete. Jetzt, da täglich rund 10 000 Einwanderer aus Nahost und Afrika über die deutschen Grenzen strömen – achtzig Prozent von ihnen junge Männer, die bald ihre Familien nachholen wollen –, breitet sich auch unter den Gutwilligen Sorge aus. So hatten sie sich das nicht vorgestellt. Aber sie trauen sich auch nicht, eine Schliessung der Grenzen zu fordern.

— Die Stimmen aus der Wirtschaft, die nahezu täglich riefen, Deutschland brauche Arbeitskräfte, um seinen Wohlstand zu sichern, sind schweigsamer geworden. Unternehmen wollen ausgebildete Handwerker, IT-Fachkräfte oder Ingenieure. Bis die Neueinwanderer diese in grösserer Zahl stellen können, wird es noch ein bis zwei Generationen dauern.

— Lange hatten Politik und Medien die Berichte über Spannungen und Gewalt in den Aufnahmelagern verschwiegen. Besonders tabu waren der Druck und die Anfeindungen, unter denen viele Christen in den Aufnahmelagern leiden. Jetzt sickern aber mehr und mehr lokale Nachrichten darüber auch in die überregionalen Medien.

— Es lässt sich kaum noch verbergen, dass sich mittlerweile ganze Zeitungsredaktionen über die Richtung der Berichterstattung und das noch tolerable Ausmass der eigenen Propaganda streiten. Noch hält der Propaganda-Damm der Willkommenskultur, der vor allem im deutschen Staatsfernsehen aufgerichtet wurde. Aber es gibt doch immer mehr irritierende Nachrichten, die dazu nicht passen und gleichwohl gesendet werden müssen. Die Blicke der besonders ausgewiesenen Gutmenschen unter den Moderatoren werden gehetzt, ihre Gesten fahriger.

— In der CDU/CSU deutet sich ein Machtkampf über das weitere Vorgehen in der Flüchtlingsfrage an. Der stets zuverlässig opportunistische CSU-Chef Horst Seehofer feuert seit einigen Tagen aus München verbale Breitseiten auf das Berliner Kanzleramt. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion stehen Hinterbänkler auf, die sich seit Jahren nicht zu Wort gemeldet haben, und kritisieren minutenlang die Flüchtlingspolitik. Angela Merkel dagegen schweigt. Sie reist erst zur Uno und unterstützt dort die Nachhaltigkeitsziele für das Jahr 2030, dann reist sie mit einer Wirtschaftsdelegation nach Indien. So wird Normalität vorgeführt.



Noch hält der Propaganda-Damm: Flüchtlinge.

Dabei war vor wenigen Wochen alles noch so harmonisch gewesen: Als Ende August im sächsischen Heidenau 200 gewalttätige Rechtsradikale die Polizei angriffen, waren sich alle einig. Bundespräsident Gauck sprach in Heidenau unter dem Beifall der Medien vom hellen und dunklen Deutschland und schuf so gleich wieder die Assoziation von Nazideutschland und Holocaust, die auch die hartleibigsten Kritiker angstvoll verstummen lässt. Einen Monat später setzte er in Mainz ganz andere Akzente und sagte: «Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind endlich [...]. Wir wollen in diesem Land keinen religiösen

Fanatismus. Gotteskrieger müssen wissen: Der Rechtsstaat duldet keine Gewalt.» Er rief die Staaten und die Europäische Union auf, die äusseren Grenzen zu schützen. «Denn nur so können wir die Kernaufgaben eines staatlichen Gemeinwesens erfüllen: die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und letztlich des inneren Friedens.»

In grosser Hektik brachte die Bundesregierung im September ein Gesetzespaket zur Beschleunigung von Asylverfahren, zur Ausdehnung des Katalogs der sicheren Herkunftsländer und zur schnellen Abschiebung abgelehnter Bewerber auf den Weg, und der Europäische Rat kündigte ein einheitliches Asylrecht und die Einrichtung von «Hotspots» an den Aussengrenzen der EU an, wo eine Erstprüfung der Schutzbedürftigkeit vorgenommen werden soll. Auch stellte er eine Milliarde Euro für die Flüchtlingslager in Syrien und der Türkei zur Verfügung.

Irrational, unehrlich und erfolglos

So bewegt sich vieles gegenwärtig in die richtige Richtung. Aber es kommt zu spät, zu langsam, in zu geringer Dosierung. Vor allem aber setzt es nicht am grundsätzlichen Problem an, das ich wie folgt umschreibe:

— Achtzig Prozent der Menschen auf der Welt leben in Ländern, deren politische Systeme und gesellschaftliche Verhältnisse grundsätzlich einen Asylanspruch in Deutschland begründen könnten. In diesen Ländern sind auch die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Mehrheit der Menschen weitaus schlechter als die Lebenslage eines Sozialhilfeempfängers in Deutschland.

— Sie haben deshalb mehrheitlich einen Anreiz, nach Europa aufzubrechen. Das Asylrecht und der Sozialstaat kommen ihnen dabei entgegen.

— Die Verbesserung der Verhältnisse in diesen Ländern bleibt eine herkulische Aufgabe. Sie kann aber im Wesentlichen nur innerhalb dieser Länder geleistet werden. Was Weltbank, Uno und internationale Entwicklungshilfe seit siebzig Jahren nicht geschafft haben, wird jetzt schon gar nicht kurzfristig möglich sein.

Alle diejenigen, die sagen, man könne die Flüchtlingsströme nur bei ihren heimatlichen Ursachen bekämpfen, alles andere sei sinnlos oder moralisch abzulehnen, plädieren letztlich dafür, die neue Völkerwanderung mehr oder weniger passiv hinzunehmen. Die Konsequenz dieser Haltung wollen sie aber weder vor den Bürgern noch vor den Wählern (und oft wohl nicht einmal vor sich selbst) wahrhaben. Das macht jede darauf beruhende Politik nicht nur irrational und unehrlich, sondern auch erfolglos.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.

Mario Davatz, Direktor
Bergbahnen Grösch-Danusa AG
Kunde seit 1983

*«Stahlseile sichern unsere Fahr-
gäste. Die 2. Säule von Swiss Life
sichert unsere Mitarbeitenden.»*

Sorg für dich.

Damit Sie sich voll auf Ihr Geschäft konzentrieren können, bietet Swiss Life sichere Lösungen für die berufliche Vorsorge – massgeschneidert für Ihr KMU. Die Bergbahnen Grösch-Danusa AG ist eines von über 40 000 Unternehmen, die wir bereits überzeugen konnten. Überzeugen Sie sich selbst auf swisslife.ch/kmu



SwissLife
So fängt Zukunft an.

Politgeografen und Politsimulanten

Von Christoph Mörgeli

Herbstzeit ist Wahlzeit. Und leider auch Rating- und Prognosezeit. In der *Sonntagszeitung* stand die SP-Frau Jacqueline Badran mit ihrer nationalrätlichen Leistung auf dem miesen 118. Rang. Halb so schlimm: Am nächsten Tag setzte sie der *Tages-Anzeiger* vom gleichen Verlagshaus auf die Top-Fünfer-Liste («Sie haben Einfluss»). Badrans Verdienst besteht darin, dass sie dasselbe tut wie der *Tages-Anzeiger*: «Sie stellte regelmässig das bürgerliche Lager in den Senkel.»

Noch bedenklicher als Journalisten werkeln nur Wissenschaftler. Etwa der «Politgeograf» Michael Hermann. Irgendwann wird es auch Politiklimatologen geben. Und Politgynäkologen. Die wissenschaftlichen Ranglisten von Hermann bestehen darin, dass er die Parlamentarier fragt, welche Kollegen sie für mächtig halten. Selbstverständlich jene, die den Befragten sympathisch sind und mit denen sie gerne einen Kaffee trinken. Und selbstverständlich Politiker links der Mitte, denn nur die dort angesiedelten Berufspolitiker haben Zeit, Hermanns dämliche Fragebogen auszufüllen.

Gerne beliefert Michael Hermann seine Brötchengeber – etwa die *NZZ am Sonntag* – mit Wahlprognosen. Er hat diesmal wissenschaftlich «simuliert», dass die SVP 6 Sitze zulegt. Das Ziel des bekennenden Mitte-links-Wählers ist erreicht: Die alarmierten Linken drängen zu den Urnen. Schon vor vier Jahren simulierte Hermann für die *NZZ am Sonntag* – und zwar 62 Sitze für die SVP. Der Wahltag ergab 54 SVP-Sitze, also eine Abweichung von 8 Sitzen. Würde die *NZZ am Sonntag* Hermanns politisches Anliegen nicht teilen, hätte sie seine frühere Treffgenauigkeit analysiert. Und sich das viele Geld gespart.

Die Funktion der Lobbyisten wurde unlängst medial gründlich durchleuchtet. Zu Recht. Mindestens so nötig wäre Transparenz aber bei Politsimulanten oder Politgeografen. Sie geben sich als aussenstehende Fachleute, stehen aber oft im Solde von Politikern und Parteien. Niemand weiss, wer sie wofür bezahlt. Man darf aber annehmen, dass es jene sind, welche die Politologen dann als Meinungsmacher, Drahtzieher und Netzwerker loben. Darum sollte man jene Kandidaten wählen, welche die «Wissenschaftler» als hoffnungslose Hinterbänkler oder substanzlose Maulhelden beschimpfen. Denn diese sind garantiert am weitesten entfernt vom korrupten Politologenbetrieb.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Unsere Europameister

Von Peter Bodenmann — Die Schweiz hat die besten Universitäten in Kontinentaleuropa. Auch und dank der Personenfreizügigkeit.



Etwas stolz sollten wir sein: ETH-Rektoren Aebischer (l.), Guzzella (r.) in Brüssel.

Bereits in der Schule lernten wir: Die Schweiz hat keine Rohstoffe. Die weisse Kohle ausgenommen. Die Stärken der Schweiz sind – neben stabilen politischen Rahmenbedingungen – Fleiss und Innovationskraft.

Heute weiss jeder Zeitungsleser: Mit matchentscheidend im Wettbewerb der Standorte ist weltweit die Qualität der Universitäten, vorab jener im technischen Bereich. Eine Universität, die es zu etwas bringen will, muss hochattraktiv für die weltweit besten Professoren sein. Wichtig sind der Lohn, die Lebensqualität, genügend Knete für Lehre und Forschung sowie die Möglichkeit, an immer wichtiger werdenden internationalen Programmen mitzumachen. Die ETH Zürich ist aufgrund des neuesten Rankings die beste Universität Kontinentaleuropas. Dicht dahinter folgt die etwas jüngere und beweglichere ETH Lausanne. Beides sind staatliche Lehr- und Forschungsanstalten unseres Schweizer Staates. Wäre die Sorbonne in Paris so gut wie die ETH in Zürich, würde Präsident Hollande einen Feiertag ausrufen. Und die französischen Präfekten und Gemeindepräsidenten anweisen, landesweit die Trikolore zu hissen.

Wir sind nicht so, weil wir genetisch «Knustis» sind. Aber etwas stolz sollten wir sein. Und unseren beiden Universitäten von Weltrang Sorge tragen. Sowie die kantonalen Unis mit mehr Bundesmitteln auch zur Jagd tragen. Die beiden ETH-Rektoren Lino Guzzella und Pat-

rick Aebischer waren in den letzten Tagen in Brüssel. Holten sie die wohlverdienten Lorbeeren ab? Das Gegenteil war der Fall. Vor der Presse fassten sie die Ausgangslage zusammen: «Die Möglichkeit, sich an den Ausschreibungen des Europäischen Forschungsrats [ERC] zu beteiligen, ist bei der Rekrutierung internationaler Spitzenforscher entscheidend», sagte Aebischer. Gebe es keine Lösung mit der EU, drohten die ETH zu Forschungsstätten von regionaler Bedeutung zu verkommen. Der Standort Schweiz braucht die besten Professoren europaweit. Ob Schweizer oder Ausländer, darf keine Rolle spielen. Der Standort Schweiz braucht die Teilnahme an europäischen Forschungsprogrammen. Beides darf die Schweiz wegen der neu im Takt mit Willy durch die Gegend hoppelnden Fremdenfeinde nicht aufs Spiel setzen.

Vor der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative erklärten Adrian Amstutz und This Jenny selig, die SVP wolle die Zuwanderung pro Jahr auf 40 000 bis 50 000 Personen senken. Und dies, ohne die bilateralen Verträge zu gefährden. Genau das muss die Schweiz jetzt machen. Die Hochpreisinsel Schweiz braucht weniger vertikale Sofaprofiture und weniger übersubventionierte Bauern. Stattdessen höhere Produktivität dank weniger Zölle, weniger Bürokratie und mehr Wettbewerb.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Das Prinzip Sepp

Von Kurt W. Zimmermann — Warum drehen Journalisten derart durch, wenn einer ihrer Bösewichte nicht zurücktreten will?

Der Titel zum Kommentar in der NZZ war aggressiv: «Blatter muss schnellstens gehen». Der Titel zum Kommentar in der *Sonntagszeitung* war ebenso aggressiv: «Jetzt hilft Sepp Blatter nur noch der sofortige Rücktritt».

Schnellstens. Sofortig.

Der Gebrauch von Temporaladverbien ist linguistisch gesehen stets interessant. Schnellstens. Sofortig. Es kann mit dem definitiven Rücktritt Blatters nicht rasch genug gehen. Es ist eine Frage von Sekunden.

Vergleichbar verlief auch die Medienkampagne gegen VW-Chef Martin Winterkorn. Die Journalisten forderten desgleichen den sekundenschnellen und sofortigen Abgang. Winterkorn hielt keine Woche durch.

Fifa-Präsident Sepp Blatter hält seit Jahren durch. Jahrelang haben Journalisten tausendfach seinen Rücktritt verlangt, jahrelang und tausendfach vergeblich.

Blatter wurde damit zur grossen Ausnahme im Waidrevier. Er ist der einzige Langzeitüberlebende unter den gejagten Grosstieren auf der Mediensafari. Andere Elefantenbullen wie Philipp Hildebrand, Karl-Theodor zu Guttenberg und Joe Ackermann verbluteten allesamt im Rücktrittstrommelfeuer.

Blatter wurde dadurch zur Hassfigur der Journalisten. Denn er zerstörte ihr einziges Erfolgsmodell.

Für Journalisten ist der einzige zählbare Erfolg ein Rücktritt.

Medien haben sehr beschränkten Einfluss auf gesellschaftliche Entscheide. Journalisten können Wahlen nicht gross beeinflussen, sonst wäre Links-Grün bei fünfzig Prozent. Sie können Volksabstimmungen nicht steuern, sonst würde die Schweiz heute von Asylsuchenden überrannt. Sie können nicht entscheiden, wer Chef von Firmen und Verbänden wird, sonst wäre Eveline Widmer-Schlumpf längst Fifa-Präsidentin.

Journalisten haben wenig konkrete Erfolgserlebnisse. Als einzig zählbares Erfolgserlebnis bleibt ihnen der Abschuss einer Person, die unter Mediendruck zurücktreten muss. Andere, objektiv messbare Gewinnsituationen gibt es für Journalisten nicht.

Dies liegt daran, dass Medien keine langfristigen Prozesse beeinflussen können. Das ist nicht ihre Stärke, weil sie zu sehr im Tagesgeschäft verhaftet sind. Ihre Stärke ist vielmehr die Emotionalisierung von Kurzfristigkeit. Medien bewirtschaften die Empörung aus dem Augenblick. Wenn nun zeitweilig ein Verband oder ein Unternehmen in die Bredouille



Beschränkter Einfluss der Medien: Sepp Blatter.

gerät, dann erleben wir jeweils diesen episodischen Ausbruch an Rücktrittshysterie. Die Forderung nach dem schnellen Aus für den Spitzenmann ist die verkürzte Problemlösung für einen Problemfall, den die Medien intellektuell gar nicht bewältigen wollen.

Eine Fifa und ein Volkswagen-Konzern sind sehr komplexe Gebilde, mit komplexen Prozessen und komplexen Strukturen, die fast zwangsläufig zu systemischen Krisen führen. Dies aber überfordert ein normales Journalistengehirn. Es sucht darum nach einer einfachen Formel zur Reduktion der Komplexität. Es findet sie beim Ruf nach der Guillotine.

Der Rücktritt ist dann – von Elisabeth Kopp bis Oswald Grübel – jeweils ein gefeierter journalistischer Triumph. Die Personalrotation ist der Bewegungsmelder, der zeigt, dass die Medien doch noch ein Machtfaktor sind.

Sepp Blatter entzieht sich diesem Mechanismus. Er ist der Einzige aus den obersten Führungskreisen dieser Welt, der trotz feindeligster Medienattacken so lange im Amt blieb, wie es ihm beliebt. Die Journaille dreht darum durch. Ihre Beschimpfungen gegen Blatter reichten zuletzt von Betrüger bis Bandit.

Ich denke auch, dass der Bursche einiges auf dem Kerbholz hat. Aber aus Journalistensicht muss man sagen: Aus härterem Holz ist keiner.

Anonymer Amok

Von Beatrice Schlag — Die Bitte einer Stadt.

Präsident Obama war verärgert und ungehalten wie selten. Schon wieder musste er Eltern kondolieren, nachdem vor einer Woche ein junger Mann in einem College in Oregon Amok gelaufen war.



Neun Tote, neun Verletzte. Insgesamt vierzehn Gewehre hatte der 26-Jährige mit den aktenkundigen psychischen Problemen legal erworben. Es war die 142. Schiesserei an einer US-Schule seit 2012. Dennoch hat bei Senatoren und Abgeordneten kein namhafter Sinneswandel stattgefunden, wenn es um verschärfte Abgabekontrollen für Waffen geht.

Am vergangenen Sonntag berichtete die *Los Angeles Times*, dass in der Kleinstadt Roseburg, wo die Schiesserei stattfand, niemand den Namen des Amokläufers nennen wollte, auch wenn er ihnen bekannt war. «Ich nehme den Namen nicht in den Mund. Ich kenne diesen Namen nicht», sagte ein Mann, der mit dem Amokläufer gearbeitet hatte. «Nennen Sie ihn <den Schützen>.» Als die lokale Zeitung seinen Namen veröffentlichte, gab es Aufrufe, das Blatt zu boykottieren. Der Sheriff der Stadt sagte: «Sie werden mich seinen Namen nie aussprechen hören.» Gleichzeitig bat er um Mithilfe bei den Ermittlungen. Der Name des Schützen, berichteten nationale Medien, sei Chris Harper-Mercer gewesen, er hab erst seit knapp drei Jahren in Oregon gelebt. Er kleidete sich wie ein Army-Soldat: Tarnanzug und schwarze Stiefel, und er redete kaum mit jemandem. Seine Eltern waren lange geschieden, er wohnte bei der Mutter. «Das Böse hat einen Namen und ein Gesicht», schrieb die lokale Zeitung, «Wie können wir seinen Namen nicht nennen? Wie soll die Polizei ermitteln?» Die Stadt sah es anders. Sie wollte die Opfer ehren, nicht einem Täter zu kurzer Berühmtheit verhelfen, auch wenn er sich nach seinem Amoklauf erschossen hatte. Tatsächlich weiss man aus E-Mails zahlreicher Amokläufer, dass die Aussicht, danach wenigstens ein paar Tage lang Schlagzeilen zu machen, durchaus zu den Tatmotiven zählt. Soll man ihre Namen deswegen verschweigen? Ian Mercer, der Vater des Schützen, fand, dass ein anderer Grund den Ausschlag für die Tat seines Sohnes gab. In einem Interview sagte er: «Das wäre nicht passiert, wenn mein Sohn nicht so so leicht hätte Waffen kaufen können.»

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Letztes Jahr habe ich mir einen Porsche 911 Carrera 4S gekauft. Meine Lieblingsjacke hat aber auf dem Rücken einen grossen Aufdruck: «Aston Martin Racing Team». Meine Frau und die Kinder meinen nun, dass dies nicht zusammenpasst. Darf ich diese Jacke tragen, wenn ich mit dem Porsche ausfahre?

Adrian Wälti, Sachseln

Eine Aston-Martin-Jacke? Ich bin entsetzt! Dann tragen Sie sicher auch Ferrari-Schuhe und eine Jaguar-Unterhose dazu! Unter Kollegen: Dass Sie einen 4S gekauft haben, zeugt von Stil, aber dass Sie ernsthaft erwägen, ihn auf clowneske Weise zu entweihen, erschüttert mein Vertrauen in Ihren Geschmackssinn gleich wieder. Schenken Sie das unglückselige Kleidungsstück Ihrem Göttibuben und drücken Sie reinen Gewissens aufs Gaspedal. Gute Fahrt! *Philipp Gut*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Es ist am Souverän, hier Remedur zu schaffen.»

Markus Minder

Alternativlose EU

Nr. 40 – «Vom Klassenprimus zum Raubein»; Wolfgang Koydl über Deutschland

Immer deutlicher zeigt sich, dass die deutsche Bundeskanzlerin mit ihrem voreiligen Signal für die deutsche Willkommenskultur in ganz Europa eine riesige Merkelei angerichtet hat. In dieser alternativlosen EU hat die Schweiz nichts zu suchen!

Hans Glarner, Zollikon

Vorausiegender Gehorsam

Nr. 40 – «EU versus CH»; Editorial von Roger Köppel

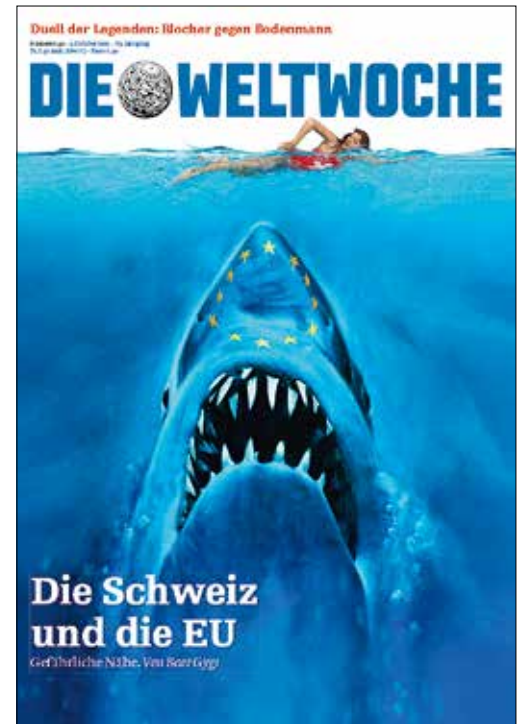
«In der Europafrage soll das Wahlvolk wissen: Ja zum bilateralen Weg, nein zum EU-Beitritt.» Das ist die Parole der FDP zur alles dominierenden Frage der Europapolitik in der nächsten Legislatur. Ja, zu welchem Weg denn? Demjenigen, den die EU von der Schweiz fordert, mit automatischer Rechtsangleichung der bestehenden und künftigen Verträge und dem Europäischen Gerichtshof als letzter Instanz bei unterschiedlicher Auslegung, also dem De-facto-Beitritt zur Brüsseler Institution? Oder zur Garantie der bestehenden Abkommen ohne Automatismus? Die FDP bleibt uns die entsprechende Antwort schuldig, wohl weil ihre Eliten den opportunistischen und hinterhältigen Kurs des Euro-Turbos Burkhalter und seiner Entourage klammheimlich unterstützen.

Übrigens: Das von der EU immer wieder vorgebrachte Argument, ohne eine generelle institutionelle Vereinbarung seien weitere bilaterale Verträge nicht zu haben, wurde durch das AIA-Abkommen, welches im alleinigen Interesse Brüssels liegt, widerlegt. Einmal mehr hat das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen miserabel verhandelt und ist in vorausielem Gehorsam eingeknickt, ohne für die Schweiz auch nur die geringste Gegenleistung herausgeholt zu haben. Dass jetzt ausgerechnet der Chef dieser Behörde auch noch mit der Delegationsleitung im Zusammenhang mit der von der EU gewünschten Anbindung betraut wurde, demonstriert die Absichten der zuständigen Bundesräte Burkhalter und Widmer-Schlumpf. Es ist am Souverän, hier Remedur zu schaffen. *Markus Minder, Muri*

Betrug am Lohnempfänger

Nr. 40 – «Nervöse Zuckungen»; Wirtschaftskolumne von Kurt Schiltknecht

Der Autor erwähnt mannigfache Unwägbarkeiten, die den offiziellen schweizerischen Kon-



Welcher Weg denn? Titelblatt der letzten Ausgabe.

sumentenpreisindex verfälschen, lässt aber den schlimmsten Mangel bei dessen Erhebung unberücksichtigt. Jene Ausgabe, die für eine vierköpfige Familie neben den Wohnkosten den grössten Haushaltsposten darstellt, ist im Index nämlich nicht enthalten. In keinem anderen Bereich sind die Preissteigerungen so massiv wie bei den Krankenkassenprämien. Seit der Einführung des Obligatoriums 1996 sind die Löhne um durchschnittlich 22 Prozent, die Krankenkassenprämien hingegen um 129 Prozent gestiegen. Die für nächstes Jahr angekündigte, wiederum massiv ausgefallene Verteuerung bleibt ohne jede Auswirkung auf den Index, von dem die Lohnentwicklung massgeblich abhängt. Eine plausible Begründung für diese gravierende Verzerrung in der Indexberechnung gibt es nicht. Der vom Bundesamt für Statistik erhobene Warenkorb ist daher ein Betrug am Lohnempfänger.

Arnold Fröhlich, Nuglar

Was kann man dagegen tun?

Nr. 40 – «Frau Mohammad wird Schweizerin»; Peter Keller über Einbürgerungen

Seitdem die *Weltwoche* unter der Leitung von Roger Köppel erscheint, bin ich eine engagierte Leserin. Ich freue mich immer auf die neue Ausgabe. Die Artikel sind sehr informativ und anregend. Nur die Artikel über konkrete Beispiele zu IV- und Sozialmissbrauch oder zum Asylwesen sind meiner Gesundheit nicht zuträglich.

Nach der jeweiligen Lektüre rast mir der Puls, mein Magen zieht sich zusammen, und der Kopf schmerzt. Ich kann das Gelesene oft nicht glauben. Zum aktuellen Fall der unsäglichen Einbürgerung habe ich noch viele offene Fragen: 1. Wer ist der Rechtsvertreter dieser Frau und Familie? Wer bezahlt ihn und was hat er bis jetzt verdient? 2. Was hat diese Familie bis heute den Schweizer Steuerzahler gekostet? 3. Warum wurde der Status plötzlich geändert? 4. Warum zieht die Gemeinde den Fall nicht weiter? 5. Was kann man dagegen tun? Ich wäre gerne bereit, eine finanzielle Spende zu leisten an eine Organisation, die solche Missbräuche rechtlich bis zur letzten Instanz bekämpft.

Susanne Bächtold, Berlingen

Immer die anderen

Nr. 39 – «Besonderer Sorgfalt verpflichtet»; Kolumne von Christoph Mörgeli

Wer dauernd die politische Konkurrenz und alle Behörden ausnahmslos und dazu alle Engagierten in Umwelt und Sozialfragen anklagend an den Pranger stellt und (ganz ironiefrei) als Betrüger, Abzocker, Profiteure, Selbstbediener, Windfahnen und Lügner darstellt, wundert sich nicht über Reaktionen. Wenn diese selbstgerechte Haltung dann gekoppelt wird mit dauernder Hagiografie der eigenen Klientel in der verbandelten Presse, kann es durch-

aus vorkommen, dass mal ein Satiriker oder Kolumnist sich des Themas der Selbstgerechtigkeit dieser politischen Richtung und von deren Publikationen annimmt und ironisch und satirisch bearbeitet. Wer dann wehleidig jammert über die böse politische Konkurrenz, zeigt sich gänzlich humorfrei, sieht nie in den Spiegel, macht einen verbiesterten Anschein und präsentiert eine sehr dünne Haut – Eigenschaften, die aber immer den anderen vorgeworfen werden. *Thomas Heuberger, Oberhofen*

Korrigenda

Aufgrund eines technischen Fehlers ist eine falsche Version des Editorials mit einem sinnentstellenden Fehler belichtet worden. Der Exportanteil der Schweiz in Bezug auf die EU betrug im Jahr 2002 63 Prozent und nicht 6 Prozent, wie es im Text heisst. In einem Teil der Druckauflage wurde das korrigiert. Wir bitten um Entschuldigung. *Die Redaktion*

Gegendarstellung

Silvio Borner behauptet in seiner Kolumne («Der Bio-Erdgas-Schwindel», Nr. 39/15), die Industriellen Werke Basel (IWB) würden ihre Kunden durch üble Tricks zum Kauf der teuersten Variante drängen. Korrekt ist, dass IWB-Kunden die freie Auswahl aus den ver-

schiedenen Angeboten der IWB haben. Nicht richtig ist die Behauptung, dass die IWB die Kunden im Sinne des UWG täuschen würden, indem sie auf ihrer Homepage betreffend Bio-Erdgas-Anteil um den Faktor 10 übertreiben und zudem ganz gewöhnliches Erdgas unter einem «irreführenden Label» verkaufen würden. Korrekt ist, dass die IWB wahrheitsgetreu über die Herkunft und Zusammensetzung des verkauften Bio-Erdgases informieren.

Es trifft auch nicht zu, dass das Bio-Erdgas aus der Anlage in Heinfelde «zweimal verkauft» wird. Richtig ist, dass jede Kilowattstunde Bio-Erdgas, die in der Anlage in Heinfelde produziert und ins Netz eingespeist wird, nur einmal verkauft wird, was mittels der entsprechenden Registrierung in den nationalen Bio-Erdgas-Erfassungssystemen gewährleistet ist. Falsch ist weiter die Behauptung, dass, wenn sämtliche Kunden zu 100% Bio-Erdgas beziehen würden, ein Betrug in der Höhe von 99% des Absatzes entstünde und dass selbst beim flächendeckenden Verkauf des Standardprodukts eine Falschdeklaration als Bio-Erdgas einem betrügerischen Betrag von 4,3 Millionen Franken pro Jahr entspräche. Richtig ist, dass die IWB das verkaufte Bio-Erdgas korrekt deklariert und sie sich durchgehend an die gesetzlichen Vorschriften halten.

*IWB Industrielle Werke Basel
Die Weltwoche hält an ihrer Darstellung fest.*

SETZEN SIE EIN ZEICHEN GEGEN MASSLOSE ZUWANDERUNG!

Jetzt

SVP wählen.

Fragen zu den Wahlen?
Gratis Hotline:
0800 002 444



Die dunklen Seiten der Siegerpartei

Sie ist mit Abstand die stärkste politische Macht im Land, und gemäss Prognosen könnte sie bei den Wahlen nochmals zulegen. Doch die SVP offenbart auch erstaunliche Schwächen – taktisch, personell und inhaltlich. *Von Philipp Gut und Florian Schwab*

Wenn eine Schweizer Partei in der Dauerkritik steht, dann ist es die SVP. Politische Gegner, mächtige Wirtschaftsverbände, Beobachter und Medien sparen nicht mit Attacken und Warnungen. Dabei kritisieren sie die SVP mit Vorliebe in den Bereichen, wo diese besonders stark ist und mit denen sie die Debatten seit Jahren prägt: in der Ausländer- und in der Europapolitik. Das ist legitim und gehört zur politischen Auseinandersetzung. Doch taugt diese Kritik wenig zur Beantwortung der Frage, wo die wahren Schwächen der Erfolgspartei liegen. Denn davon gibt es einige.

Die Gefahren des Erfolgs — Paradoxerweise führt gerade auch der anhaltende Höhenflug zu gewissen Risiken und unerwünschten Nebenwirkungen. Er mache «schlaff und gleichgültig», befürchtet Parteistrategie Christoph Blocher. Die SVP, einst als Aussenseiterpartei gestartet, sieht sich heute auch mit dem Problem konfrontiert, dass sie Leute anzieht, die weniger aus Überzeugung denn aus Karrieregründen in die Politik drängen. Opportunismus überwuchert die Gesinnung.

Mehr Staat, weniger Freiheit — Historisch betrachtet hatte die SVP, die aus der Verbindung der Bauern, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) mit den Demokratischen Parteien der Kantone Graubünden und Glarus hervorgegangen ist, zwar durchaus einen radikalliberalen Kern. Doch unter dem Einfluss der dominanten Berner Sektion setzte sie auf Subventionen im Agrarsektor, bediente protektionistische Anliegen des Gewerbes und suchte die wohlige Nähe zum Staat. Noch Ende der 1970er Jahre hätte niemand die SVP als liberale Kraft bezeichnet. Doch Blocher hat ihr wieder einen unternehmerischen Geist eingehaucht und sie damit praktisch zu einem Unikum in Europa gemacht: einer konservativen und zugleich wirtschaftsliberalen Partei, die heute oft freisinniger politisiert als der Freisinn.

Ein Selbstläufer ist diese Ausrichtung aber nicht geworden. Nach Darstellung verschiedener Wirtschaftsvertreter in Bern sei es ein ständiger Kampf, die SVP auf dem Pfad wirtschaftspolitischer Tugend zu halten. Der Eindruck in der Öffentlichkeit, viele SVP-Nationalräte neigten von sich aus zu liberalen Positionen, sei falsch, sagt ein Kenner. Die liberalen Ansätze

brauchten eine sorgsame Pflege und «therapeutische Arbeit» im Gespräch. Als schwer zu überzeugen gelten die meisten Romands, die drei Tessiner Vertreter, die drei Thurgauer Markus Hausammann, Verena Herzog und Hansjörg Walter, der Schaffhauser Thomas Hurter sowie die Zürcher Ernst Schibli und Hans Fehr. Von Letztgenanntem habe man selten «ein liberales Wort vernommen», so ein Beobachter. Der alte Hang zu mehr Staat bricht sich gelegentlich mit Macht Bahn. Bei einzelnen Vertretern, aber auch bei der Fraktion als Ganzem.

Ein Beispiel, das dies illustrieren mag, ist die staatliche Exportrisikoversicherung. In einem liberalen Staat würde eine solche Dienstleis-

Irritierend bleibt allerdings die forsche Anspruchshaltung der Bauernvertreter.

tung von Privaten angeboten – zumal in einem Land wie der Schweiz, das über Versicherungsgesellschaften von Weltruf verfügt. Doch im Parlament wurde diese Grundsatzfrage nicht einmal gestellt und das entsprechende Gesetz Ende letzten Jahres mit kommunistisch anmutenden Mehrheiten durchgewinkt: Der Ständerat stimmte einstimmig dafür, der Nationalrat mit 193 zu 2 Stimmen. Die beiden Nein-Stimmen stammten von Pirmin Schwander und Alfred Heer (beide SVP).

Ein weiteres Exempel: In der Sommersession stimmten 18 SVP-Vertreter für den 350-Millionen-Franken-Beitrag an den Innovationspark Dübendorf – ein planwirtschaftlich angehauchter Versuch, technische Entwicklung zu fördern. Die meisten von ihnen stammten aus der Romandie, aber auch Deutschschweizer wie Heinz Brand (GR), Sylvia Flückiger (AG) und Maximilian Reimann (ebenfalls AG) votierten für den teuren Rahmenkredit. 38 SVP-Parlamentarier entschieden im Sinn des Steuerzahlers und lehnten das Ansinnen ab.

Eine besonders wichtige Abstimmung der letzten Legislatur betraf den nationalen Finanzausgleich. Sie kann als Lackmustest für wirtschaftsliberale Überzeugungen angesehen werden: In welchem Umfang sollen die wirtschaftlich leistungsfähigen Kantone den finanzpolitischen Schlendrian in anderen Kantonen unterstützen? Darüber fand in der



Opportunismus überwuchert die Gesinnung.



Sommersession ein Seilziehen zwischen den beiden Kammern statt, das mit einem faulen Kompromiss endete. In der Schlussabstimmung sagten dennoch 19 SVP-Vertreter ja, unter ihnen vor allem solche aus den Empfängerkantonen: die drei Tessiner Rusconi, Quadri und Pantani ebenso wie die beiden Thurgauer Hausammann und Herzog, der Berner Albert Rösti – gegenwärtiger Wahlkampfleiter der SVP Schweiz – und die Aargauerin Flückiger.

Der regulierte Bauer — Die Landwirtschaftspolitik wird aus liberaler Warte oft als der grösste Sündenfall der SVP bezeichnet. Das mag stimmen, doch in seiner Pauschalität zielt der Vorwurf zu kurz. Mit fünf Milliarden Franken ist der Betrag für die Direktzahlungen auch im Kontext der jährlichen Bundesaussgaben eher bescheiden – alleine die Prämienverbilligungen für die Krankenkasse verschlingen beinahe dieselbe Summe. Irritierend bleibt allerdings die forsche Anspruchshaltung, mit der sich Bauernvertreter wie die Nationalräte von Siebenthal (BE) und Hausammann (TG) oder der Ständeherr Eberle (ebenfalls TG) vor das Parlament stellen und die hohle Hand machen. Wenn es darum geht, die finanziellen Forderungen der Landwirtschaft zu erfüllen, dann wirkt die SVP häufig wie ein homogener Block. Im Kanton Waadt sind vier von vier SVP-Repräsentanten Bauern. Der Zürcher Ernst Schibli forderte kürzlich den «kostendeckenden Milchpreis». Ausnahmen halten sich in Grenzen: Die Basler Nationalräte Sebastian Frehner und Christian Miesch sowie Jean-François Rime (FR), Sylvia Flückiger und Thomas Aeschi (ZG) stimmen gelegentlich gegen protektionistische Massnahmen.

Vergessen scheint der Aufruf des damaligen Justizministers Blocher an der Olma 2004, der «regulierte Bauer» müsse wieder «ein freier Unternehmer» werden. Damals schrien sämtliche Bauernverbände auf. Doch der SVP-Vordenker forderte nicht das Ende aller Unterstützungsleistungen. Sein agrarpolitisches Credo lautet, man könne die Landwirtschaft nicht ganz dem freien Markt aussetzen, aber man solle es so weit als möglich tun. Auch gemessen an diesem differenzierteren Massstab bleibt die SVP allerdings den Beweis schuldig, dass sie konsequent für bäuerliches Unternehmertum eintritt. Die Vorschriften und die Regulierungsdichte haben – auch dank neuen ökologischen Vorschriften und der Zustimmung der übrigen Parteien im Parlament – seit Blochers Weckruf nicht ab-, sondern weiter zugenommen.

Wankelmütiges Personal, kuriose Vorstösse — In der Altersvorsorge scheut sich die SVP, Farbe zu bekennen – und manche ihrer Parlamentarier stimmen gegen ökonomisch vernünftige Vorschläge. So wollte die BDP-Fraktion mit einer Motion eine «automatische Verknüpfung von Rentenalter und Lebens-



Zwiespältige Performance: Bundesrat Maurer.

erwartung» bewerkstelligen – da die Lebenserwartung Jahr für Jahr steigt, ist es ein finanzpolitisches Harakiri-Rezept, das Rentenalter gleich tief zu belassen. Doch sie biss im Rat auf Granit. Neben der vereinigten Linken und einigen CVP-Vertretern lehnte auch die Tessiner SVP-Vertreterin Pantani das Ansinnen ab. Ihr Landsmann Quadri sowie Guy Parmelin (VD) enthielten sich der Stimme. AHV-Themen scheinen allgemein eine schwache Flanke der Tessiner SVP-Delegation zu sein. Bundesrat Alain Berset wollte in der vergangenen Session ein Wahlgeschenk an die Rentner verteilen, indem die Mietzinsbeiträge bei den Ergänzungsleistungen angehoben werden sollten. Der Rat lehnte das knapp ab, die beiden Tessiner SVP-Parlamentarier Pantani und Quadri schlugen sich allerdings auf die Seite des SP-Bundesrats.

Als besonders wankelmütig und interventionistisch erweist sich die SVP-Vertretung im Ständerat. Alex Kuprecht (SZ) stimmte ja zum Radio- und Fernsehgesetz. Kuprecht und Roland Eberle (TG) votierten für die planwirtschaftliche Energiestrategie 2050 sowie für ein Gesetz, das Barzahlungen einschränkt. Dasselbe Duo enthielt sich der Stimme, als der Rat kürzlich über Bersets Projekt einer Mehrwertsteuererhöhung für die AHV befand. Den erwähnten Innovationspark Dübendorf hiess das Gremium geschlossen gut – mit den Stimmen sämtlicher SVP-Vertreter.

Es war eine Kamikaze-Aktion des Freiburger SP-Nationalrats Jean-François Steiert: In der Budgetdebatte für das Jahr 2015, wo es eigentlich darum geht, haushälterisch mit dem Geld des Steuerzahlers umzugehen, verlangte er plötzlich zwölf Millionen Franken mehr für Jugend+Sport. Gemeinsam mit Steiert stieg

der Zürcher Nationalrat Jürg Stahl neben dem Berner Andreas Aebi als einziger Deutschschweizer SVPLer in die Spenderhosen. Die übrigen SVP-Unterstützer, die zu dem knappen 93:90-Ja beitrugen, stammten samt und sonders aus den lateinischen Sprachregionen. Einmal mehr stellten die Tessiner Pantani und Quadri ihren grosszügigen Umgang mit dem Geld anderer Leute unter Beweis. Ebenfalls Ja stimmten die Westschweizer Clottu (NE), Freysinger (VS), Nidegger (GE), Parmelin (VD), Amaudruz (GE), Golay (GE), Grin (VD) und Rime (FR).

Auch andere Volksparteiler sorgen für ihre Klientel und pflegen ihre eigenen politischen Steckenpferde. Andrea Geissbühler fordert regelmässig mehr Steuergeld für Drogenprä-

Zuppigers berufliches Vorleben hätte bei genauerer Prüfung Anlass genug für Stirnrünzeln gegeben.

vention und kämpft gegen Psychopharmaka. Thomas Hurter macht sich Sorgen um «Steuerausfälle durch Benzintourismus». Bauernlobbyist Hausammann fordert öffentliches Geld für die Biogasproduktion im Rahmen der Energiewende. Er sitzt überdies im Politiker-Beirat von Swissecleantech und im Initiativkomitee der Stromeffizienz-Initiative – erklärermassen «ein Druckmittel, um Effizienzrichtlinien in der Energiestrategie des Bundes zu verankern». Oskar Freysinger will einen staatlich geförderten «Tag der Biene» ausrufen. Der Walliser tickt in Wirtschafts- und Umweltfragen fast so links wie manch ein Sozialdemokrat. Legendär ist seine Motion «Kein Import von Haifischflossen», die mit dem Satz endet, die Schweiz solle mit gutem Beispiel vorangehen und den Import von Haifischflossen verbieten, «denn es lässt sich auch ohne Haifischflossensuppe sehr gut leben». Da Freysinger sich künftig auf sein Amt als Staatsrat konzentrieren will und nicht mehr antritt, verliert der Etatistenklub in der SVP seine literarisch herausragende Stimme.

Esoteriker, Verschwörungstheoretiker, Windschläpfige — Bei manchen Mitgliedern der Fraktion entstehen Zweifel an der Rationalität ihres Weltbilds. Lukas Reimann (SG) hat zwar teilweise gar libertäre Züge, verbindet diese aber mit einem Hang zur Verschwörungstheorie. Auch Oskar Freysinger, der vor der Bilderberg-Konferenz warnt, oder der Schwyzer Pirmin Schwander neigen in diese Richtung. Die slowakisch ausgebildete Ärztin Yvette Estermann ist eine überzeugte Impfgegnerin. Und der vormalige Luzerner Nationalrat Josef «Seppi» Kunz glaubte, man könne Krebs mit Petrol heilen.

Auch in einer Partei mit Ecken und Kanten gibt es die Windschläpfigen, die vor allem darauf achten, von allen wohlgeleitet zu sein.

Zu dieser Kategorie gehören an vorderster Stelle der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann und, etwas weniger ausgeprägt, der Berner Bauer Andreas Aebi. Man kann das auch positiv sehen: Aebis Landsmann Erich von Siebenthal, der für die Holzwirtschaft weibelt, gilt innerhalb der Fraktion als der majorzfähigste Mann. «Politik ist die Kunst, Mehrheiten für die eigenen Anliegen zu gewinnen», lautet denn auch der Wahlspruch auf seiner Homepage.

Sesselkleber und Nobodys — Der Fricktaler Maximilian Reimann ist seit 1987 im Parlament, damals stand die Berliner Mauer noch, und in den USA regierte Ronald Reagan. Reimann stellt noch ab und zu Fragen zu über siebzehnjährigen Automobilisten mit Herzschrittmachern und zur Gleichberechtigung beim Senioren-Generalabonnement der Schweizerischen Bundesbahnen. Seit 1991 fahren Roland Borer (ursprünglich Autopartei), Ulrich Giezendanner (dito) und Luzi Stamm nach Bern. Jean-Pierre Graber sitzt bloss noch die Wahlperiode ab, um den bernjurassischen Sitz für seine Tochter warmzuhalten. Aber auch von den nachgerutschten Gregor Rutz (ZH) und Raymond Clottu (NE) hört man bis jetzt wenig. Selbst Parteifreunde bezeichnen die blassen Neulinge als nahezu «inexistent».

Taktisch naiv ins Desaster — Die beiden letzten Bundesratswahlen missrieten der SVP gründlich. Es wäre Augenwischerei, wenn sie diese Misserfolge allein ihren Gegnern in die Schuhe schieben wollte. Bei der Blocher-Abwahl und der verunglückten Kandidatur von Bruno Zuppiger – der Zürcher fiel kurz vor der Wahl aus dem Rennen, nachdem die *Weltwoche* aufgedeckt hatte, dass er ein ihm anvertrautes Erbe veruntreut hatte – machte sie teilweise grobe Fehler. Nach dem Wahltriumph 2007 mangelte es der Partei und ihrem Bundesrat und Aushängeschild Blocher an Vorsicht und Demut. Sie legte einen ähnlichen Überschwang an den Tag, wie den, der zum Untergang der von ihr vielkritisierten Swissair oder zum UBS-Debakel geführt hatte. Berauscht vom Votum der Wähler, dachten die Parteispitzen schlicht nicht daran, dass sich die Verlierer hinter ihrem Rücken zusammenschliessen könnten. Für einmal erwies sich der Gegner als schlauer und durchtriebener.

Auch das Motiv, mit dem Blocher vier Jahre zuvor in den Bundesrat gewählt worden war, durchschaute die SVP zu wenig: Man wählte ihn, um ihn einzubinden und ihn damit seiner Kraft zu berauben. Doch es kam anders: Der vermeintlich Gezähmte setzte sich mit seinen Ideen und Argumenten häufig durch – für seine Widersacher der Grund, ihn wieder aus der Regierung zu entfernen. Hier kommt ein Anflug von Machtrausch und Hybris zum Vorschein, ironisch bei einer Partei, die gern das Deutungsmonopol reklamiert über das Er-

folgsmodell Schweiz mit seiner vielfach gebrochenen Machtstruktur.

Bei Zuppiger verfiel die verunsicherte und taktisch schlingernde Partei ins gegenteilige Extrem. Sie stellte einen Kandidaten auf, der den anderen gefiel – und der sich dann prompt als faules Ei erwies. Dass die Kollegen dies jahrelang nicht mitbekommen haben, spricht nicht für die internen Kontrollmechanismen der (Zürcher) SVP. Zuppigers berufliches Vorleben hätte bei genauerer Prüfung Anlass genug für Stirnrunzeln gegeben.

Unfähig zu Bündnissen — Ein Zug der SVP, der gerade bei jenen bürgerlichen Politikern auf Unverständnis stösst, die sich für einen Schulterschluss mit der Rechtspartei einsetzen, ist ihr Umgang mit potenziellen Partnern. Es sei «extrem schwierig», eine gewisse Brückenfunktion zwischen den beiden Parteien einzunehmen, sagt etwa der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister. Die SVP erweist sich immer wieder als unwillig oder unfähig, Allianzen zu schmieden und Bündnisse einzugehen. Pfister spricht von «klimatischen» Faktoren, die Auswirkungen auf die konkrete Politik hätten: «Ich verstehe die Attacken auf den Freisinn nicht.» Einen bürgerlicheren Präsidenten, als Philipp Müller es sei, werde die FDP so bald nicht wieder haben. Das zeige, dass der SVP nach wie vor mehr an ihrer eigenen Profilierung gelegen sei als daran, Mehrheiten im Parlament zu finden.

Ähnlich sieht es der ehemalige SP-Präsident Peter Bodenmann: Er hält die SVP für «total isoliert». Wer ernstlich Mehrheiten im Parlament schaffen und wieder einen zweiten Bundesrat stellen wolle, der müsse die anderen pfleglich behandeln und dürfe sie nicht ständig beschimpfen, selbst wenn die Vorwürfe zuträfen. Schweigen im richtigen Moment wäre klüger.

Diese Deutung hat etwas für sich. Denn mit Sprüchen wie «Wir und die anderen», mit ihren zahlreichen Volksinitiativen und mit ihrer Doppelrolle als Regierungs- und Oppositions-

tionelle Machtbasis von CVP und FDP in der Kleinen Kammer zu knacken.

Fehlende Machtbasis in Verwaltung und staatsnahen Betrieben — Ein weiterer Schwachpunkt, der kaum je diskutiert wird: Die SVP ist trotz ihrer Wählerstärke an vielen wichtigen Schaltstellen nicht vertreten. Bei den Richtern hat sie langsam aufgeholt. In der Verwaltung hätte sie indes kaum Ansprechpersonen, klagt ein SVP-Nationalrat. Das wäre aber umso bedeutender, als manche Beobachter davon ausgehen, dass die wahre Macht in Bern eher in der Bürokratie denn bei Regierung und Parlament zu suchen ist.

In den Führungsgremien der SRG, welche die meinungsbildenden öffentlich-rechtlichen Radio- und Fernsehsender trägt, findet man SVP-Leute ebenfalls kaum. Dasselbe gilt für die Aussenpolitik, welche die Partei doch so wuchtig auf die Agenda setzt, und für das diplomatische Korps. Die Botschafter mit

voran. Es entsteht der Eindruck, dass Fortschritte an der einen Front mit Rückschritten an der anderen erkaufte werden. Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) verkauft das VBS als Stärkung der erlahmten Kräfte. Doch verschiedene Milizverbände und hochrangige Offiziere sehen es anders. Für sie heisst WEA «weiterer Armeeaabbau».

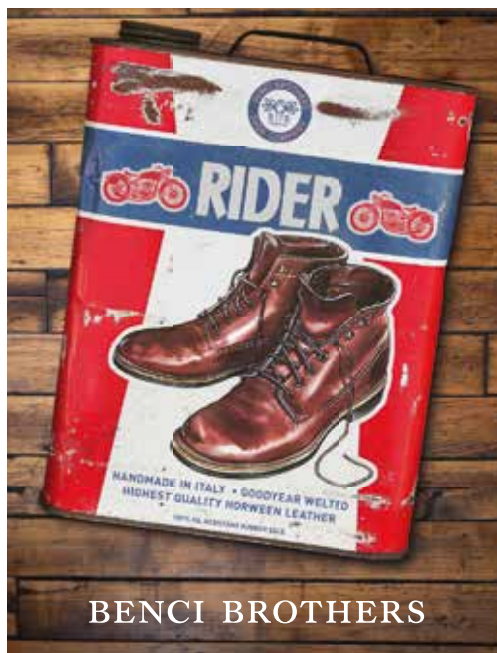
Bei SVP-Bundesrat Maurer vermisst man Hartnäckigkeit und Schwung. Die unsicheren Zeiten – Krieg in Europa und angrenzenden Gebieten, Migrantenwellen, islamistischer Terror – würden geradezu danach schreien, dass der Verteidigungsminister sein Gewicht öffentlichkeitswirksam in die Waagschale werfe. Fehlanzeige. Ausser einer sofort wieder relativierten Intervention zur Neutralität in einem *Weltwoche*-Interview (Nr. 12/14) war von Maurer in den letzten Jahren wenig zu hören. Letzte Woche irritierte er mit der Aussage, die Schweiz könne locker 50 000 Migranten in Zivilschutzbunkern aufnehmen.

Im Regierungsgremium schreibe Maurer zwar munter Mitberichte, doch seine Anliegen bringe er praktisch nie durch, sagen Insider. Seit dem Volks-Ja zur Masseneinwanderungsinitiative sei er noch isolierter als zuvor. Die anderen Bundesräte erlebten Maurer als Januskopf: gegen aussen mit dem alten SVP-Image, im Gremium aber als kooperativ bis harmlos. SP-Justizministerin Simonetta Sommaruga lobte ihn kürzlich für die Zusammenarbeit im Asylbereich. Der Einfluss der grössten Schweizer Partei in der Regierung bleibt marginal.

Das schwierige Erbe Blochers — Die grosse Frage der Zukunft wird sein, was mit der SVP nach dem Abtreten Christoph Blochers passiert. Er ist die Klammer, die die widerstrebenden Segmente zusammenhält. Die Stärke der SVP komme von «der Kraft der Ideen und der Richtigkeit ihrer Positionen», sagt CVP-Mann Pfister. Heute würden deshalb auch viele schwächere Figuren gewählt – gleichsam mitgetragen vom überragenden Geist aus Herrliberg, der den anderen strategisch meist zwei, drei Schritte voraus ist.

Doch was kommt danach? Als Unternehmer, der die Nachfolge in seiner Firma geregelt habe, kümmere sich Blocher erstaunlich wenig um die künftige Führung der Partei. Er denke zu dynastisch, installiere bloss seine Getreuen, so Pfister. Das könnte zur Hypothek werden: Bei allfälligen Misserfolgen könnte sich die Unzufriedenheit gegen sie wenden.

In der Nach-Blocher-Ära kämen womöglich «die Wünsche der Modernisierungsverlierer» wieder stärker auf die Agenda, sagt Peter Bodenmann. Blocher sei ein *double bind*-Typ, einer, der unterschiedliche Milieus gewinnen könne, vom Zürcher Banker bis zum Berner Bauern. Die grosse Stärke der SVP – ihr einzigartiger liberalkonservativer Zuschnitt – könnte also früher oder später auf dem Spiel stehen. ○



SVP-Parteibuch lassen sich an einer Hand abzählen. Die Mehrheit der Diplomaten neigt gemäss Insidern zu den Sozialdemokraten.

Was macht eigentlich Ueli Maurer? — Zu den Schwächen der SVP zählt nicht zuletzt ihre dünne Präsenz in der Regierung. Natürlich ist sie nur bedingt dafür verantwortlich zu machen, dass sie keinen zweiten Bundesrat stellt und dass die anderen Parteien vorsätzlich und wiederholt die Konkordanz verletzen. Doch auch unter den gegebenen Umständen einer Ein-Mann-Vertretung bleibt die Performance im Bundesrat zwiespältig. Die Frage kommt auf: Was macht eigentlich Ueli Maurer?

Sein wichtigstes Geschäft, die verteidigungsunfähige Armee wieder auf Vordermann zu trimmen, kommt nur schleppend

Die grosse Stärke der SVP – ihr liberalkonservativer Zuschnitt – könnte auf dem Spiel stehen.

partei, die als einzige für die angeblichen oder wirklichen Interessen des Landes einstehe, hievt sich die SVP selbst immer wieder in die Position des Systemrebellen: «Einer gegen alle».

Die Volkspartei braucht sich deshalb nicht zu wundern, dass sie in Majorzwahlen häufig weit hinter ihren sonstigen Erfolgen zurückbleibt. Zwar stellt die SVP etwa in den Kantonen Schwyz und Nidwalden gleich zwei Regierungsräte. Aber vor vier Jahren haben Schwergewichte wie Präsident Toni Brunner (SG) den Sprung ins Stöckli spektakulär verfehlt. Es ist der SVP nicht gelungen, die tradi-



Essay

Ein brillanter Marktgläubiger

Unter der Direktion des abtretenden Gerhard Schwarz hat die Denkfabrik Avenir Suisse viel publiziert, natürlich immer unter dem Signet des Anti-Etatismus.

Aber was hat sie bewirkt?

Eine persönliche Bilanz von Rudolf Strahm

Sechzehn Jahre prägte er den Wirtschaftsteil der NZZ, fünf Jahre die publizistische Produktion des konzernfinanzierten Think-Tanks Avenir Suisse. Jetzt hat Gerhard Schwarz seinen altersbedingten Rücktritt angekündigt. Sein Nachfolger ist schon gewählt.

Formell ist die Produktion von Gerhard Schwarz' Denkfabrik Avenir Suisse recht beachtlich: Allein in einem Jahr 120 gedruckte Artikel, weitere 400 Publikationen online, dazu einige Broschüren und zahlreiche Auftritte in Wirtschaftskreisen. Die rund vierzigköpfige Crew des Think-Tanks – nicht alle sind Vollzeitangestellte – ist fleissig und produziert in ihrer Gesamtheit mehr als jedes Hochschulinstitut. Fast alle grossen Konzerne und viele Markenartikler gehören zu den Förderern der Denkfabrik. 5,2 Million Franken standen ihr letztes Jahr an Sponsorengeldern zur Verfügung. Gerhard («Geri») Schwarz ist in der Denkfabrik, wie zuvor in der NZZ-Redaktion, als umgänglicher «Nichtchef» sehr geachtet.

Der Output von Avenir ist imposant – aber ist er auch wirksam? Ich muss gestehen, die früheren Think-Tank-Würfe unter Thomas Held haben mich mehr angesprochen; sie waren auch stärker meinungsbildend in der Schweiz. Helds Avenir Suisse befasste sich mit den grossen Strukturfragen des Landes, mit dem Föderalismus etwa oder der Bildung von Metropolitanregionen (ein Ausdruck, der sich seither eingebürgert hat), mit ökonomischen Reformen etwa der Landwirtschaft oder der Hochpreisinsel und nach 2008 durchaus mutig auch mit der *too big to fail*-Problematik.

Und heute? Man schätzt auch heutige solide Analysen noch, etwa jene der älteren Peer-Mitarbeiter Rudolf Walser und Alois Bischofberger. Aber unter der Direktion von Gerhard Schwarz entsteht viel publizistisches Kleingemüse, viel analytisches Klein-Klein, natürlich immer unter dem Signet des von den Sponsoren verlangten, marktgläubigen Anti-Etatismus. Aber es ist kaum eine Debatte wert. Viele Artikel sind zwar interessant, aber sie reichen intellektuell nicht über das akademische Mittelmass und über die üblichen Medienpublikationen hinaus.

Viel Weltanschauung, wenig Relevanz

Viel Output der Denkfabrik kommt mit scheinexakter, pseudowissenschaftlicher Ver-

brämung daher und ist dennoch weit von der Wirtschaftswirklichkeit entfernt. Das Kantonsrating mit dem «Avenir-Suisse-Freiheitsindex» wurde von Gerhard Schwarz zwar in todernter Absicht publiziert, aber selbst bei Freisinnigen hat es bloss ein müdes Lächeln ausgelöst. Die 21 Messindikatoren für «Freiheit» reichen vom Alkoholkonsumverbot über die Häufigkeit der Radaranlagen bis zur Videoüberwachung. Die Kantone Aargau, Schwyz, Glarus und Appenzell haben offenbar die höchste «zivile und ökonomische Freiheit»; Genf, Graubünden, Uri, St. Gallen jedoch werden durch den «Freiheitsindex» zu den unfreiesten Ständen erklärt. «Freiheit» ist nach Avenir Suisse, so ein Spötter, wenn man am meisten saufen, rasen, rauchen und die Landschaft verbauen kann. Manche wussten nicht, ob dies als Satire oder als ernstgemeinte Wissenschaft gedacht war. Jedenfalls sind solche Freiheitsratings reiner Leerlauf.

Provokation der KMU-Wirtschaft

Unter Gerhard Schwarz ist das Verhältnis zum Schweizerischen Gewerbeverband tief getrübt worden. Anhand einer fehlerhaften Studie, verfasst von einem Bankökonom ohne Bildungserfahrung, wurde die Berufslehre madig gemacht. Und mit viel Lobbyaufwand hat man eine neuerfundene Lehre für Akademiker propagiert, ein Modell, das sich bestenfalls für Banken und Versicherungen eignet.

Den Zorn des Gewerbes provozierte Avenir Suisse auch mit einem «Diskussionspapier» mit «15 krassen Denkfehlern» – so konterte ein

Die früheren Think-Tank-Würfe unter Thomas Held haben mich mehr angesprochen.

Direktionsmitglied des Gewerbeverbands –, das die Bedeutung der KMU-Wirtschaft für die Schweiz ignorierte. Gerhard Schwarz publizierte zusammen mit dem Lohnschreiber-Historiker R. James Breiding einen 400-seitigen, farbig bebilderten Avenir-Suisse-Luxusband unter dem Titel «Wirtschaftswunder Schweiz. Ursprung und Zukunft eines Erfolgsmodells», in dem die schweizerische Wirtschaft ausschliesslich als Konzernwirtschaft dargestellt wird. In der Realität umfasst die

KMU-Wirtschaft auch heute noch 99,6 Prozent aller Unternehmen, und sie beschäftigt nahezu zwei Drittel aller Arbeitnehmenden. In dieser Wirtschaftsgeschichte der Schweiz, die Avenir Suisse auch auf Französisch, Englisch, Chinesisch, Japanisch herausgibt, hat die KMU-Wirtschaft keinen Platz. Auch der öffentliche Sektor, der immerhin die herausragende Lebensqualität des Wirtschaftsstandorts Schweiz konstituiert, ist in diesem Band



Umgänglicher «Nichtchef»: Gerhard Schwarz.

kein Thema. Die Motive für diese Einäugigkeit sind schlicht unerklärlich.

Vor dem Avenir-Suisse-Abenteuer war Gerhard Schwarz sechzehn Jahre lang Wirtschaftschef der *Neuen Zürcher Zeitung*. Konrad Hummler wollte ihn zum Chefredaktor machen, doch er lief im NZZ-Verwaltungsrat auf. Schwarz' frühere langfädigen Sonntagspredigten im NZZ-Wirtschaftsteil hatten wegen ihrer staatsfeindlichen Marktgläubigkeit damals mehr Diskussion und Widerspruch ausgelöst als die heutige Produktion seiner Denkfabrik.

Wir alle haben uns ja in vielen Fragen der Wirtschaftsentwicklung getäuscht. Aber es gibt im Lande wohl keinen Ökonomen, der sich so tüchtig an der Realität vorbei verrannt hat wie Gerhard Schwarz. Während der neunziger Jahre verteidigte er jahrelang die monetaristische Hochzinspolitik der damaligen Nationalbankleitung, die im historischen Rückblick als gewaltige Fehlleistung betrachtet wird. Im Jahr 2000 verhöhnnte er mit dem

provokativen Buchtitel «Neidökonomie» den Sozialstaat. Danach verteidigte er vehement das Mainstream-Dogma des Shareholder-Value. Die Kritik an dessen Boni-Wirtschaft galt für ihn als «Neidökonomie».

Als dann im September 2008 Lehman Brothers zusammenbrach, würdigte er das Ereignis zunächst lehrbuchmässig als natürlichen Bereinigungsverfahren in der Marktwirtschaft. Der Lehman-Auslöser kostete dann der Weltwirtschaft einige tausend Milliarden Dollar an Systemschaden. Nach der expansiven Geldpolitik der Notenbanken zur Verhinderung der Systemkrise warnte er sechs Jahre lang, wiederum vom Lehrbuchmodell geprägt, vor einer Hyperinflation – wahrscheinlich wartet er heute noch darauf.

In der Welt draussen kann wohl passieren, was kommen mag – Gerhard Schwarz wird seine neoliberalen Denkmuster und Erleuchtungen nicht anpassen. Er ist geprägt von der Hayek-Schule, war seit frühen Zeiten in der

Mont Pèlerin-Society, deren Vizepräsident er ist. Viele Schüler von Friedrich A. von Hayek, der den Sozialstaat als «Weg zur Knechtschaft» gebrandmarkt hatte, sind zeitlebens geschädigt von der Staatsfeindlichkeit ihres Gründers. Der weise alte Hans Christoph Binswanger sprach von der «Glaubensgemeinschaft der Ökonomen». Der Glaube ist vor An-

Es gibt im Lande wohl keinen Ökonomen, der sich so tüchtig an der Realität vorbei verrannt hat.

fechtungen immun, der Katechismus in den Köpfen ist durch keine auch noch so markante Realitätsverschiebung zu verändern. Die Hayek-Jünger – in Deutschland haben sie sich jetzt zerstritten, wie dies in Glaubensgemeinschaften üblich ist – werden indes von den jüngeren SchulökonomInnen heute als Sekte betrachtet und gemieden.

Unkenntnis der Kleinbürgerlichkeit

In gewissen Krisensituationen war Gerhard Schwarz aber dennoch überaus anpassungsfähig. Als im Frühjahr 2008 die Riveraine-Konferenz den unglücklich agierenden UBS-Chef Marcel Ospel zum Abschied freigab – Gerhard Schwarz durfte als einziger Medienmann der Konferenz beiwohnen –, forderte er nur einige Tage darauf im NZZ-Wirtschaftsteil den Rücktritt Ospels. Zuvor hatte er jahrelang der Deregulierung des Bankensektors das Wort geredet.

Zur Ehrenrettung oder eher Rechtfertigung muss indes auch der Werdegang des brillanten Schreibers Gerhard Schwarz erklärt werden. Geboren in Österreich, studierte er in St. Gallen, wo er auch in seinem Anti-Etatismus geprägt worden ist. Doch er kannte weder die Praxis und Mentalität der dörflichen Kleinbürgerlichkeit noch die gesellschaftliche Vertrauenskultur der Schweiz. Er hat – wie heute viele Akademiker – nie verstanden, dass die ländliche, kleinbürgerlich-gewerbliche Prägung auch die ökonomische Stärke der Schweizer Wirtschaft ausmacht, etwa mit Werten wie Zuverlässigkeit, Treu und Glauben, Arbeitspräzision, Termintreue und zivilgesellschaftlicher Verantwortungsbereitschaft.

Der soziale Zusammenhalt, der in der schweizerischen Patron-Mentalität bis heute weiterlebt, aber in den globalen Konzernen völlig verloren ist, war für ihn nie ein Thema. Sein Credo zur gesellschaftlichen Kohärenz hat er 2011, als er schon Think-Tank-Direktor war, in der NZZ so zusammengefasst: «Der Generationenvertrag ist von niemandem je unterzeichnet worden.» Wer so ahistorisch denkt, versteht die Wirtschaftswirklichkeit der Schweiz nicht.

Rudolf Strahm, 72, Ökonom und Chemiker, war eidgenössischer Preisüberwacher und SP-Nationalrat.



Datendieb auf freiem Fuss

Das Verteidigungsdepartement versuchte den Fall eines Informatikers zu verheimlichen, der riesige Datenmengen des Schweizer Nachrichtendienstes verkaufen wollte. Eine Staatsaffäre konnte nur knapp vermieden werden. Konsequenzen hatte der Beinahe-GAU fast keine. *Von Hubert Mooser*

Die Geschichte hätte nie an die Öffentlichkeit gelangen sollen: Ein Informatiker des Nachrichtendienstes (NDB) kopierte im April/Mai 2012 riesige Mengen höchst vertraulicher und heikler Informationen auf eine externe Festplatte und trug diese in einem Rucksack nach Hause. Der NDB, der organisatorisch im Verteidigungsdepartement (VBS) angesiedelt ist, bekam davon erst durch einen externen Tipp Wind. Der Vorfall wurde vom VBS, vom Bundesrat und von der parlamentarischen Geheimdienstaufsicht – der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDel) – monatelang unter Verschluss gehalten. Erst als die *Sonntagszeitung* vom Datendiebstahl erfuhr und das VBS Ende September 2012 mit Informationen zum Fall konfrontierte, ging VBS-Chef Ueli Maurer mit einer Medienmitteilung an die Öffentlichkeit. Maurer spielte das Schadenmass herunter und stärkte seinem Nachrichtendienst-Chef Markus Seiler gleichzeitig den Rücken. Dabei war der NDB haarscharf am GAU vorbeigeschrammt.

Kuriosum in der Geheimdienstgeschichte

Fast dreieinhalb Jahre sind seit dem Ereignis vergangen. Obwohl der Täter offenbar sofort ein Geständnis ablegte und der Datendiebstahl in allen Details schnell einmal vorlag, hat die Bundesanwaltschaft (BA) erst jetzt die Untersuchung abgeschlossen. Am 1. Oktober hat sie die Akten dem Bundesstrafgericht in Bellinzona übergeben, wie eine BA-Sprecherin auf Anfrage bekanntgibt. Wann dem Täter Carlo B. der Prozess gemacht wird – ob noch in diesem oder erst im kommenden Jahr –, steht noch nicht fest. Aber egal, wie dieser

Der Täter hatte Zugriff auf das Netzwerk, über das der BND und das CIA Informationen senden.

Prozess ausgehen wird, der gravierende Datendiebstahl wird als Kuriosum in die Annalen der Geheimdienstgeschichte eingehen. Und: Er hatte bis heute für niemanden wirklich Konsequenzen.

Gewiss, es gab eine Untersuchung durch die GPDel. Die Mängel, welche die parlamentarische Geheimdienstaufsicht aufgrund ihrer Untersuchung feststellte, seien teils behoben, sagt GPDel-Präsident und Ständerat Paul Niederberger (CVP, NW). So können beispielsweise heute beim Personal Ausgangskontrol-

len durchgeführt werden, was 2012 noch nicht möglich war. Es gab auch verwaltungsinterne Abklärungen. Aber sonst passierte nicht viel. Verteidigungsminister Maurer kam durch das gewaltige Datenleck nie unter Druck, der Leiter des Nachrichtendienstes blieb in Amt und Würden. Und sogar über den Täter drang so gut wie nichts an die Öffentlichkeit. Wie ist so etwas möglich?

Frühere Affären hatten noch ganz andere Ausmasse angenommen. So weitete sich etwa die Geschichte um den Geheimdienstoffizier Dino Bellasi innert Wochen vom Betrugsfall zu einem grossen politischen Skandal aus. Der damalige Geheimdienstchef Peter Regli wurde in dessen Folge vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Hinterher stellte sich heraus, dass der Fall mächtig aufgebauscht worden war. Dazu hatte auch der damalige Verteidigungsminister Adolf Ogi (SVP) mit seiner forschenden Informationspolitik beigetragen. Waffenhandel, Waffenlager, organisierte Kriminalität, Geheimarmee – Ogi habe bei der Darstellung des Sachverhaltes kein elektrisierendes Schlagwort ausgelassen, berichtete die *Weltwoche* damals.

Sorge um den Ruf des NDB

Beim gigantischen Datendiebstahl von 2012 blieb es hingegen ruhig. Nicht einmal nachdem die GPDel in ihrem Untersuchungsbericht vom August 2013 ein schiefes Licht auf Geheimdienstchef Markus Seiler und auf Verteidigungsminister Maurer geworfen hatte, wurde der Fall in den Medien skandalisiert. Dabei hatte sie die Sicherheits- und Führungskultur und die schönfärberische Darstellung der Affäre im NDB scharf kritisiert. Die GPDel bezweifelte, dass das bestenfalls ansatzweise vorhandene Dispositiv des NDB einen Hinweis auf den Datendiebstahl geliefert hätte. Mit anderen Worten: Ohne externen Hinweis hätte der NDB nichts gemerkt. Ein blamables Zeugnis für einen Nachrichtendienst.

Verteidigungsminister Ueli Maurer machte im Bundesrat schnell einmal klar, dass ein grosses Aufsehen um diesen Fall den Ruf des Schweizer Nachrichtendienstes bei den ausländischen Partnerdiensten nachhaltig beschädigen könnte. Der Weiterverkauf der

NDB-Daten durch Carlo B. wäre für den Geheimdienst fatal gewesen. Laut *Sonntagszeitung* war der Täter zuständig für die Datenspeicher, auf welchen die Mitarbeiter Informationen zur Bedrohungslage der Schweiz und ihre Analysen speichern. Er hatte auch Zugriff auf



Blamables Zeugnis für einen Nachrichtendienst.

das speziell gesicherte Netzwerk, über das ausländische Geheimdienste wie der deutsche BND oder die amerikanische CIA ihre Informationen senden. Wäre das Material an Dritte gelangt, hätte wohl kaum ein ausländischer Partnerdienst weiter geheime Daten und Infos mit der Schweiz ausgetauscht.

Das VBS hatte einen weiteren Grund, den Ball flach zu halten. Zum Zeitpunkt des Datendiebstahls hatte Bundesrat Maurer gerade eine Revision des Nachrichtendienstgesetzes in Vorbereitung. Mit diesem will man dem NDB mehr Kompetenzen geben, zum Beispiel zum Ausspionieren der Privatsphäre von Bürgern. Ein grosser Streit um die Sicher-

heitskultur im NDB hätte das ohnehin umstrittene Projekt vorzeitig gefährdet. Das Parlament hat das Gesetz inzwischen verabschiedet, die Grünen haben das Referendum angekündigt. Das waren wohl die Hintergründe, warum die Geschichte zuerst verschwiegen und, als dies nicht mehr ging, schöngeredet wurde.

Neuer Job als Datenbankadministrator

Es gibt aber auch Entscheide, Abläufe und Begebenheiten, die sich weniger gut erklären lassen. Trotz der gravierenden Tat wurde dem NDB-Informatiker zum Beispiel erst im September 2012 gekündigt – also fast ein hal-

bes Jahr nachdem die Affäre intern aufgefliegen war. Wie Recherchen der *Weltwoche* zeigen, musste der NDB Carlo B. im Oktober offenbar ein weiteres Mal kündigen. Die Sekretärin in der Bundesverwaltung, die vor einem Jahr mit pornografischen Nacktbildern am Arbeitsplatz für Aufsehen sorgte, stand schneller auf der Strasse als der Datendieb. Und wieso die Verwaltung bei einem derart schwerwiegenden Fall einer Person zweimal fristlos kündigen muss, will man beim VBS nicht sagen. Lag ein Formfehler vor, wie Insider vermuten?

Von der Geheimniskrämerei profitierte vor allem Carlo B. Über den Täter drangen kaum Details an die Öffentlichkeit. Er wechselte nach der Untersuchungshaft seinen Wohnort von der Berner Vorortsgemeinde Köniz nach Lugano ins Tessin. Ein paar Wochen nach der



Ein grosser Streit um die Sicherheitskultur hätte das umstrittene Projekt gefährdet.

Kündigung fand er 2013 bereits einen neuen Job mit Verantwortung bei einem Informatikunternehmen in Zürich. Dort blieb er nicht lange. Im gleichen Jahr wechselte er als Datenbankadministrator zu einem im liechtensteinischen Schaan domizilierten Grossanbieter von Frisch-Convenience-Produkten.

Bevor Carlo B. zum VBS kam, hatte er lange in Italien gelebt. Gemäss Angaben, die er auf einem sozialen Netzwerk zur Pflege von Geschäftskontakten publizierte, hatte er von 1988 bis 1999 an der Università degli Studi di Salerno Informatikwissenschaften studiert. Zwischen 1999 und 2007 jobbte Carlo B. für eine Reihe von Unternehmen in Italien und in der Schweiz. 2007 wechselte er zum Strategischen Nachrichtendienst (SND) im VBS. Zu diesem Zeitpunkt war der Geheimdienst noch zweigeteilt. Der SND war im VBS, der Inlandgeheimdienst, also der damalige Dienst für Analyse und Prävention (DAP), im Justizdepartement untergebracht. 2010 wurden die beiden Nachrichtendienste zum NDB verschmolzen.

Der unscheinbar wirkende Carlo B., der auf Facebook aktiv ist, verrichtete laut Bundesrat Maurer jahrelang solide Arbeit. Nach der Fusion der Geheimdienste bekam Carlo B. einen neuen Chef – dann begann das Drama. Ab 2011 war er häufig krankgeschrieben und fühlte sich vom neuen Chef und einem Teil des Teams gemobbt. Ab April 2012 begann Carlo B. mit dem Absaugen von Daten vom NDB-Mailserver. Er tappt wurde er von einem Angestellten einer UBS-Filiale in Bern, als er dort ein Nummernkonto eröffnen wollte und sich als VBS-Mitarbeiter zu erkennen gab. Die Bank informierte das VBS. Am 25. Mai 2012 wurde Carlo B. in seiner Wohnung in Köniz verhaftet. ○



Brief aus Bern

Symbol der Inhaltslosigkeit

Statt intelligente Analysen abzdrukken, setzen die Zeitungen während des Wahlkampfs inflationär auf Politiker-Ratings. Diese Personalisierung verschleiert den Blick für komplexe Zusammenhänge.

Von Cédric Wermuth



Die inhaltliche Leere dieses Wahlkampfs ist nicht ausschliesslich die Schuld der Parteien. Die SP wollte mit ihrer AHV-Kampagne einen thematischen Schwerpunkt setzen. Die CVP versuchte mit einem

Papier zu den Bundesfinanzen einen politischen Vorschlag für eine ernsthafte Frage in den Wahlkampf einzubringen. Das ist sogar ein besonders löbliches Beispiel. Denn obwohl ich es inhaltlich für falsch halte, muss man anerkennen, dass hier wirklich versucht wurde, den Wahlkampf mit einem komplexen politischen Inhalt zu füllen. Solche Beispiele gab es mehrere. Die gleichen Zeitungen aber, die über den inhaltsleeren Wahlkampf berichteten, lehnten es ab, diese Diskussionen aufzunehmen. Gefüllt wurde die politische Leere bei vielen Blättern mit Politiker-Ratings. Diese inflationären Ratings sind zum Symbol der Inhaltslosigkeit geworden.

Journalismus auf der Basis von Zahlen und Statistiken ist natürlich nichts an sich Schlechtes. Aber man kann diese nicht einfach ausbreiten, man muss damit arbeiten, sie erklären sich nicht selber. Die grosse Leistung von politischen Journalisten besteht darin, Komplexität für ihre Leserinnen und Leser zu reduzieren und gleichzeitig die Zusammenhänge zu erklären. Das geht aber nur, wenn man den Gegenstand, über den man schreibt, sehr gut,

Diese Arbeit kann jeder Praktikant auf der Redaktion erledigen.

ja besser kennt als die anderen. Das bedeutet aber viel Arbeit, viel Zeit. Diese wird in der kriselnden Medienindustrie zunehmend zur raren Ressource.

Ratings sind das pure Gegenteil des einordnenden Journalismus: Ratings sind quasi eine Abkürzung: Sie vermitteln den Eindruck einer sehr analytischen, weil datenbasierten Herangehensweise, ohne dass man sich mit dem politischen Inhalt wirklich auseinandersetzen muss. Faktisch sind sie denn meist auch nicht viel mehr als banales Zusammenzählen von Vorstössen, Mitgliedschaften in irgendwelchen Gremien et cetera – kurz: eine Arbeit, die

Rang	Name (Partei)	Ausserwirkung	Einfluss
Rang 4	Stefan Engler (SR CVP/GR)	7,7	54,1
Rang 5	Alex Kuprecht (SR SVP/SZ)	8,9	46,8
Rang 6	Roland Eberle (SR SVP/TG)	9,8	43,1
Rang 7	Ignazio Cassis (NR FDP/VT)	12,8	42,6

Die stillen Sch...

W... ie gut stimmt das Bild, das wir von Politikern haben, über... ein mit ihrer effektiven Durchsetzungsfähigkeit im Parlament? In vielen Fällen gar nicht. Diesen Schluss muss man aus einer Analyse ziehen, die von der Forschungsstelle... Sotomo von Michael Herrmann exklusiv für BLACK durchgeführt wurde. Sie zeigt klar, dass die Einflussreichen in Bern eben nicht diejenigen sind, die am meisten Echo in den Medien... ebenfalls von der CVP, und der Bündner FDP-Ständerat Martin Schmid. Leise, aber effektiv sind auch die zwei SVP-Ständeräte Alex Kuprecht (SZ) und Roland Eberle (TG). Von der...

Vermessungsaufgabe für Statistiker: Politik im Blick.

jeder Praktikant auf der Redaktion auch erledigen kann. Die Redaktionen lagern ihr Kernbusiness, die Politik und das Parlament zu verstehen, an scheinbar objektive Zahlen aus. Die Leistung der Einordnung, der Interpretation, des Verstehens, wie das Parlament funktioniert, entfällt.

Inhaltliche Relevanz lässt sich nicht messen

Politikjournalismus wird zur Vermessungsaufgabe für Statistiker. Die politische Analyse fällt weg. Relevant ist nicht mehr, welche Vorstösse zum Beispiel jemand durch das Parlament bringt, sondern wie viele. Ob sie allesamt völlig irrelevante Dinge behandeln, spielt keine Rolle: Die Person katapultiert sich auf dem Einfluss-Ranking nach oben. Inhaltliche Relevanz lässt sich schliesslich nicht messen, dafür müsste man die Dinge lesen, studieren, verstehen. Oder aber die Ratings verwechseln individuellen Einfluss schlicht mit einem Abbild der Machtverhältnisse: Warum wohl finden sich auffällig viele Lieblinge von Economiesuisse regelmässig auf den vorderen Plätzen?

Politische Einordnung wird ersetzt durch Datensammlungen, welche die scheinbar «objektive Wahrheit» liefern. Der Vorteil: Solche

«Befunde» sind viel unangreifbarer als politische Einschätzungen. Die Zeitungen immunisieren sich gegen Kritik – wer kann schon die objektive Wahrheit anzweifeln? Eine Wahrheit, die sehr flexibel ist? So haben es zwei Zeitungen innerhalb von wenigen Wochen zum Beispiel fertiggebracht, die Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer einmal ganz oben auf einem Einfluss-Rating zu platzieren und einmal ganz unten – je nachdem halt, welche Zahlen man gerade wählt.

Nun könnte man mir vorwerfen, hier aus einer Maus einen Elefanten zu machen. Das würde stimmen, wäre die Rating-Inflation nicht ein Symptom einer breiteren Entwicklung in der Politikberichterstattung. Ratings treiben die Personalisierung der Politik mit voran. Sie durchbrechen die Relevanz von parteipolitischen und ideologischen Blöcken, weil sie das «Problem» in seine Einzelteile, also die einzelnen Parlamentarier, zerlegen. Sie sind ein Teil der «Peopleisierung» der Politik. Den Vogel abgeschossen haben in diesem Wahlkampf die Ratings über den «Glamour-Faktor» oder den «Humor» von Parlamentariern. Die «Peopleisierung» schafft – paradoxerweise – nicht mehr Nähe zur Bevölkerung, sondern weniger.

Ich muss zugeben, mir war das lange auch nicht bewusst. Aber die Entwicklung von Politikerinnen und Politikern zu Celebritys, deren Privatleben und sie selber zunehmend zum Kern der Berichterstattung werden, schafft Distanz, nicht Nähe. Sie rückt die «Sphäre der Politik» näher an das Showbiz, an Beatrice Egli, Justin Bieber oder wie sie alle heissen. Und diese «Stars» sind eben nicht greifbar, sondern weit weg. Wir erleben ihre Karriere als medial vermitteltes Auf und Ab zwischen Hype und Skandal. Genau das beobachten wir auch in der Politik. Politik selber wird zur Abfolge von Skandalen und Hypes, die genauso schnell wieder vergessen werden, wie sie aufkommen.

Faule Elemente weg, Problem gelöst

Das politische Geschäft wird so zur Abfolge von individuellen Erfolgen, Versagen und Skandalen. Damit wird der Blick für strukturelle Zusammenhänge, für komplexe Sachverhalte, für Macht- und Herrschaftsverhältnisse verschleiert. Das Politische hinter der politischen Sachfrage wird unkenntlich. Gesellschaftliche Zusammenhänge auf individuelles Versagen von Politikern oder Institutionen reduziert. So passt sich die vermeintliche Datenpräzision ideal in das neokonservative Gesellschaftsprojekt ein: Die Redefinition von Politik als moralische Schlacht zwischen

Leistungsträgern und Faulenzern, zwischen Gut und Böse.

Kennen Sie die zahlreichen *crime scene*-Serien? Diese amerikanischen Kriminalserien, in denen die guten Ermittler unter Einsatz modernster Technologie das Böse in der Welt aufspüren und seiner gerechten Strafe zuführen? Hier existiert «das Böse» an sich in der Welt. Es kann analysiert, identifiziert und

«Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.»

damit auch aufgespürt und aus der Welt geschafft werden. Kriminalität ist keine Folge von struktureller Gewalt, sondern von bösen Menschen. Das Problem ist gelöst, wenn die faulen Elemente weg sind. Genau diesem Schema folgen auch Kampagnen, wenn der CSU-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg wegen einer Plagiatsaffäre aus dem Amt gejagt wird. Oder im Fall der medialen Hetze gegen den Badener Stadtammann Geri Müller. Oder neuerdings nach dem tragischen Unfall des FDP-Präsidenten.

Guttenberg weg, Problem gelöst. Müller weg, Problem gelöst. Die gleiche Logik ist am Werk, wenn die SVP auf scheinbare System-schmarotzer schießt. Sozialhilfebetrüger

weg, Problem gelöst. Scheinasylanten weg, Problem gelöst.

Sind jetzt alle Zeitungen und Journalisten einfach schlecht, wenn sie Ratings machen? Nein, überhaupt nicht. Die Rating-Welle im Wahlkampf ist vielmehr ein Hilfeschrei des politischen Journalismus. Ein deutscher Journalist hat einmal geschrieben: «Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.» Oder zumindest kein Gewerbe wie jedes andere. Und genau das geht heute vergessen.

Rendite statt Qualität

Offenbar ist der wirtschaftliche Druck in den Redaktionen so gross geworden, dass Zeit und Ressourcen fehlen, um die Kernaufgabe wahrzunehmen. Das hat nicht zwingend etwas mit der Qualität der Journalisten zu tun, sondern vielmehr mit der Geschäftsstrategie der Verlage. Wer aus den Zeitungen auf Teufel komm raus ein Renditeobjekt machen will, der spart eben früher oder später bei der Qualität. Irgendeinmal zeigt sich das dann halt.

Cédric Wermuth, 29, ist SP-Nationalrat.

Der Hauseigentümergeverband – die Nr.1 in der Schweiz

Mit rund 330 000 Mitgliedern ist er der stärkste Verband im Bereich Wohneigentum. Er setzt sich konsequent für die Förderung und Erhaltung des Wohn- und Grundeigentums in der Schweiz ein.

Als Mitglied profitieren Sie von zahlreichen Vorteilen:

- Ratgeber und Merkblätter rund ums Wohneigentum
- kostenlose telefonische Rechtsauskunft
- praxisnahe Kurse
- 14-täglich erscheinende Fachzeitung «Der Schweizerische Hauseigentümer»
- Vergünstigungen auf Heizöl, Versicherungen, Zeitungsabos, Ausflugsziele, uvm.

Werden auch Sie Mitglied!

“Eigene vier Wände vermitteln ein sicheres und gutes Gefühl!,,

NR Hans Egloff,
Präsident HEV Schweiz und auch Hauseigentümer



Freiheit auf dem Wahlzettel

Wer sich am 18. Oktober ein Parlament wünscht, das weniger reguliert und subventioniert, der muss quer durch alle Listen die richtigen Kandidaten wählen – und die falschen streichen. Empfehlungen für Kantone, in denen die wichtigsten Entscheide fallen. *Von Markus Schär*



Sechs zusätzliche Sitze für die SVP, vier für die FDP: Dies sagt die Zürcher Forschungsstelle Sotomo für die Nationalratswahlen voraus. Kommt es also zu einem Rechtsrutsch im Bundeshaus? Der Forscher Michael Hermann wiegelt ab: Solche Verschiebungen würden nur wieder zu den Verhältnissen von 2007 führen – also zum Parlament, das Bundesrat Christoph Blocher abwählte. Wer wirklich eine Mitte-rechts-Mehrheit wünscht, muss darauf achten, wen er nach Bern schickt, auch mit gezielten Panaschierstimmen. Eine Wahlhilfe für die sieben Deutschschweizer Kantone, in denen wichtige Entscheide fallen:

Zürich: Wo bleiben die Unternehmer für den Wirtschaftsmotor? — Nur im Wirtschaftszentrum des Landes kann gemäss Prognose die FDP stark zulegen. Ihre Nationalratsdelegation verlor in der auslaufenden Legislatur die beiden Unternehmer Filippo Leutenegger und Markus Hutter, für sie rückten der Bankier Hans-Peter Portmann und der Anwalt Beat Walti nach, die dem Finanzplatz zu Diensten stehen. Die Experten sagen der Partei zwei Sitzgewinne voraus, dazu wechselt der umtriebige ICT-Unternehmer Ruedi Noser wohl in den Ständerat.

Die bis zu drei Neulinge bestimmen den Kurs der FDP-Fraktion mit. Als markige Stimme für eine freiheitliche Ordnung empfiehlt sich Hans-Ulrich Bigler, der Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Und die gutbürgerliche Landschaft vertritt Martin Farner aus Oberstammheim als «stolzer und verantwortungsbewusster Unternehmer» mit der Gemüse- und Fruchthändlerin Veg&Fruit. Die aussichtsreichen Kandidatinnen begnügen sich dagegen mit Lippenbekenntnissen für das Unternehmertum: die Anwältin Ursula Gross Leemann, die Winterthurer Stadträtin und Kommunikationsberaterin Barbara Günt hard, vor allem Regine Sauter, die ihre Funktionärskarriere vom FDP-Generalsekretariat über das rote Winterthurer Sozialdepartement bis zur Zürcher Handelskammer endlich mit einem Nationalratsmandat krönen möchte.

«Wo bleiben die Unternehmer?», fragte die NZZ. Die Kandidaten, die diesen Titel wirklich

verdienen, finden sich auf hinteren Listenplätzen, so bei der SVP Jürg Sulser, der eine Logistikfirma mit 150 Mitarbeitenden führt, und Hans-Ulrich Lehmann, der vor vier Jahren trotz seinem Ruf und Reichtum als «Handy-König» keinen Sprung nach vorne schaffte. «Auch ich bin [im NZZ-Artikel] erwähnt, und es wird mir attestiert, dass ich mit FDP-Listenplatz 17 keine realen Chancen hätte», meint dazu Kaspar Huggenberg, Patron der Handelsfirma Briner. «Dazu sage ich: Jetzt erst recht.»

Bern: Die Freisinnigen streiten um die Richtung der Partei — Vier von acht Berner SVP-Nationalräten liegt vor allem die Landwirtschaft am Herzen, vom Bergbauern Erich von Siebenthal über den Grossbauern Andreas Aebi und den promovierten Agronomen Albert Rösti bis hin zum Funktionär Rudolf Joder, der mit einer Initiative zur Ernährungssicherheit erfolglos eine Verlängerung im Bundeshaus anstrebte. Seit dem Rücktritt von Hansruedi Wandfluh, Patron einer weltführenden Firma für mechanische Präzisionsteile, setzt sich niemand mehr für die Exportindustrie ein. Als Unternehmer tritt nur Adrian Amstutz auf, der ein Architekturbüro führt. Und auf der Liste stehen neben zwei Unternehmern, für Brückenbau und für Gülletechnik, neun weitere Bauern.

Auch die FDP kann in Bern nicht als Wirtschaftspartei gelten. Christian Wasserfallen weiss zwar als Maschineningenieur, wovon er spricht, und er sagt es erfreulich deutsch und deutlich. Christa Markwalder dagegen, auf der Lohnliste der Zurich-Versicherungen, pflegt Lobbymandate, ihre Karriere zur Nationalratspräsidentin und ihre Hobbys, vor allem den EU-Beitritt, den die Schweiz ihrer Meinung nach in den nächsten vier Jahren anstreben soll.

Als Kandidatin für den Ständerat, aber auch für den Nationalrat stellte die Partei ein Double auf: Die Lobbyistin Claudine Esseiva führt ihren Ego-Wahlkampf in Pink völlig losgelöst von der FDP. Sie ist gemäss der *Berner Zeitung* denn auch die Ständeratskandidatin, die am weitesten von ihrer Partei weg politisiert – links von der Mitte. Am heftigsten greifen sie deshalb eigene Parteifreunde an, die auch die FDP Bern wieder nach rechts rücken wollen. Die PR-Frau Christine Kohli und der nach siebzehn Jahren



Markige Stimme: Bigler (FDP).



Unter Bauern: Amstutz (SVP).



Deutsch und deutlich: Wasserfallen (FDP).



Mehrheitsfähige Genossin: Bruderer (SP).



in Schanghai und Singapur eben zurückgekehrte Manager **Roland Mathys** können zwar kaum den Lohn für ihren Eifer im Wahlkampf ernten. Aber immerhin mithelfen, dass der mögliche dritte FDP-Sitz an einen Mann der Wirtschaft geht, etwa an **Philippe Müller**, Geschäftsleitungsmitglied der Blutplasmafirma CSL Behring, der grössten unter den wenigen privaten Arbeitgeberinnen der Stadt Bern.

Aargau: Der bürgerliche Kanton wählt wieder bürgerlicher — Im Aargau gibt es neu sechzehn Sitze zu verteilen, dazu kommen mindestens drei weitere Neulinge, weil neben zwei Rücktritten aus dem Nationalrat drei Schwergewichte um den leeren Ständeratssessel kämpfen: **Philippe Müller** (FDP), **Hansjörg**

Im Atomkanton entscheidet sich, ob sich die CVP wieder nach rechts oder weiter nach links neigt.

Knecht (SVP) und **Ruth Humbel** (CVP) wollen – neben der mehrheitsfähigen Genossin **Pascale Bruderer** – Christine Egerszegi (nominell: FDP) beerben; auf jeden Fall ist also Schluss mit dem Paradox, dass der bürgerliche Kanton Aargau die am weitesten links politisierende Deutschschweizer Delegation im Stöckli stellte.

Im Atomkanton verlor die CVP, die Partei von Bundesrätin Doris Leuthard, bei der Energiewende-Wahl von 2011 gleich zwei ihrer drei Sitze. Einen sollte sie zurückholen, und beim Duell zwischen der ehemaligen Parteisprecherin **Marianne Binder** und dem Bauernfunktionär **Ralf Bucher** fällt ein Entscheid, ob sich die CVP wieder nach rechts oder weiter nach links neigt.

Bei der FDP drängeln sich um den Sitz, den **Philippe Müller** allenfalls freimacht, der Anwalt **Thierry Burkart**, der Elektrounternehmer **Matthias Jauslin** und vor allem der Chefarzt **Ulrich Bürgi**, der sich für ein «bezahlbares Gesundheitswesen» einsetzen will. Einen konkreten Beitrag dazu könnte ein Favorit der SVP leisten: **Andreas Glarner**, lautstarker Gemeindevorstand von Oberwil-Lieli und Fraktionspräsident im Grossen Rat, baute die Handelsfirma Airproduct auf und gab sie 2007 dem Giganten Würth weiter; jetzt sorgt er mit Careproduct für günstigere Rollstühle und Rollatoren: «Wir sind die Preisbrecher im Gesundheitswesen.»

Luzern: Ein Internetpionier und ein Star-Manager treten für die SVP an — Der Luzerner Nationalrat mit der grössten Finanzkompetenz muss um seinen Sitz bangen: der Grünliberale **Roland Fischer**. Mit ihm verlöre die Delegation ihren kämpferischsten Liberalen. Der Treuhänder **Albert Vitali** (FDP) versteckt sich auf den Hinterbänken, und der Haustechnik-Unternehmer **Peter Schilliger** (FDP), 2012

für den verstorbenen **Otto Ineichen** nachgegrütscht, verteidigt bei der Energiestrategie nur die Interessen seiner Branche. Vom selbstdeklarierten Unternehmer **Felix Müri** (SVP) schliesslich findet sich bei Moneyhouse einzig eine Beratungsfirma, die seit zwei Jahren in Liquidation ist.

Um den CVP-Sitz, den Schreinermeister **Ruedi Lustenberger** freigibt, kämpfen vor allem die Gymnasiallehrerin **Andrea Gmür**, die sich um die Stiftung der verstorbenen Luzerner Politikerin Josi J. Meier kümmert, und die Primarlehrerin und Bäuerin **Priska Wismer**, eine bekannte Jodlerin. Ein Schwergewicht aus der Wirtschaft findet sich dagegen bei der SVP, die am ehesten einen Sitz gewinnt: **Franz Grüter**, gelernter Lastwagenmechaniker, baute ab 1996 den IT-Dienstleister Smartcomp und die Internetfirma Smartweb auf; er kaufte 2008 den Provider Green.ch und bietet jetzt vor allem Hochsicherheits-Rechenzentren an.

Neben dem Internetpionier, der seine Konkurrenz mit einer aufwendigen Kampagne überrollt, steht ein noch schillernderer Kandidat auf der SVP-Liste: **Oliver Imfeld** lernte 1983 beim Breakdance «einen gewissen René Baumann» kennen. Seither führt er die Geschäfte von DJ Bobo, und er machte nur in den letzten Monaten mal Pause: Statt mit dem Star durch Europa tourte er mit Ständeratskandidatin **Yvette Estermann** durch den Kanton. >>>



Auf bürgerlicher Seite: Binder (CVP).



Günstigere Rollstühle: Glarner (SVP).



Kämpferischster Liberaler: Fischer (GLP).

Pensionierung

- Wie spare ich Steuern?
- Wie sichere ich mein Einkommen?
- Wie regle ich meinen Nachlass?

Sprechen Sie mit uns und überzeugen Sie sich von unserer Expertise. Das erste Gespräch ist kostenlos und unverbindlich.

Tel. 044 207 27 27 (Hauptsitz)

www.vermoegenszentrum.ch

VZ VermögensZentrum



Antworttalon

Weltwoche 2015

Ja, ich habe Fragen zur Pensionierung.

- Rufen Sie mich an für ein kostenloses Gespräch.
 Senden Sie mir Ihre Unterlagen.

Vorname/Name

Jahrgang

Strasse

PLZ/Ort

Tel. (tagsüber)

E-Mail

Talon bitte einschicken an unseren Hauptsitz:

VZ VermögensZentrum AG, Beethovenstrasse 24, 8002 Zürich

St. Gallen: Ein Zehnkämpfer versucht sich in einer neuen Disziplin

— Die beiden Wirtschafts-Schwergewichte aus St. Gallen sitzen im Ständerat: einerseits Karin Keller-Sutter (FDP), die sich auf ihrer Website freut, dass es ihr gelungen sei, «eine neue berufliche Tätigkeit in der Privatwirtschaft zu erschliessen», so im Verwaltungsrat der Bâloise, im Präsidium der Swiss Retail Federation und im Vorstandsausschuss des Arbeitgeberverbandes, andererseits Paul Rechsteiner, der Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Im Nationalrat hocken für einen der höchstindustrialisierten Kantone ein Drittel Bauern: Toni Brunner (SVP), Walter Müller (FDP), Jakob Büchler und Markus Ritter (CVP), der Präsident der Schweizer Bauern. Lässt sich daran etwas ändern?

Bei der CVP tritt immerhin Lucrezia Meier-Schatz nicht mehr an, eine der verlässlichen Linksauslegerinnen der Fraktion. Um ihre Nachfolge buhlen Thomas Ammann, Gemeindepräsident von Rüthi im Rheintal, dem seine aussichtslose Ständeratskandidatur hilft, und Nicolo Paganini, Olma-Direktor, also in Gewerbe und Tourismus vernetzt: Der Jurist mit HSG-Abschluss schaffte es bei seiner steilen Karriere im Thurgau nicht ganz ans Ziel, er startet zwölf Jahre später in St. Gallen durch.

Spannend ist aber vor allem, wer den Sitz der Patientenschützerin Margrit Kessler gewinnt, den die Grünliberalen nicht halten können. Bei den Freisinnigen, die die grössten Chancen haben, drängt sich ein Bewerber auf: Marcel Dobler, 35, gründete 2001 während des Informatikstudiums mit zwei Kollegen «aus einer Gamer-Idee heraus» den Heimelektronik-Onlineshop Digitec. Letztes Jahr verkaufte er das Unternehmen mit einer halben Milliarde Umsatz der Migros, und er versucht jetzt, auch eine Politkarriere von null aufzubauen, mit ein bisschen Hilfe von PR-Mann Klaus J. Stöhlker. Der Ex-Schweizermeister im Zehnkampf könnte in dieser Disziplin ebenfalls zur Bestform auflaufen.

Thurgau: Wohin gehen die Stimmen von Peter Spuhler?

— Peter Spuhler konnte sich als landesweit bestgewählter Nationalrat fühlen: Der Zugunternehmer sammelte vor vier Jahren von den 72 852 Wählern im Thurgau 43 955 Stimmen, davon ein Sechstel von anderen Listen als jener der SVP. (Zum Vergleich: Die Nationalrätin mit der landesweit höchsten Stimmenzahl, die Zürcherin Natalie Rickli, brachte es bei 407 671 Wählern auf 145 776 Stimmen.) Als Peter Spuhler Ende 2012 zurücktrat, verlor das Parlament seine gewichtigste Stimme aus der Wirtschaft. Niemand konnte ihn ersetzen, die Nachfolgerin Verena Herzog enttäuschte aber auch bescheidene Erwartungen – wie die ganze verbleibende Thurgauer Delegation.



Schwergewicht aus der Wirtschaft: Grüter (SVP).



Berufliches Neuland: Keller-Sutter (FDP).



Stimmen des Starunternehmers: Gutjahr (SVP).



Flügelkämpfe: Heim (CVP).

Wohin gehen die Stimmen, die der Starunternehmer auf sich zog? «Ich stehe hinter Diana Gutjahr und für den Werkplatz Schweiz», sagt Peter Spuhler in auffälligen Inseraten: Die 31-jährige Kantonsrätin führt zusammen mit ihrem Lebenspartner in Romanshorn das Metallbauunternehmen Ernst Fischer AG – eine spannende Firma, die international auch ganze Tankstellen montiert. Möglicherweise verliert die SVP mit den beiden Bauern Hansjörg Walter und Markus Hausammann als Bisherigen aber auch die entscheidenden Stimmen aus der Wirtschaft an die grosse Listenverbindung der Mitte.

Die FDP, in dieser Legislatur erstmals seit 1848 nicht in Bern vertreten, holt sicher ihren Sitz

von der GLP zurück, für die der Unternehmer Thomas Böhni (Solarberatung) im Bundeshaus nichts unternahm. Und die Listenverbindung nimmt allenfalls der SVP einen ihrer drei Sitze ab; die FDP legt in diesem Fall gleich zwei Sitze zu, wenn sie die CVP überholt. Ihr Favorit ist der abtretende Volkswirtschaftsdirektor Kaspar Schläpfer, 64: Der grünbeseelte Anwalt vermachte dem Kanton ein Energiegesetz, das (nicht nur) seine Partei zerfetzt. Die Wirtschaft setzt deshalb auf die Präsidenten der Industrie- und Handelskammer beziehungsweise des Gewerbeverbandes, den Stahlbauunternehmer Christian Neuweiler und den Druckereibesitzer Hansjörg Brunner. Bei der CVP, die auch auf einen Sitzgewinn hofft, läuft ein Duell zwischen dem subventionsmaximierenden Bauern und «Energiepapst» Josef Gemperle und dem Holzbauunternehmer Ruedi Heim – also exemplarisch der Kampf zwischen dem etatistischen und dem liberalen Flügel der Partei.

Graubünden: Die Wirtschaftsfrau steht nicht auf der Liste Wirtschaft

— «Gasser ist Energie», posaunt der einzige Unternehmer in der Bündner Delegation, der grünliberale Baumaterialienhändler Josias Gasser. Auf Touren brachte er in seinen vier Jahren im Nationalrat allerdings nur ein Windrad in seinem Wohnort Haldenstein. Es läuft zwar bloss wenige Stunden im Tag, bringt aber angeblich 4,5 Millionen Kilowattstunden im Jahr, also einen netten Gewinn für den Betreiber: Dank der kostendeckenden Einspeisevergütung von 21 Rappen pro Kilowattstunde streicht er knapp eine Million ein, bei Anlagekosten von rund sieben Millionen. An der Strombörse kostet eine Kilowattstunde übrigens vier Cent.

Weil er nur noch die Linken als Listenverbindungspartner fand, kann Josias Gasser seinen Sitz kaum halten. Am ehesten fällt dieser an die Freisinnigen zurück, deren Sitz vor vier Jahren der Manager Tarzsius Caviezel verlor. Die FDP stellte dafür zwei Listen auf, einerseits die Liste Liberal mit einem Projektmanager oder einer Mutter/Sennerin, andererseits die Liste Wirtschaft. Als Favorit, vor einer eidg. dipl. Buchhalterin, einer Jusstudentin und einem Notar, gilt Michael Pfäffli, als «Unternehmer in einer Tourismusregion» vorgestellt. «Mir händ di heies chliis dynamisches Betriibli», sagt er in seinem Video: Er führt in St. Moritz eine Firma mit vierzig Mitarbeitern, die Landschaftspflege, Gartenbau und auch Hauswartungen anbietet.

Die wahre Liste Wirtschaft stellt die SVP auf, mit dem Personalvermittler Beath Nay oder dem Holzbauunternehmer Renatus Casutt, vor allem aber mit einer Frau, die einen Konzern mit einer Börsenkapitalisierung von gegen zehn Milliarden Franken führt. Ob die Bündner würdigen, was Magdalena Martullo-Blocher mit den mehr als tausend Beschäftigten am Stammsitz der Ems Chemie für ihren Kanton tut? ○

Das Veto der Eigentümerin

Der Bund wollte in Linthal im Kanton Glarus ein Durchgangszentrum für 400 Asylsuchende einrichten. Doch die Besitzerin des Grundstücks legte sich quer und vereitelte die Pläne. Wäre die Asylreform schon in Kraft, hätte ihr Widerstand wohl gebrochen werden können. *Von Alex Reichmuth*



«Zu unserem Bedauern»: Containersiedlung in Linthal GL.

Es tönt nach Seldwyla, was sich in den letzten Tagen in Linthal zugetragen hat, zuhinterst im Kanton Glarus. Jahrelang wohnten hier Hunderte von Bauarbeitern in einer Containersiedlung in der Nähe des Dorfes. Sie bauten das Kraftwerk Limmern des Energiekonzerns Axpo zu einem der grössten Pumpspeicherwerke der Schweiz aus. Inzwischen ist das Kraftwerk fertig und geht bald ans Netz. Die Container stehen darum bald leer.

Die Firma Marti AG als Besitzerin der Container bot diese darum dem Bund an, um eine Asylunterkunft einzurichten. Der Bund nahm Kontakt mit dem Kanton Glarus und der Standortgemeinde Glarus Süd auf. Überall fand man das Asylheim eine gute Idee. Ein Durchgangszentrum für den Bund sollte es werden, mit 400 Plätzen. Nichts Kleines also. Man schmiedete Pläne, und schon hatte der Gemeinderat, wie man hört, mit zwölf gegen drei Stimmen seine Zustimmung gegeben. Doch etwas Wichtiges ging dabei vergessen: die Eigentümerin des Grundstückes, auf dem die Container stehen.

Pech für Bund und Kanton

Vor zwei Wochen erfuhr diese von den Plänen für die Asylunterkunft auf ihrem Boden – per Zufall. Sie war empört und stellte sich quer. Der Gemeinde und dem Kanton teilte sie mit, dass

sie nicht einverstanden ist. Die Pläne für das Asylzentrum waren somit hinfällig.

Auf Anfrage der *Weltwoche* will von der Gemeinde Glarus Süd, zu der Linthal gehört, niemand Stellung nehmen. Man solle sich an den Kanton wenden, heisst es, an Regierungsrätin Marianne Lienhard (SVP). Lienhard ist ebenfalls nicht bereit zu einem Gespräch. Ihr Departement beantwortet Fragen nur schriftlich. Es sei falsch, dass das Bundeszentrum bereits beschlossene Sache gewesen sei, heisst es in der Antwort. Kanton und Gemeinde hätten auf Anfrage des Bundes lediglich das Einverständnis zu weiteren Abklärungen erteilt. Man habe auch nicht etwa vergessen, die Grundeigentümerin zu informieren, versichert das Departement von Lienhard. Im Gegenteil, man sei kurz davor gestanden, dies zu tun. «Allerdings wurde die Eigentümerin zu unserem Bedauern einen Tag früher – von wem auch immer – über die Anfrage des Bundes informiert.» Der Kanton habe dann zur Kenntnis genommen, dass wegen dem Veto der Eigentümerin dieser Standort nicht in Frage komme.

Beim Bund bestätigt man die Pläne für ein Asylzentrum mit 400 Plätzen. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) schreibt von einer «temporären, sechsmonatigen Nutzung» der Container «im Bedarfsfall». Beim gegenwärtig hohen Zustrom an Asylbewerbern in die

Schweiz ist es aber fast sicher, dass die Reserve umgehend genutzt worden wäre. Wohl auch länger als nur ein halbes Jahr.

Es treffe nicht zu, versichert das SEM, dass sich die Grundbesitzerin quergestellt habe. Diese habe «lediglich von ihren Eigentumsrechten Gebrauch gemacht». Man habe dies zur Kenntnis genommen und die Abklärungen beendet. Pech also für den Bund und den Kanton. Wäre die Asylreform des Bundes bereits in Kraft, wäre die Sache womöglich anders ausgefallen. Erst vor kurzem hat das eidgenössische Parlament diese Reform abgesegnet. Sie sieht vor, dass der Bund künftigen Widerstand der Eigentümer übergehen kann, wenn er Asylzentren errichten will. Und darum Enteignungen vornehmen darf. Mit dem neuen Gesetz müsste die Eigentümerin in Linthal also damit rechnen, dass der Bund ihr das Grundstück einfach wegnimmt, auf dem die Container stehen. Das SEM drückt sich aber um eine klare Äusserung: Ob eine Enteignung mit dem revidierten Asylgesetz möglich wäre, «kann zum heutigen Zeitpunkt nicht gesagt werden».

Zustände wie in Deutschland

Die Schweiz steuert mit dem Recht auf Enteignungen auf Zustände zu, wie sie in Deutschland schon Realität sind. Dort haben mehrere Städte die Eigentumsgarantie durchlöchert, um mit der grossen Zahl an Asylanten fertig zu werden. In Hamburg und Berlin können die Behörden leerstehende Gewerbeimmobilien beschlagnahmen, wenn sie darin Asylbewerber unterbringen wollen. Auch Bremen plant eine solche Regelung. Hält der Zustrom der Migranten nach Deutschland an, wird dort wohl auch die Enteignung privaten Wohnraums bald ins Auge gefasst.

Im Kanton Glarus aber geht die Suche nach neuen Asylzentren vorerst weiter. «Die Unterbringung der ab dieser Woche deutlich erhöhten Zuweisung von Asylsuchenden» bleibe «eine grosse Herausforderung», macht der Kanton klar. Informationen, welche Möglichkeiten geprüft werden, gibt es nicht – auch nicht beim Bund: Man kommentiere die Evaluation möglicher Standorte nicht, schreibt das SEM. Absehbar ist, dass die Anwohner vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wenn sich Behörden und Eigentümer über ein neues Asylheim einmal einig sind. Denn eine Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Suche nach Unterkünften ist nicht vorgesehen. ○

Pfarrer Siebers Guerilla-Gewissen

Obdachlose, Drogensüchtige, Arme, Kranke – Ernst Sieber kämpfte stets für die Schwächsten der Gesellschaft. Dabei halfen ihm nicht nur sein Glaube, sein Charme und sein Charisma – sondern auch seine Frechheit. *Von Wolfgang Koydl und Salvatore Vinci (Bild)*

Eigentlich hätte er ja etwas ganz anderes werden wollen. Von der Schauspielerei träumte der junge Mann, von der Bühne und, wer weiss, vielleicht auch einmal vom Film. Es war mehr als ein Traum, er war die ersten Schritte schon gegangen und hatte schon die Aufnahmeprüfung für die Schauspielschule bestanden. Talent war also fraglos vorhanden.

Doch dann sprach die Mutter ein Machtwort: Er solle gefälligst etwas Anständiges mit seinem Leben anfangen, bestimmte sie, und für eine Frau, deren Familie 700 Jahre lang einen Hof in Oberägeri im Zugerland bewirtschaftet hatte, gab es keinen Zweifel, was das war: «Gang go achere», beschied sie ihrem Sohn.

Ernst Sieber bestellte die Äcker, aber Bauer ist er auch nicht geworden. Sicher: Anfangs schufte er tagsüber als Knecht auf dem grosselterlichen Hof, so, wie die Mutter es wünschte. Aber abends holte er auf dem zweiten Bildungsweg die Matur nach. Es folgten ein Studium der Theologie und dann Mitte der fünfziger Jahre die Ordination zum protestantischen Pfarrer. Heute ist Sieber 88, aber er findet, dass er seiner Berufung treu geblieben sei: «Damals haben die Leute gesagt, so einen guten Knecht wie mich gäb's nirgendwo», schmunzelt er. «Nun, und heute bin ich immer noch ein Knecht. Ein Knecht Gottes.» So, wie er den Satz vorträgt, wird schnell klar, dass er auch seinen ersten Berufswunsch verwirklicht hat: Der zierliche alte Herr hat eine ganze Menge von dem, was man Bühnenpräsenz nennt.

Cervelats am Weihnachtsbaum

Der wohl bekannteste protestantische Geistliche der Schweiz war immer mehr, viel mehr als nur ein Pastor. Ernst Sieber, den alle nur Pfarrer Sieber nennen, als sei es ein Vorname, hat mehr oder minder im Alleingang das Sozialwesen in Zürich umgekrempelt: Er hat Obdachlose von der Strasse geholt, als die braven Bürger der Stadt mit abgewandtem Kopf an ihnen vorbeireiten. Er hat Drogensüchtige in Aids-Hospizen behandelt zu einer Zeit, als manche diese Krankheit als Gottesstrafe bezeichneten. Und er hat mittellose Kranke mit bescheidensten Mitteln in einem eigenen Notspital behandelt. Jahrzehntlang war er das soziale Gewissen einer Stadt, die oft zu Recht als kaltherzig, habgierig und knauserig betrachtet wird.

Als Treffpunkt für das Gespräch mit der *Weltwoche* hat Sieber den Friedhof seines Geburtsortes Horgen am Zürichsee vorgeschlagen. Hier wird er einmal seine letzte Ruhe finden unter

einem Grabstein, dessen Aufschrift er selbst formuliert hat und die seine Lebensphilosophie widerspiegelt: «Kämpft weiter, ich hab's heiter». Hier auf dem Kirchhof stehen aber auch die lebensgrossen Bronzeskulpturen, die er in seinem Atelier gegossen hat: eine Kreuzigungsszene, für die er Lehm vom Mythen verwendete, jener Region am Ybrig, wo er einst als Bauer wirtschaftete. Den Jesus hat er in einer einzigen Karfreitagsnacht wie im Rausch gemacht, ohne ein Modell vor Augen zu haben. Andere Figuren entstanden nach dem Vorbild seiner Frau und seiner acht Kinder – vier eigenen und vier angenommenen.

Wie ein Bauer sieht Sieber nicht aus, und schon gar nicht wie ein Geistlicher. Eher scheint er geradezu die Karikatur eines flamboyanten

«Ich bin einfach hinter dem
Znüniwägeli her in die
Amtsstube geschlüpft.»

Künstlers zu sein: An dem schmächtigen Körper hängt eine abgetragene Cordjacke, um den Hals hat er sich verwegen einen roten Schal geschlungen, und auf dem Kopf sitzt ein breitkrempiger Hut, unter dem die schlohweissen Haare hervorquellen, die sich in einem Vollbart und in buschigen Augenbrauen fortsetzen. Würden seine Augen nicht so keck funkeln, man würde sie in dem Haargestrüpp im Gesicht kaum erkennen können. Aber als Künstler mag sich Sieber auch nicht bezeichnen, obwohl er seit Jahren nicht nur Skulpturen formt, sondern auch Ölbilder malt und seine Werke ausstellt: «Ich bin kein Künstler», wehrt er ab. «Ich bin nur ein Handwerker für den Herrn Jesus.»

Hinter der Bescheidenheit blitzen freilich Schelm und Schalk hervor – und wohl auch ein wenig Eitelkeit. Charisma und ein Talent für Öffentlichkeitsarbeit, bereichert um eine nicht zu übersehende Gabe der Selbstdarstellung, hat die Presse ihm attestiert. Die Lust am Schauspielern ist dem Herrn Pastor nicht abhanden gekommen. Als der Platz vor der Gemeinde am Abendmahlstisch als Bühne nicht mehr ausreichte, setzte sich Sieber vor einer medialen Öffentlichkeit in Szene. Doch wenn das Eitelkeit sein sollte, die von der Kirche immerhin zu den sieben Todsünden gezählt wird, so darf man hoffen, dass der liebe Gott sie in Siebers Fall aufwiegen wird gegen all das Gute, was dieser in seinem langen Leben getan hat. Die Ärmsten der Gesellschaft, und hier vor allem die Obdach-

losen, waren ihm schon ein Anliegen, als er 1956 seine erste Pfarrstelle antrat.

Das war in Uitikon-Waldegg, einer traditionell eher von Begüterten denn von Bedürftigen bewohnten Gemeinde im Schatten des Uetlibergs. Dort machte sich Sieber wenig Freunde, als er die Insassen der nahe gelegenen Jugendstrafanstalt fürsorglich betreute und sie zum Weihnachtsgottesdienst in seine Kirche einlud. Den Baum hatte er eigenhändig geschmückt: mit Cervelats und Wienerli, sehr zum Ärger der alteingesessenen Gemeindemitglieder.

«Kämpfen ist eine Pfarrersaufgabe»

Sieber war noch in Uitikon im Amt, als er zum ersten Mal stadtweit Prominenz erlangte. Im strengen Winter 1964, der wegen der Seegröni des Zürichsees in die Geschichte einging, hatte er, ohne jemanden zu fragen, einen Bunker am Helvetiaplatz für Obdachlose requiriert, denen angesichts der Rekordtemperaturen der Kälte-tod drohte. Aus der Notlösung entwickelte sich eine selbstverwaltete Gemeinschaft von Obdachlosen, die unter dem Namen Suneboge noch heute Schlafplätze und Zimmer anbietet.

Unkonventionellen Methoden ist Sieber treu geblieben. «Gefragt hat er eigentlich nie jemanden», erinnern sich langjährige Mitarbeiter der Stiftung Sozialwerke Pfarrer Sieber, in der heute seine zahlreichen Aktivitäten zusammengefasst sind. Immer wieder stellte er mit seiner Guerillataktik die Behörden vor vollendete Tatsachen, so dass sie nicht mehr kneifen konnten, wollten sie nicht das Gesicht verlieren. «Ich habe mich nie bei einem Beamten angemeldet», erinnert er sich und kneift die Augen gegen die tiefstehende Sonne zusammen, was ihm einen noch verschmitzteren Ausdruck als sonst verleiht. «Ich bin einfach hinter dem Znüniwägeli her in die Amtsstube geschlüpft.»

«Orthopraxie» nennt der umfassend bele-sene Pastor diese Haltung, das richtige Handeln im Gegensatz zur blutleeren Orthodoxie, dem richtigen Glauben. Nicht fragen und nicht überlegen, einfach zupacken und etwas tun. «Als Pfarrer kann ich nicht leisetreterisch sein», sagt er. «Kämpfen ist eine Pfarrersaufgabe.» Wie in allen Punkten beruft sich Sieber auch hier auf Jesus, und als man ihn fragt, ob denn Drogensüchtige oder Obdachlose nicht auch selbst eine Mitschuld an ihrer Lage hätten, hebt er zum ersten Mal ganz leicht, aber unüberhörbar die Stimme: «Hat Jesus nach der Schuld gefragt? Nein, er ist hingegangen und hat sein Brot geteilt. Man soll nicht nach einer Schuld



«Kämpft weiter, ich hab's heiter»: Pfarrer Sieber.

suchen, sondern nach einem Ausweg.» Siebers Arbeit für die Obdachlosen mündete fast zwangsläufig in sein Engagement für die Drogenszene in den achtziger und neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts auf dem Platzspitz und am Letten in Zürich, als im Herzen einer der reichsten Städte der Welt unbeschreibliche Zustände herrschten wie im Elendsquartier einer Drittweltmetropole. Bis zu 5000 Menschen am Tag besorgten sich in dem kleinen Park neben Hauptbahnhof und Landesmuseum ihre Dosis Heroin, spritzten, dealten, pushten Hehlerware, prostituierten sich oder verreckten elend auf der Strasse.

«Menschen lagen in ihrem eigenen Blut und Kot wie Gefallene», erinnerte sich später ein Polizist. «Wer noch gehen konnte, stieg einfach über sie hinweg.» Die «Hölle» nannte man den Platzspitz, aber eine Hölle «mit System, Gesetzen, einer eigenen Hierarchie der Macht». Erst 1992 schloss die neue rot-grüne Zürcher Stadtregierung die eiternde Wunde Platzspitz, nachdem das Ausland auf den «Needle Park» in Ruf-

weite der Banken und Boutiquen in der noblen Bahnhofstrasse aufmerksam geworden war und der internationale Ruf der Stadt zu leiden drohte. Wenig später wurde dann auch der Letten aufgelöst, wohin die Drogenszene ausgewichen war. Erfolg war den Bemühungen freilich erst beschieden, als sich Stadt, Kanton und Bund dazu durchrangen, die Süchtigen nicht als charakterlose Schwächlinge zu betrachten, sondern ihnen Ersatzdrogen wie Methadon zu verabreichen und sich um sie zu kümmern.

Auch hier war ihnen Pfarrer Sieber zuvor gekommen. Mit seinen Erfahrungen aus der Obdachlosenbetreuung stürzte er sich in die Arbeit zugunsten der überwiegend jugendlichen Süchtigen. Er richtete Anlaufstellen für Hilfesuchende ein, schuf Notschlafstellen, ein Aids-Hospiz und Rehabilitationseinrichtungen – wie gewohnt im Hauruckverfahren und ohne Rücksicht auf Einwände, Bedenken oder gar amtliche Vorschriften. Als er Wohncontainer brauchte, fragte er nicht lange nach Genehmigung, sondern stellte die Container

dort auf, wo er es für richtig befand. Aus diesen Anstrengungen ging auch das Spital Sune-Egge zwischen Platzspitz und Bahngleisen hervor, das bis heute Obdachlose und Abhängige medizinisch und psychologisch versorgt.

Körperlich zerbrechlich, geistig topfit

Freunde machte sich der unbequeme Priester mit seinen Methoden nicht, schon gar nicht im bürgerlichen Lager. Dort glaubte man sich in seinen Zweifeln an dem unkonventionellen Geistlichen bestätigt, als dessen Sozialwerken in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre das Geld auszugehen begann. Schnell war man mit Vorwürfen zur Hand, dass Spendengelder vergeudet, verloren oder gar veruntreut worden seien. Die Wahrheit war einfacher: Papiere, Kontoauszüge, Abrechnungen waren Siebers Sache nie gewesen. Zudem hatte die Stiftung Sozialwerke eine Grösse erreicht, die ihm über den Kopf gewachsen war. Heute beschäftigt sie an die 200 Mitarbeiter. Sieber zog sich aus dem administrativen Tagesgeschäft zurück – und hielt seine Nachfolger trotz seines hohen Alters mit immer neuen Ideen und Aktionen auf Trab.

Man kann allerdings nicht sagen, dass ihn Geld nicht interessiert. Er ist sich bewusst, dass er ohne Spenden nur einen Bruchteil von dem hätte erreichen können, was er sich vorgenommen hatte. «Die Bereitschaft zu helfen ist gewachsen», betont er. «Wir haben eine Solidargemeinschaft in der Schweiz.» So gesehen sei die Schweiz ein wahrlich christlicher Staat, wie es schon die Verfassung postuliert.

Deren relevante Passagen hat Sieber genauso selbstverständlich im Kopf wie Bibelstellen, theologische Abhandlungen und Zitate aus philosophischen Werken. Körperlich mag er zerbrechlich wirken – geistig ist er topfit. «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen», heisst es in der Präambel der Bundesverfassung», zitiert er und erklärt, was das bedeutet: «Die Schweiz ist eine Willensnation, und das bezeichnet den Willen, für das Land da zu sein. Es bedeutet, dass der Einzelne nicht alles ist, sondern dass er für den Nachbarn da ist.» So betrachtet gehe es nicht ohne Geld; womit sollten sonst die Sozialämter arbeiten – «für die wir in der Schweiz uns loben können».

Doch Geld allein genüge natürlich nicht. «Man muss das Herz mitreden lassen», flüstert der alte Herr nun fast verschwörerisch ins Ohr des Reporters und zieht ihn am Arm aus der Sonne hinüber in den Schatten. «Was nützen Gesetze ohne einen Menschen, der anpackt?»

Als ob er selbst ein wenig darüber erschräke, wie ernst er jetzt doch wurde, schleicht sich am Schluss wieder der Schalk in seine funkelnden Augen. «Wissen Sie, auch Reiche sind zu retten», sagt er. «Das mit dem Geld ist so eine Sache. Als Pfarrer hatte ich so an die 45 Beerdigungen im Jahr. Ich habe in alle Särge hineingeschaut, und wissen Sie: In keinem war eine Tasche drin.»

Der helvetische Traum

Aus bescheidenen Verhältnissen hat er sich hochgearbeitet. Heute ist er mehrfacher Millionär, Abenteurer, Helikopterpilot und Sammler. Hans-Ulrich Lehmann ist eine der farbigsten Figuren im Nationalratswahlkampf. Von Florian Schwab (Text) und Tanja Demarmels (Bild)

Als das Wirtschaftsmagazin *Bilanz* den «Herrn der Handys» vor fünfzehn Jahren erstmals in die Liste der 300 reichsten Schweizer aufnahm, hatte dieser gerade eine bedrohliche Situation gemeistert: Ende der 1990er Jahre beschloss der Handyhersteller Nokia, den lukrativen Schweiz-Vertrieb selber zu übernehmen – Hans-Ulrich Lehmanns bisherige Domäne, durch die er zu Vermögen gekommen war. Wenige Jahre zuvor hatte er sich bis über die Ohren verschuldet, um sich die Vermarktungsrechte von Nokia zu sichern.

Was nun? Hans-Ulrich Lehmann nahm sein Glück erneut in die Hand und gründete die Firma Mobilezone, die kurz darauf an Hunderten von Standorten in der Schweiz erfolgreich Handys verkaufte. Während es mit Nokia nach der Jahrtausendwende zusehends abwärts ging, ging es mit Mobilezone stetig bergauf. Was erklärt den Erfolg des Ausnahmeunternehmers

«Einmal im Leben muss man ein Risiko eingehen, und das habe ich getan.»

aus dem Zürcher Unterland? Und warum zieht es ihn jetzt nach Bern, ins Epizentrum der schweizerischen Politik? Wir besuchen Hans-Ulrich Lehmann an seiner neuesten Wirkungsstätte, dem Hotel «Riverside» in Glattfelden.

Der Gebäudekomplex will so gar nicht zum trockenen Flair passen, das Seminar- und Tagungshotels meistens verströmen. An der Réception steht ein knallroter Ferrari – ein erstes Zeichen dafür, dass hier ein Exzentriker am Werk ist. Der Eigentümer kommt uns mit raschem Schritt entgegen, sportlich-leger gekleidet. Er trage nie eine Krawatte, sagt er zur Fotografin gewendet.

«Parteilos ist Wischibaschi»

Für die meisten war das Areal, auf dem wir uns befinden, eine Industriebrache, eingeklemmt zwischen dem Flüsslein Glatt, einem steilen Abhang und einer Autobahnbrücke. Schon bevor im Jahr 2005 die alte Spinnerei in Glattfelden-Zweidlen ihren Betrieb einstellen musste, stand der Ortsteil im Verruf, eine Art Schwammendingen des Zürcher Unterlandes zu sein: baufällige und heruntergekommene Häuser, die ein eher tristes Publikum anziehen.

Und dann kam er: Hans-Ulrich Lehmann, Selfmade-Multimillionär und aufgewachsen in der Region, wohnhaft auf der anderen Seite



Politisches Feuer: Unternehmer Lehmann.

Glattfeldens, der besseren. Vor zehn Jahren kaufte er gegen den Rat vieler das riesige Fabrikgelände. Das Herzstück, die alte Backstein-Fabrikhalle, sollte ein Tagungs- und Seminarhotel werden. Ihn reizten die Verbindung von Alt und Neu («Neues hat meist keine Seele») und der Industriezeitalter-Charme der Anlage: roter Ziegelstein, viel Schmiedeeisen.

Über fünfzig Millionen Franken hat er bislang in das Projekt investiert. «Eine Investitionsruine!», argwöhnten bald diese und jene Bedenkenträger: zu weit weg von Zürich, zu schlecht erschlossen – und erst die hässliche Autobahnbrücke! Sollte dem «Handy-König» sein unternehmerischer Instinkt erstmals ein Schnippchen geschlagen haben?

Von wegen. Heute beherbergt er in seinem «Riverside» jährlich rund tausend Grossanlässe für Firmen. Kost, Logis und moderne Seminartechnik, das volle Programm. Die Crème de la Crème der Schweizer Konzernlandschaft gibt sich die Klinke in die Hand. Heute ein Team-Wochenende der Schweizer Niederlassung eines kalifornischen Internet-Giganten, morgen eine Tagung der aus aller Herren Länder eingeflogenen Risiko-Spezialisten einer helvetischen Grossbank. «Die Firmen suchen das Besondere», so Hans-Ulrich Lehmann.

Ein zweiter Hotelkomplex, die «Riverlodge», befindet sich momentan im Bau. Der benachbarte Landwirt hat seinen Rekurs zurückgezogen, nachdem ihm Lehmann im letzten Advent einen Besuch abgestattet hatte und sie die Angelegenheit «in gutschweizerischer Manier am Tisch besprochen» hatten.

Zurzeit baut Unternehmer Lehmann auch noch an einer anderen Stelle: Zum zweiten Mal kandidiert er für die SVP für den Nationalrat. Auf dem – nach menschlichem Ermessen – aussichtslosen Listenplatz Nummer 20. Bereits vor vier Jahren folgte er dem Ruf Christoph Blochers und stellte sich für eine Kandidatur zur Verfügung. «Ein «Spinner» will nach Bern», titelte die *Weltwoche* damals. Eine Legislaturperiode später sagte er sich: «Einmal ist keinmal», und stieg erneut in die Hosen. Als Unternehmer möchte Lehmann vor allem unabhängig von irgendwelchen Interessen politisieren, «unbequem» sein. Mit wirtschaftlichem Sachverstand denen in Bern auf die Finger schauen. «Im Gegensatz zu vielen sind es nicht die 120 000 Franken Honorar, die mich reizen», so der Kandidat.

Lehmanns Nähe zur SVP hat zunächst familiäre Gründe. Schon sein Vater, ein gelernter Landwirt, sei Mitglied gewesen. Nein, in der Pole-Position ist Lehmann nicht ins Leben gestartet. Kein Wirtschaftsadel, sondern solides, konservatives Bürgertum vom Lande. Als er im Jahr 1998 als Parteilos in den Glattfelder Gemeinderat gewählt wurde, sagte er sich: «Parteilos, das ist Wischiwaschi», und trat der SVP bei. Acht Jahre lang blieb er in der Gemeindeexekutive. Man hat im Gespräch den Eindruck, dass sein parteipolitisches Engagement mindestens ebenso eine Angelegenheit des Herzens wie des Verstandes ist. Routiniert vertritt Lehmann die Inhalte des Parteiprogramms: Der Schweiz gehe es gut, weil sie nicht «Teil der Brüsseler Sauce» sei. Das Bankkundengeheimnis gelte es zu schützen, denn es diene dem Kunden. Die bilateralen Verträge mit der EU seien «überschätzt». Richtig leidenschaftlich wird Hans-Ulrich Lehmann bei den Sachthemen allerdings nicht. Das in ihm lodernde Feuer für die Politik kommt erst zum Vorschein, wenn es um die DNA des Landes und seines Erfolgs geht. «Jeder Schweizer sollte einmal eine 1.-August-Rede halten», findet Lehmann. Es gehe darum, sich immer wieder zu fragen, warum die Schweiz so erfolgreich sei. Die SVP sieht der Unternehmer als Ver-

körperung einer optimistischen und hemdsärmeligen «Jetzt erst recht»-Mentalität – als eine Partei, die an die Zukunft glaubt und sich von Widerständen nicht entmutigen lässt: die Haltung des Unternehmers eben. Viele Unternehmerkollegen würden SVP wählen, könnten dies aber nicht öffentlich sagen, so Lehmann.

Folgte die Demokratie den Gesetzen des wirtschaftlichen Erfolges, Hans-Ulrich Lehmann aus Glattfelden wäre so gut wie gewählt. Er hatte als Erster in der Schweiz eine vage Ahnung von der wirtschaftlichen Sprengkraft, die im Handy steckt. Im Jahr 1994, Lehmann war bereits verheiratet und hatte fünf Kinder, wurde er mit einem Projekt bei verschiedenen Banken vorstellig: Zehn Millionen Franken wolle er, um sich die Vertriebsrechte von Nokia für das Land zu sichern. Was er als Sicherheiten zu bieten habe? «Nichts.» Lehmann wurde mit höflichen Floskeln hinauskomplimentiert. Man werde ihn ein Jahr lang aufmerksam beobachten und sich das Ganze dann überlegen. «Ich hatte doch nicht ein Jahr Zeit!»

Lehmann trieb das Kapital privat auf und gründete die Handy-Vermarktungsfirma Mobilezone. Innert zweier Jahre war das Darlehen zurückbezahlt, und Hans-Ulrich Lehmann, Sohn eines Gefängnisaufsehers in der Strafvollzugsanstalt Pöschwies in Regensdorf, war ein ge-

Mit fast jedem Angestellten wechselt der Eigentümer ein paar freundliche Worte.

machter Mann. Das meiste, was er seither im Bereich Wirtschaft anfasste, wurde zu Gold. Im Bürokomplex auf der Schattenseite des Spinnereiareals arbeiten noch immer 250 Mitarbeiter für Hans-Ulrich Lehmanns diverse Firmen. Eine von ihnen, Lehmann hat sie erst kürzlich verkauft, betreibt das landesweit grösste Reparaturzentrum für namhafte Handy-Marken. Der Hausherr versteht sich als «Kollege» seiner Mitarbeiter. Den Chef hängt er nicht heraus. Auf dem Rundgang durch das «Riverside» grüssen Mitarbeiter und ein paar Stammgäste: «Guten Morgen, Hans-Ueli.» Mit fast jedem wechselt der Eigentümer ein paar freundliche Worte.

Neunzig Prozent Glück

Trotzdem merkt man sofort, wer der Chef ist: Lehmann hat eine laute Stimme und ein einnehmendes Naturell. Sein schneller, sicherer Gang durch die Hallen markiert auf eine Weise Präsenz, wie sie ein angestellter Direktor wohl kaum zustande bringen könnte. Klar, ist das «Riverside» doch seinem Geist entsprungen und widerspiegelt dessen Geschmack – auch wenn Lehmann natürlich einen Direktor angestellt hat, der sich um die Dinge des täglichen Geschäfts kümmert. Lehmann selbst hält sich für «nicht detailversessen». Er lässt die Leute machen. Als Unternehmer nimmt sich der ge-

standene Geschäftsmann nicht über Gebühr ernst. Sein Erfolg sei zu neunzig Prozent dem Glück und zu zehn Prozent dem eigenen Können geschuldet. Was ihn als Unternehmer auszeichne? «Einmal im Leben muss man ein Risiko eingehen, und das habe ich getan.»

Manch einer würde es vielleicht grossspurig finden, dass neben der Réception ein Ferrari aus Lehmanns weitläufiger privater Automobil-Sammlung ausgestellt ist. Man kann es aber auch als authentischen Ausdruck seiner Persönlichkeit sehen: Nach der Eröffnung des «Riverside» vor fünf Jahren hatte er spontan die Idee, seine weitherum verteilten Automobile hierherzubringen. Mehrmals jährlich wechselt er den Schwerpunkt der Ausstellung. Kürzlich waren ausladende amerikanische Karossen aus den 70er Jahren zu sehen, momentan sind es italienische Sportwagen. «Die Leute schauen gerne schöne Autos an», sagt Lehmann. Der Anblick von poliertem Chrom und Lack erfreue die Teilnehmer dröger Firmenseminare. Etliche Gäste kämen extra deswegen ins «Riverside».

Schnelle Autos sind nicht Lehmanns einziges exotisches Hobby. Vor ein paar Jahren hat er das Helikopter-Flugbrevet gemacht und besitzt seither einen Helikopter Modell Eurocopter EC 120, mit dem er Distanzen von bis zu 700 Kilometern zurücklegen kann – beispielsweise zu seinem Ferienanwesen am Gardasee. Vor ein paar Jahren, als dies sicherheitstechnisch noch zu verantworten war, flog er über die Ukraine nach Moskau an die Meisterschaften im Präzisionsflug. Angesprochen auf die Versuche des Schweizer Tüftlers Martin Stucki, einen Helikopter made in Switzerland auf den Markt zu bringen (*Weltwoche* 21/14, «Rotoren und Paragrafen»), beweist Hans-Ulrich Lehmann politischen Realitätssinn. Die europäische Luftfahrtbehörde EASA sei von den deutsch-französischen Herstellern des Eurocopter dominiert, die dem Projekt jeden erdenklichen Stein in den Weg legen werden. Sollte der Vogel aus Glarus dereinst trotz widriger Umstände auf den Markt kommen, wäre Hans-Ulrich Lehmann einer der ersten Kunden.

Man müsse sich vorstellen: Seit dreissig Jahren habe es bei den Helikoptern keine nennenswerten technischen Entwicklungen mehr gegeben, der Schweizer Heli wäre ein «technischer Meilenstein». Bei allen bisherigen Herstellern sei die Carbon-Leichtbauweise ein Fremdwort – dabei wisse jeder, dass darin ein grosses Potenzial stecke. Doch eben, das Kartell der Etablierten ... Andererseits: Wenn die angebliche Investitionsruine «Riverlodge» mittlerweile schwarze Zahlen schreibt, Hans-Ulrich Lehmann ohne Eigenkapital zehn Millionen Franken Wagniskapital für seine ersten unternehmerischen Schritte bekam – ja, warum sollte es für die Schweiz dann nicht ein Heil ohne die EU geben? Und warum sollte nicht der «Swisshelicopter» eines Tages doch noch abheben? Und: Warum eigentlich sollte Hans-Ulrich Lehmann nicht in den Nationalrat gewählt werden? ○

Rufmord nach amerikanischer Art

Die Baustellenblockaden der Gewerkschaft Unia und die via *Blick* lancierte Diffamierungskampagne gegen Gipser Kurt Goger waren in mehrfacher Hinsicht illegal. Zu diesem Schluss gelangten zwei Gerichte. Trotz der Rehabilitation erlitt der Unternehmer schwere Einbussen. *Von Alex Baur*

Vielleicht hätte er schweigen sollen, denkt der Gipser Kurt Goger heute manchmal, wenn er nachts in seinem Büro über den Akten brütet, die sich auf seinem Schreibtisch stapeln. Die Faust im Sack ballen – und zahlen. Einfach zahlen und schweigen, so wie es die meisten Unternehmer gemacht haben, die in den letzten Jahren in die Propagandamühlen der Gewerkschaft Unia gerieten. Doch Goger wählte den anderen Weg: Er setzte sich zur Wehr.

Die Kampagne, welche die Unia im letzten Februar in enger Zusammenarbeit mit dem Boulevardblatt *Blick* gegen die in Dietlikon ZH domizilierte Goger-Swiss AG lostrat, traf den Gipser aus heiterem Himmel. Die Attacken waren von einer Gehässigkeit, wie sie die Schweiz bislang kaum erlebt hatte. Der Vorwurf: Lohndumping und Betrügereien; angeblich mussten die Arbeiter, die in elenden Baracken hausten, einen Teil ihres Lohnes unter der Hand zurückzahlen (*Weltwoche* Nr. 21/15 – «Sie nennen ihn <Burger Kim>»).

Tagelang blockierten mit roten Jacken uniformierte Söldner der Gewerkschaft eine Goger-Baustelle nach der andern. Der *Blick* lancierte derweil ein publizistisches Trommelfeuer: «Lohnklau» – «Moderne Sklaverei» – «Bschiss» – «Gangster» – «Skrupellose Ausbeutung».

Goger-Swiss sollte vernichtet werden

Goger, der sich mit Fleiss und Disziplin in zehn Jahren vom Einmannbetrieb zum mittelgrossen und renommierten Unternehmer hochgearbeitet hatte, mochte das Feld nicht kampfflos räumen. Als die Gewerkschaft der Presse vermeintliche Zeugen vorführte, präsentierte er Gegenzeugen; er liess alle seine Mitarbeiter Erklärungen unterschreiben, welche die Vorwürfe als Lügen entlarvten; als drei ungarische Arbeiter die Gunst der Stunde nutzen und Goger erpressen wollten, stellte er diese auf die Strasse – unter dem Applaus der grossen Mehrheit der Angestellten notabene, die das üble Spiel erkannt hatten und zu ihrer Firma hielten. Obwohl in Medienangelegenheiten völlig unerfahren, stellte sich der aus Österreich stammende Kurt Goger auf *Tele Züri* einem Schlagabtausch mit dem kampferprobten Gewerkschaftsboss Roman Burger, der als Strippenzieher hinter der Kampagne steckte.

Vor allem aber wehrte sich Kurt Goger auch auf der rechtlichen Ebene gegen den scheinbar

übermächtigen Tsunami von Blockaden und Diffamierungen. Der Gipser hatte allerdings bald gar keine andere Wahl: Für ihn war es ein Kampf um Sein oder Nichtsein. Denn die Kampagne, die zum Teil von konkurrenzierenden Gipser-Unternehmen mitgetragen wurde, zielte auf Gogers Existenz. «Er soll keine Aufträge mehr bekommen», erklärte einer der involvierten Konkurrenten unverfroren. Goger-Swiss sollte vernichtet werden. Und anfänglich sah es so aus, als würde das gelingen.

Dazu muss man wissen: Generalbauunternehmer, welche die grossen Aufträge vergeben, fürchten Arbeitskämpfe mit der Unia wie der Teufel das Weihwasser. «Reputationsrisiko» ist das Zauberwort, mit dem die Kampfwerk-

Eine Verdächtigung zu widerlegen, ist viel schwieriger, als eine in die Welt zu setzen.

schaft die Bauherren an der Nase herumführt wie Tanzbären im Zirkus. Die Blockaden – egal, ob tatsächlich ein Missstand vorliegt oder nicht – hinterlassen schnell einmal ungedeckte Schäden in Millionenhöhe.

Kommt dazu, dass die Bauherren solidarisch haften für Unregelmässigkeiten bei den Lohnzahlungen der Subunternehmer. Dabei sind die Regelwerke, nach denen die Löhne berechnet werden, so komplex, dass man mit etwas bösem Willen immer einen strittigen Punkt findet. Da die Generalbauunternehmer für etwas haften, was sie gar nicht wirklich kontrollieren können, lassen sie eine Bude im Zweifel schnell einmal fallen und setzen auf einen

Konkurrenten. Das ist der giftige Mix, den die Unia bei ihren Kampagnen virtuos einsetzt.

Würden die Vorwürfe der Unia stimmen, hätte sich Kurt Goger strafbar gemacht, er könnte auch zivilrechtlich belangt werden. Doch die Unia ging wohlweislich nie rechtlich gegen den Gipser vor. «Solche Verfahren dauern Jahre, und wenn es einmal zu einem Urteil kommt, nützt es den Betroffenen nichts mehr», sagte Unia-Boss Burger im letzten Mai gegenüber der *Weltwoche*. Nach diesem Prinzip agitiert die Unia gegen Goger.

Roman Burger weiss: Eine Verdächtigung zu widerlegen, ist viel schwieriger, als eine in die Welt zu setzen. Trotzdem wählte der Gipser den steinigigen Weg der Rechtsstaatlichkeit und reichte unter verschiedenen Titeln diverse Klagen ein, sowohl gegen die Baustellenblockaden der Unia (die Gewerkschaft redet von «Stilllegungen») wie auch gegen die Kampagne des *Blicks*.

Immerhin: Bislang bestätigten die Gerichte Gogers Positionen weitgehend. Bereits im letzten März untersagte das Berner Handelsgericht der Unia in einer superprovisorischen Verfügung weitere Baustellenblockaden. Am 8. Juli 2015 bestätigte das Gericht die vorsorgliche Massnahme und stellte fest, dass die Unia-Söldner – entgegen ihrer eigenen Darstellung – die Goger-Arbeiter aktiv und auf unzulässige Weise am Betreten von Baustellen und am Arbeiten gehindert hatten. Die Blockaden der Unia seien darauf ausgerichtet gewesen, die Firma Goger auch finanziell zu schädigen. Das Verfahren läuft nun unter dem Titel «unlauterer Wettbewerb» weiter. Und das könnte für die Unia dereinst sehr teuer wer-



Kämpft um sein Unternehmen: Gipser Goger.



Ohne Rücksicht auf Verluste: Unia-Boss Burger.



Unlauterer Wettbewerb: konkurrierende Gipser besetzen zusammen mit der Kampfgewerkschaft Unia eine Baustelle in Zürich.

den, sofern sie für den angerichteten Schaden geradestehen muss.

Teuer könnte die Affäre auch für den *Blick* werden, den Kurt Goger ebenfalls wegen unlauteren Wettbewerbs eingeklagt hat. Mit Verfügung vom 22. September hat das Handelsgericht des Kantons Zürich nun eine ganze Reihe von rufschädigenden Unterstellungen verboten. So muss das Boulevardblatt Begriffe wie «Lohnklau», «üble Machenschaften», «Gangster», «skrupellose Ausbeutung» oder «moderne Sklaverei» in Bezug auf Goger aus seinem Kampffarsenal streichen; auch die Behauptungen, der Gipser würde seine Mitarbeiter «nach allen Regeln der Kunst über den Tisch ziehen», diese «bedrohen» und zu falschen Aussagen zwingen, sind unzulässig und unlauter. Das Boulevardblatt hat die diffamierenden Artikel in der Zwischenzeit aus dem Web genommen.

Trotz diesen Erfolgen sind in der Schweiz und in Ungarn verschiedene Verfahren hängig, mit denen Goger seine Kontrahenten für den erlittenen Schaden zur Rechenschaft ziehen will. Die Rechnung von *Blick* und Unia, die hofften, dass Goger bald die Luft ausgehen würde, wird wohl nicht aufgehen.

Wie Kurt Goger gegenüber der *Weltwoche* erklärt, hat die Diffamierungskampagne vorübergehend zu einem Einbruch der Aufträge geführt. Das Schlimmste scheint mittlerweile überwunden, doch die Zahl der Mitarbeiter wurde von 135 auf 110 abgebaut. Das ist nachgerade zynisch gegenüber den Arbeitern, de-

ren Interessen die Unia angeblich vertritt. Zur Absicherung seiner Mitarbeiter hat Goger Bürgschaften bei den Bauherren hinterlegt. Es geht dabei um rund 3,5 Millionen Franken, die trotz geleisteter Arbeit nicht an ihn ausbezahlt werden, solange die Anschuldigungen der Unia nicht vom Tisch sind. Allein die Tatsache, dass Goger über die dafür notwendigen Reserven verfügt, ist nicht selbstverständlich und zeigt, dass sein Unternehmen solide ist.

Der Fall zeigt exemplarisch die Problematik der streng reglementierten Löhne, welche im Zuge der Personenfreizügigkeit auf dem Bau eingeführt wurden. Der Arbeiter wurde damit faktisch entmündigt, der freie Markt ausgeschaltet. Der Normlohn wird in interpretationsbedürftigen Regelwerken bestimmt, die Angriffsflächen für Klagen bietet. Wo früher der Markt spielte, diktieren heute Funktionäre und Juristen das «gerechte» Salär. Diesen Graubereich nützt die Kampfgewerkschaft Unia für ihre Kampagnen gnadenlos aus.

Weitgehend risikofreie Selbstläufer

Die Unia funktioniert nach dem Vorbild amerikanischer Pressure-Groups. Im Zentrum der Aktivitäten stehen generalstabsmässig geplante und medienwirksam inszenierte Kampagnen, die auf angebliche Missstände hinweisen, vor allem aber Spenden oder Mitgliederbeiträge (Fundraising) generieren sollen. Die Kampagnen richten sich stets gegen exponierte Firmen, für die ein sauberes Image wichtig ist und

die deshalb leicht unter Druck zu setzen sind. Goger-Swiss war bis zur Unia-Kampagne zwar nur in der Branche bekannt. Doch sie war bei Grossprojekten von bekannten Bauherren wie SBB, Swiss Life oder Fifa tätig, die fette Schlagzeilen garantieren.

Inhaltlich drehen sich die Kampagnen nach amerikanischer Mache stets um einen wüsten Verdacht, der auf eingängige Schlagworte reduziert wird und der die Betroffenen erst einmal in die Defensive zwingt. Sollte sich der Verdacht später als unbegründet oder übertrieben erweisen, liegt der Fokus des öffentlichen Interesses längst auf dem nächsten vermeintlichen Skandal. Um den Schaden in Grenzen zu halten, lassen sich die Opfer deshalb in der Regel auf einen faulen Kompromiss ein. Der Rufmord – unbezogen, ob die Vorwürfe berechtigt sind – wird damit zum lukrativen und weitgehend risikofreien Selbstläufer.

Wie schwierig es für eine Firma ist, sich gegen eine professionelle Diffamierungskampagne zu wehren, zeigt das bereits erwähnte Urteil des Zürcher Handelsgerichtes. In der 65 Seiten dicken Begründung setzt sich der Einzelrichter unter anderem mit der Pressefreiheit auseinander, die es erlaubt, auch über einen unbewiesenen Verdacht zu berichten, ansonsten jede öffentliche Debatte im Keim erstickt würde. Wie und wann die Gerichte dereinst entscheiden werden, steht in den Sternen. Die meisten Firmen folgen deshalb dem Gesetz der Omertà: schweigen und zahlen. ○

Freundliche Abwehr

Es ist gar nicht so einfach, unkompliziert Hilfe zu leisten. Das Bündner Spital Schiers wollte dem Libanon über sechzig hochwertige Betten schenken. Wie die private Aktion in die Mühlen der Schweizer Humanitätsbürokratie geriet. *Von Peter Keller*

Das Spital Schiers ist für das Prättigau lebenswichtig – was man durchaus wörtlich verstehen kann. Es sorgt für die stationäre Gesundheitsversorgung eines ganzen Tals. Seit diesem Jahr erfreuen sich die Mitarbeiter und Patienten an neuen Räumlichkeiten. Der Spitaltrakt wurde komplett frisch errichtet. Auch ein grosser Teil der Einrichtungen und Geräte wurde ersetzt – und hier beginnt die eigentliche Geschichte. 61 Spitalbetten und fast so viele Nachttische sollten entsorgt werden. Wegwerfen kam nicht in Frage, da war sich die Spitalleitung einig. Die Betten waren zwar gebraucht, aber hochwertig und absolut funktionstüchtig. Neuwert: rund dreihunderttausend Franken.

Während zwanzig Jahren, zwölf Jahre davon als Präsident, engagierte sich der heutige Nationalrat Heinz Brand (SVP) im Stiftungsrat des Spitals. In seiner Funktion hatte er den Neubau begleitet und abgeschlossen und auf Ende 2014 das Präsidium abgegeben. Gleichwohl blieb er dem Projekt verbunden und nutzte die Gelegenheit, am Rande einer Veranstaltung der schweizerisch-südafrikanischen Handelskammer eine Botschafterin anzusprechen. Sein Anliegen war kurz und präzise: Die Betten waren für ein Spital im Libanon gedacht, nun fehlten noch rund 20 000 Franken zur Deckung der Transportkosten.

Die Botschafterin kontaktierte umgehend ihren Kollegen François Barras im Libanon und schilderte ihm Brands Anfrage. Auch hier folgte die Antwort postwendend, wobei die Ampel bereits auf Orange wechselte. Diplomatisch versiert, begrüßte der Schweizer Botschaftsvertreter das humanitäre Projekt («Ich freue mich über dieses Engagement»), um dann gleich mitzuteilen, dass die Summe von 20 000 Franken «die finanziellen Möglichkeiten» seines Budgets überschreite, zumal der Betrag fürs Jahr 2015 bereits eingesetzt worden sei.

Auf die Frage, ob die eidgenössische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) oder eine lokale Schweizer NGO für die Transportkosten einspringen könne, verlangte Botschafter Barras «ein paar nähere Angaben». Diese waren von praktischer Natur («Kann das Krankenhaus/Personal das Material unterhalten?») und reichten über bürokratische Formalitäten (Zollkosten und -formalitäten) bis hin zur politischen Korrektheit («Nimmt das Krankenhaus sämtliche Patienten auf, ohne diese dabei zu diskriminieren?»).

Zu diesem Zeitpunkt waren die Betten samt Nachttischen bereits in drei Grosscontainern

auf dem Weg in den Libanon. Die Zeit drängte, da das alte Spital von Schiers geräumt werden musste für den Abbruch. Der Direktor, Peter Philipp, nahm Stellung zu den offenen Punkten. Das Ain Wazein Hospital sei informiert über die Lieferung und könne die Betten «problemlos» unterhalten. Transport und Export/Import seien von der libanesischen Botschaft in der Schweiz organisiert worden, diese kümmere sich auch um die Zollformalitäten. Da auf der Handelsrechnung der Vermerk «free of charge» stehe, «gehen wir davon aus, dass es keinen Zoll zu bezahlen gibt».

Bund: 457 Millionen für humanitäre Hilfe

Auch was die mögliche Diskriminierung von Patienten angeht, kann Peter Philipp beruhigen: Sie hätten nicht ohne entsprechende Auflage geliefert. Die E-Mail endete mit einem hoffnungsvollen Appell: «Die Betten und Nachttische sind in einem tadellosen Zustand und werden in El Chouf gemäss Angaben des Botschafters dringend gebraucht.» Spitaldirektor Philipp hofft auf «eine wohlwollende Beurteilung».

Damit waren die ersten Bedenken zur Seite geräumt – um Platz zu schaffen für neue Bedenken, wie sich zeigen sollte. Nun kam die nächsthöhere Etage ins Spiel: die Deza. Während der Herbstsession wurde Heinz Brand für eine Sitzung mit Botschafter Manuel Bessler aufgebo-

ten, Chef des Schweizerischen Korps für humanitäre Hilfe (SKH). Auch hier habe freundliche Abwehr vorgeherrscht, sagt Brand. Man könne nicht einfach so eine Rechnung schicken, wurde ihm beschieden. Solche Aktionen müsse man anmelden, damit sie für das Budget im nächsten Jahr berücksichtigt werden könnten.

Um die Relationen aufzuzeigen: Es ging um eine Gratislieferung von 61 dringend benötigten Spitalbetten im Neuwert von dreihunderttausend Franken und im Gegenzug um die Übernahme von Transportkosten in der Höhe von 20 000 Franken. Das EDA hat 2014 im Bereich Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung und so weiter 2,567 Milliarden Franken ausgegeben – allein für humanitäre Hilfe 457 Millionen. Auch der Libanon wurde von den Deza-Offiziellen beglückt, wie die *Handelszeitung* aufzeigte. So finanzierte die Eidgenossenschaft ein Projekt zur Erfassung von «hydrometeorologischen Daten» (832 000 Franken) und ein weiteres Projekt «zur Unterstützung von Aktivitäten im Bereich der geschlechterspezifischen Gewalt im Libanon» (750 000 Franken).

Heinz Brand brach die Übung mit der Deza ab und organisierte den Transport anderweitig. Die Betten stehen heute im Ain Wazein Hospital im Einsatz. Trotz humanitärer Bürokratie.

Peter Keller ist Nationalrat (SVP) und freier Autor der *Weltwoche*.



Bedenken des Bundes: Spitalbetten aus dem Prättigau für den Libanon.

«Es könnte eng werden für das Spital»

Andreas Wüest hat im Auftrag von Krankenversicherern das mutmassliche Fehlverhalten von Arzt D. am See-Spital in Horgen untersucht. Die Rückzahlungen, die nun fällig werden, könnten das Spital in finanzielle Not bringen, sagt der Tarifexperte. *Von Alex Reichmuth*

Letzte Woche ist Walter Bosshard per sofort als Präsident der Stiftung See-Spital zurückgetreten. Hat Sie das überrascht?

Ja, denn Bosshard klammerte sich mit aller Macht an das Amt. Doch dann kamen letzte Woche die Massnahmen des Kantons Zürich und die Strafanzeige des Bundes gegen das Spital. Da hat Bosshard wohl eingesehen, dass er gehen muss.

Sie haben für mehrere Versicherer Abrechnungen von Arzt D. überprüft und dabei zahlreiche Fehler entdeckt. Wie gravierend sind die Missstände rund um den ehemaligen Leiter der Schmerzklinik?

Eine Übersicht habe ich nicht. Ich persönlich habe nur einige Beispiele beurteilt, im Auftrag der Versicherungen CSS, Helsana und Sanitas. Die Sanitas allein hat bis jetzt aber hundert Fälle gefunden, wo D. mutmasslich falsch abrechnete.

Bosshard und die Spitalleitung haben versichert, sie seien immer allen Hinweisen auf Missstände nachgegangen. Man habe nie Belege für Fehlverhalten gefunden – zumindest bis vor kurzem, als die *Weltwoche* berichtete. Ist das glaubwürdig?

Nein. Wie mir mehrere Ärzte versichert haben, wurden Bosshard und die Spitalleitung in den letzten Jahren mehrfach auf mutmassliche Missstände hingewiesen. Die Spatzen piffen es von den Dächern.

Arzt D. hat bei mehreren Patienten Injektionen an der Halswirbelsäule gemacht, ohne diese mittels Röntgengerät zu kontrollieren. Trotzdem hat er jeweils den Einsatz eines bildgebenden Verfahrens verrechnet. Das Spital hat nun versichert, dass D. bei dieser Methode die Gesundheit seiner Patienten nicht gefährdet hat. Stimmt das?

Es ist absolut unüblich, die Injektionen ohne bildgebendes Verfahren durchzuführen. Sie finden im Umfeld des Rückenmarks statt und sind nicht harmlos. Andererseits war D. ein erfahrener Facharzt. Ich traue ihm durchaus zu, dass er weitgehend gefahrlos gearbeitet hat. Um beurteilen zu können, ob eine Gefahr für die Patienten bestanden hat, müsste das Spital wissen,



«Wenig Spielraum»: Mediziner Wüest.

wie D. genau vorgegangen ist. Mir ist schleierhaft, wie man bei fehlender Dokumentation zum Schluss kommt, es habe keine Gefahren gegeben.

Auch die kantonale Gesundheitsdirektion hat solche Gefahren in Abrede gestellt.

Die Gesundheitsdirektion hat hier einfach die Schlüsse des Spitals übernommen. Das war voreilig. Denn immerhin endeten an einem anderen Spital im Kanton Zürich ähnliche Injektionen in zwei Fällen mit einer Querschnittslähmung.

Das Spital versucht nun, Ihnen die Schuld für die Missstände um D. in die Schuhe zu schieben. Sie hätten noch vor einigen Monaten den Fähigkeitsausweis von D. erneuert. Das sei «absolut nicht nachvollziehbar», schrieb das Spital letzte Woche.

Das ist ein unhaltbarer Vorwurf. Im Januar hat die Gesellschaft für interventionelle Schmerztherapie bei all ihren Mitgliedern abgeklärt, ob die Fachausweise weiterhin

gültig sein können. Dabei ging es aber nur um formelle Kriterien – wie etwa die notwendige Zahl der erfolgten Interventionen und die Fortbildungspflicht. Diese Kriterien hat D. erfüllt. Falsche Abrechnungen sind jedoch Sache des Rechnungsstellers, also des Spitals, und nicht der Fachgesellschaft, welche die Fähigkeitsausweise erstellt.

Mehrere Krankenversicherer verhandeln mit dem Spital über Rückzahlungen. Ein Vergleich mit Visana ist bereits zustande gekommen. Kann man abschätzen, wie gross der Schaden für das Spital insgesamt ist?

Allein die CSS spricht von mehreren hunderttausend Franken, ebenso Helsana. Der ganze Schaden könnte durchaus höher liegen.

Wird es für das Spital finanziell eng?

Das ist denkbar, denn Spitäler haben allgemein wenig finanziellen Spielraum. Wenn da eine höhere Rückzahlung fällig wird, kann das bedeutend sein. Wichtig ist auch die Frage, wem die Rückzahlungen zugutekommen. Viele Patienten haben ja mitbezahlt, über Franchisen und Selbstbehalte.

Sind nach dem Abgang von Walter Bosshard die Voraussetzungen für einen Neuanfang am See-Spital gegeben?

Nein. Dafür wären weitere personelle Wechsel nötig. Insbesondere Lorenzo Marazzotta, der jetzt Stiftungsratspräsident ad interim ist, hat keinen guten Eindruck hinterlassen. Noch im August hat er Belegärzten gegenüber alle Vorwürfe zurückgewiesen. Den konkreten Vorschlag einer Abklärung der Missstände durch einen unabhängigen externen Experten hat Marazzotta nur belächelt. Mir tut das Personal am Spital leid, das nun schon einige Zeit unter schwierigen Umständen arbeiten muss. Ich hoffe, dass der neue Stiftungsratspräsident, der noch nicht bekannt ist, mit allen offen zusammenarbeitet, statt sich autokratisch aufzuführen.

Andreas Wüest ist Rheumatologe und Tarifexperte in Wädenswil.



Das Ego fahren lassen: Fotografie «Stairway to Where?» von Michael O’Neill.



Die Om-Gemeinde

Von Beatrice Schlag

Sie sind ein eigenes Völkchen, die vorwiegend weiblichen Menschen mit der eingerollten Matte unter dem Arm. Wobei Völkchen eine herbe Untertreibung ist. Geschätzte 250 Millionen Menschen pilgern weltweit in Yoga-Studios, um sich körperlich und spirituell zu stärken und jene elastische, durchtrainierte, aber nie durch vulgäre Muskelpakete entstellte Figur zu bekommen, die man schon immer haben wollte. Sie hängen diversen Yoga-Schulen an, Kundalini, Ashtanga, Vinyasa, Bikram oder Iyengar (die sogenannten Möbel-Yogis, weil sie Hilfsmittel wie Holzblöcke oder Stühle einsetzen). Wenn sie miteinander ins Gespräch kommen, versuchen sie einander von der jeweils eigenen Schule zu überzeugen. Nicht anders, als wenn man Bekannte zum eigenen Hausarzt schicken will. Denn die Vorstellung, dass Yoga zwar machtlos ist gegen Krebs und Alzheimer, aber von Rückenschmerzen bis Panikattacken ungefähr alles andere heilen kann, ist inzwischen universal verankert.

Unter den Yoga-Schülern gibt es zahllose Stars, von Sting bis Jennifer Aniston, die das Hohelied von Hund, Kobra, Krähe, Bogenschütze und Krieger singen. Deswegen ist es nicht überraschend, dass Yoga-Anhänger Michael O'Neill, von dem das nebenstehende Bild stammt, in den USA erst als Prominentenfotograf bekannt wurde und dann begann, Fotos von berühmten Yoga-Schülern zu machen. Schliesslich konzentrierte er sich ganz auf die Yoga-Meister.

Im Januar 2012 verstaute erstmals während der grossen und noch immer anhaltenden Yoga-Euphorie einige Leute ihre Gummimatten im Keller. Damals sagte Glenn Beck im Magazin der *New York Times*, die meisten Leute sollten Yoga aufgeben: «Es ist einfach zu wahrscheinlich, dass es ihnen schadet.» Glenn Beck war in New York nicht irgend ein Yoga-Lehrer, sondern ein in Poona geschulter Iyengar-Schüler mit vierzigjähriger Erfahrung, eine lokale Yoga-Berühmtheit. Er sagte: «Indische Lehrer sassen den ganzen Tag mit gekreuzten Beinen da. Die Yoga-Stellungen entwickelten sich aus dieser Tradition. Jetzt kommen Stadtbewohner aus ihren Bürostühlen und üben Verrenkungen, obwohl sie nicht flexibel sind. Und die Studios pushen sie. Dabei geht es bei Yoga eigentlich darum, das Ego fahren zu lassen.» Das Ego forderte nicht nur Schüler. Seine Rückenoperation, sagt Beck, sei eindeutig eine Folge übertriebener Rückenübungen gewesen.

Michael O'Neill, H. H. Swami Chidanand Saraswatiji, Eddie Stern: Über Yoga – Die Architektur des Friedens. Taschen. 290 S., Fr. 64.90

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Jojo Moyes**: Ein ganz neues Leben (*Wunderlich*)
- 2 (2) **David Lagercrantz**: Verschwörung (*Heyne*)
- 3 (3) **Jussi Adler-Olsen**: Takeover. Und sie dankte den Göttern (*DTV*)
- 4 (-) **Jo Nesbø**: Blood on Snow. Der Auftrag (*Ullstein*)
- 5 (6) **Eveline Hasler**: Stürmische Jahre (*Nagel & Kimche*)
- 6 (4) **Hansjörg Schneider**: Hunkelers Geheimnis (*Diogenes*)
- 7 (5) **Paula Hawkins**: Girl on the Train – Du kennst sie nicht, aber ... (*Blanvalet*)
- 8 (8) **Lori Nelson Spielman**: Nur einen Horizont entfernt (*Fischer Krüger*)
- 9 (7) **Petra Ivanov**: Heisse Eisen (*Appenzeller*)
- 10 (9) **Guillaume Musso**: Nacht im Central Park (*Pendo*)

Sachbücher

- 1 (1) **Giulia Enders**: Darm mit Charme (*Ullstein*)
- 2 (2) **Guinness World Records 2016** (*Hoffmann und Campe*)
- 3 (3) **Annemarie Wildeisen**: Einfach Wildeisen (*AT Verlag*)
- 4 (4) **Per J. Andersson**: Vom Inder, der ... (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 5 (6) **Gabriel Palacios**: Lass dich einfach geschehen (*Cameo*)
- 6 (-) **Duden**: Die deutsche Rechtschreibung (*Bibliographisches Institut GmbH*)
- 7 (-) **Ajahn Brahm**: Der Elefant, der das Glück vergass (*Lotos*)
- 8 (8) **Christof Gertsch, Benjamin Steffen**: Ariella Kaeslin – Leiden im Licht (*NZZ Libro*)
- 9 (10) **Abby Smith**: Haare flechten (*MVG*)
- 10 (-) **Wilhelm Schmid**: Gelassenheit (*Insel*)

Quelle: SBVV/Mediacontrol

Apropos: Knausgård, intim

Für den norwegischen Schriftsteller Karl Ove Knausgård gibt es Tabuzonen. Obwohl er in seiner gefeierten Romanserie «Min Kamp» auf fast 4000 Seiten die hintersten Winkel seines Familien- und Liebeslebens ausleuchtet, würde er etwas bestimmt nie beschreiben, sagte er während seiner Lesung in Zürich: den sexuellen Akt als solchen. Nicht etwa, weil dies zu anspruchsvoll wäre. Sondern weil er es nicht richtig fände, das Verhalten einer Frau in ihrem intimsten Moment öffentlich zu machen. Knausgård hielt inne, überlegte kurz und revidierte seine eben gemachte Aussage gleich wieder: Einmal habe er es doch getan. Das sei aber lange her, und für die Leserschaft sei es unmöglich herauszufinden, um wen es sich handelte. Dem weiblichen Publikum im Saal entlockte er damit ein Raunen der Erleichterung. Oder war es enttäuscht? (bb)

Literatur

Liebe in Zeiten der Nazis

Martin Amis hat ein Buch über den Alltag in Auschwitz geschrieben. Hier spricht er über die Banalität des Bösen, die Verdrängungstaktiken der deutschen Ehefrauen und darüber, warum man die Nazis besser verlachen sollte. *Von Sarah Pines*

Kein lebender britischer Autor steht im Rampenlicht wie Martin Amis. Er ist Mann für alles beim öffentlichen Kommentar – Tennis, Pornografie, Islamismus, Demografie, Nuklearwaffen –, er wird für seine Äusserungen angefeindet, verlacht, verehrt. Ein Provinzfest der Feindlichkeit umgibt ihn, sagte Amis einmal. Man empört sich über seinen Narzissmus («Mein Talent erscheint mir vollkommen und kraftvoll»), seinen Reichtum (20 000 Pfund gab er für das Richten seiner Zähne aus), seinen satirischen Schreibstil. Mit seinem neuen Roman «Interessengebiet» (2015) – einer Liebesgeschichte zwischen Nazis in Auschwitz – setzt sich die Entrüstung fort. Der Tenor, vor allem im deutschen Sprachraum: Das Buch gebe den Holocaust der Lächerlichkeit preis, verkehre Auschwitz in eine Strassenkomödie, eine Büroangelegenheit sexueller Rivalität zwischen Männern des mittleren Managements; deutsche Verlage hätten recht daran getan, das Buch nicht zu publizieren.

Doch Amis' Anliegen ist komplexer. Mit warmer, liebenswürdig murrender Stimme, aufgespult wie die Ansage eines Filmvorspanns, erklärt er: Der deutsche Autor W.G. Sebald habe einst gesagt, kein ernster Mensch solle je über etwas anderes nachdenken als über den Holocaust. Er stimme zu. Warum? Nun, fährt Amis fort, keine Zeit der Geschichte fasziniere und stosse so sehr ab, gebe aber gleichzeitig solche Rätsel auf wie jene des Nationalsozialismus unter Hitler. Die Unbegreiflichkeit der Nazi-Taten erlaube gemäss dem Auschwitz-Überlebenden Primo Levi kein abschliessendes Urteil, das Nachdenken darüber könne aber neue Facetten zutage bringen, auch für ihn sei es so gewesen.

Hemmungslose Lulatsche

Tatsächlich: Das KZ-Leben scheint Amis wie ein Strand. In «Kalifornien» – der von ihm in «Interessengebiet» gewählte Spitzname für Auschwitz – tummeln sich die Nazis und versuchen, trotz Gestank, Geschrei und Tod so viel Spass zu haben, wie es irgend geht. Golo Thomsen, SS-Offizier, Aufseher über den Bau der Auschwitz angegliederten Buna-Werke, verliebt sich in Hannah, die Frau des Kommandanten Doll. Dieser ist ein dicker Trunkenbold, dessen Untergebene überladene Wagner-Namen tragen – Frithuric, Suitbert, Waltraut, Xonra –, Festbankette schmeissen («vollgekotzte Servietten, umgekippte Flaschen, Zigarettenkippen senkrecht im Pudding»), während die Gefangenen

verhungern. Für Amis verkörpern Nazis keine klassisch-kantige Turn- und Sportfestästhetik in Schwarz-Weiss-Rot, haben wenig mit Kontrolle oder kühler Reserviertheit zu tun. Vielmehr sind sie rahmblonde, hemmungslose, von braunem Kitsch umgebene Lulatsche.

Warum aber diese Lächerlichkeit? Ein Beispiel: An einer Stelle im Buch kommt ein Zug mit Deportierten im KZ an; diese werden von Doll empfangen:



Leerstelle Hitler: Schriftsteller Amis.

In diesem Augenblick löste sich die gekrümmte Alte aus dem zaghaften Gewusel der Ankömmlinge und kam wie eine hastende Krabbe beunruhigend flink auf uns zugehumpelt. Vor kaum beherrschtem Zorn am ganzen Leibe zitternd, fragte sie (in recht ordentlichem Deutsch):

«Haben Sie hier das Sagen?»

«Jawohl, Madam.»

«Ist Ihnen klar», fragte sie mit bebendem Kinn, «ist Ihnen klar, dass es in diesem Zug keinen Speisewagen gab?»

[...]

«Kein Speisewagen. Barbarisch.»

«Rein gar nichts. Nicht einmal in der 1. Klasse!»

«Nicht einmal in der 1. Klasse? Ein Skandal.»

«Wir hatten nur den Aufschnitt, den wir selbst mitgenommen hatten. Und dann ist uns noch fast das Mineralwasser ausgegangen!»

«Ungeheuerlich.»

«Was gibt es da zu lachen? Sie lachen. Warum lachen Sie?»

Ein schrecklicher Gedanke: Bedeutet hier das Schmunzeln mancher Leser nicht instinktive Empathie gegenüber den Nazis? Amis ist entschlossen: nein. Sein Buch befördere nicht das Lachen aufgrund alberner Freude, sondern das bittere, herablassende Lachen der Satire. Denn: «Der Bösewicht hasst nichts mehr, als verlacht zu werden, es schmerzt ihn, satirisches Lachen ist die beste Form der Strafe.»

Nachdem Hannah Arendt 1961 in Jerusalem den Gerichtsprozess gegen den SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann verfolgt hatte, verfasste sie einen berühmten Bericht, in dem sie den Gedanken entwickelte, dass erst der blinde Gehorsam der Deutschen, welche Befehle mit der Pedanterie von Bürokraten befolgt hatten, die Terrorherrschaft der Nationalsozialisten ermöglicht habe. Eichmann, so sah

»» Fortsetzung auf Seite 62

Jazz

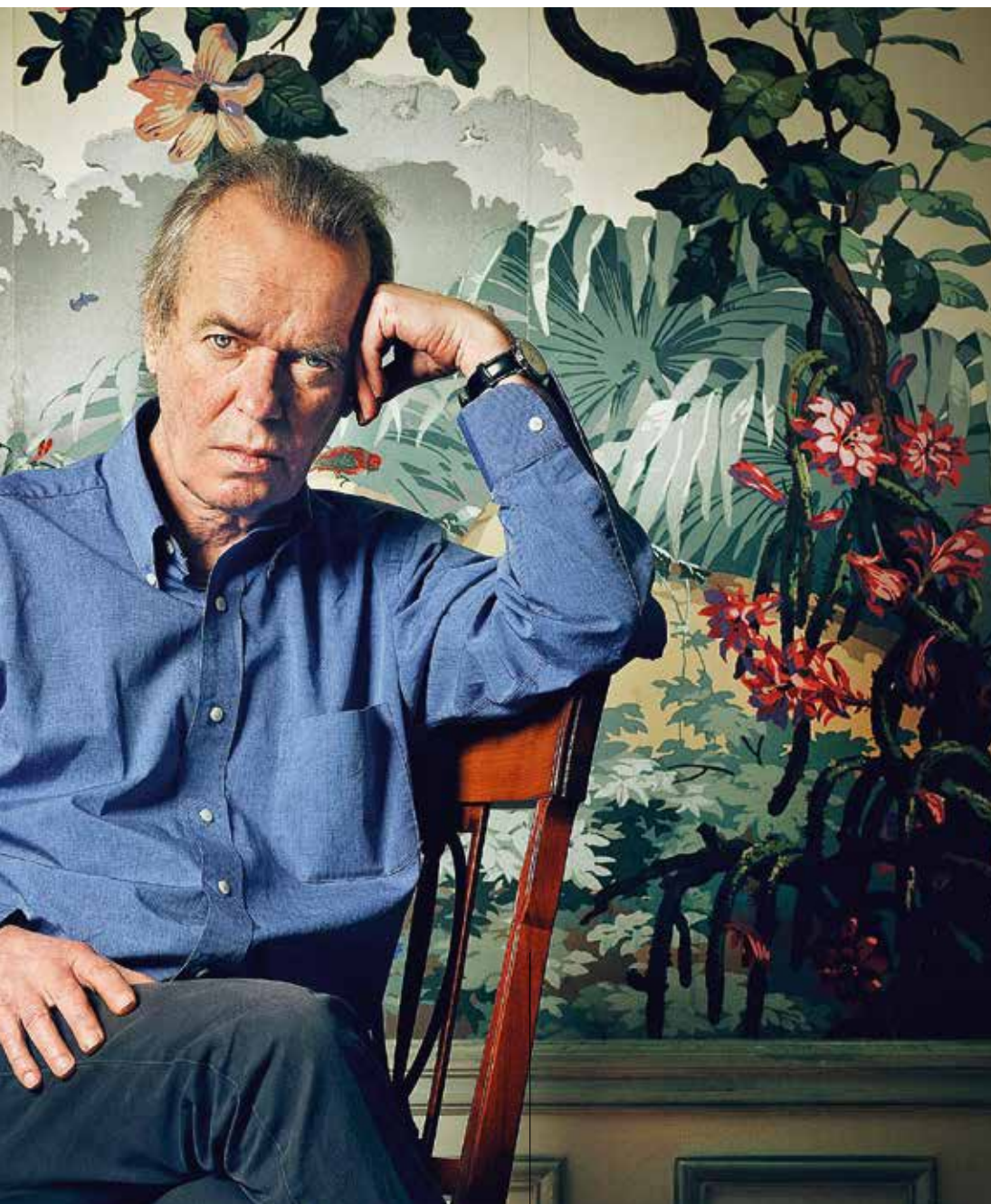
Die gerettete Zunge

Von Peter Ruedi

Eberhard Weber, geboren im Januar 1940 in Stuttgart, gehört zu jenen Jazzmusikern, für die Komposition und Improvisation zwei Seiten einer Medaille sind. Er dachte in grösseren Strukturen, wenn er auf dem sehr besonderen Bass seine ans Herz greifenden Melodie-linien erfand (und gelegentlich mit dem Synthesizer harmonisierte), und seine Kompositionen waren aus dem glücklichen Moment, dem improvisierten Einfall fortentwickelte grössere Formen. So ist der Instrumentalist Weber vom Komponisten nicht zu trennen, der unvergleichlich singende, sinnliche Sound des selbstentwickelten elektroakustischen Instruments, ätherisch und mächtig zugleich, ist das Zentrum all seiner Erfindungen. So traf ihn der Hirnschlag, der ihn 2007 überfiel und linksseitig lähmte, im Kern seiner Kunst: «Wie ich meine Kompositionen analysierte, stellte ich fest, dass ich, wenn immer ich schrieb, dies zusammen mit meinem Bass tat. Ich realisierte, ich brauchte meinen Bass. Was tun?» Die Antwort: sich als den zu entdecken, der er vor dem Unglück einmal war. Aus den Hunderten von Auftritten in der Gruppe von Jan Garbarek blieben viele der Basssoli erhalten, die er regelmässig zwischen den einzelnen Konzertblöcken spielte. Aus ihnen entwickelte er in zwei CDs seines Hauslabels ECM, sozusagen in einer *conversation with himself*, eigentliche neue Kompositionen, auf «Résumé» (2013) teilweise zusammen mit Jan Garbarek und Michael DiPasqua, auf «Encore» (2015) mit Ack Van Rooyen. Auch die imposante «Hommage à Eberhard Weber», zu der sich im vergangenen Januar Jan Garbarek, Gary Burton, Scott Colley, Danny Gottlieb, Paul McCandless, Michael Gibbs, Helge Sunde und die SWR Big Band in Stuttgart zusammenfanden, verdiente den Canetti-Titel «Die gerettete Zunge». Kernstück ist ein mehr als halbstündiges Werk von Pat Metheny, in welches der Gitarrist auf die Rückwand der Bühne projizierte Videos des improvisierenden Weber integrierte. Ein genialer Einfall eines ungemein vielfarbigem Konzerts auf höchstem Niveau. Nicht für den, mit dem über die Aufzeichnungen auch musikalisch präsenten Eberhard Weber.



Hommage à Eberhard Weber.
ECM 2463 6025 4732344(6)



es Arendt, war zu kritischem Denken unfähig gewesen. Die stumpfe, prokuristenhafte Selbstverständlichkeit, mit der er die Ermordung von Menschen angeordnet hatte, machte für Arendt die Banalität des Übeltäters aus. Und für Amis?

Nun, genau das sei die neue Facette, von der er eben gesprochen habe. Ihn fasziniere der Alltag, in dem die Nazis ihren blinden Glauben auslebten, die Kombination aus menschlichen, ja banalen Handlungen und unmenschlich grausamem Tun. Hitler oder Goebbels, der einfache Mitläufer, das Parteimitglied, der geheime Anhänger, die Figuren seines Romans – alle hatten auch ein Alltagsleben, waren Väter, Ehemänner, trugen Verantwortung gegenüber Familie, Kindern. Wie lebt es sich, wenn eine hasserfüllte Ideologie wie der Nationalsozialismus «Persönlichkeiten, Herzen, Seelen deformiert, zerstört»? Wie kann man sich noch verlieben, rauchend beim Gartenplausch zusammensitzen, wie kann man, umgeben vom Todesgestank, ans Essen denken, Rollmöpfe oder Schinkenbrote verspeisen, die Kinder zum Ponyreiten ausführen, durch Berge von Toten hindurch – dass dies alles tatsächlich ging, habe er darstellen wollen.

«Nicht alle von uns sind Übermenschen»

Zwei Figuren hätten ihn inspiriert: der ehemalige Auschwitz-Kommandant Rudolf Höss, dessen Memoiren anschaulich machten, «mit welcher Kraft ein fantasieloser, dummer Mensch sich selbst überzeugen konnte, das Richtige zu tun». Genauso Gerda, die einfältige, fanatische Frau von Hitlers Privatsekretär Martin Bormann, stets damit beschäftigt, ihre neun Kinder nach Paten oder Kriegstaten der Nazis zu benennen, dann wieder umzubenennen.

Herdenmentalität, blinder Gehorsam, fehlende Selbsterkenntnis – an einer Stelle des Buches sinniert Doll: «Nicht alle von uns sind Übermenschen, ganz und gar nicht; und es gab Augenblicke im Laufe dieser unserer grossen Anstrengung [...], in denen mich ein alpträumhafter Taumel von Schwäche und Zweifel angewandelt hat. Jetzt nicht mehr. Ach, Recht behalten ist süß. Wir haben also doch recht!» Ob dies für Amis die typische Verdrängungstaktik der Nazis sei, dieses Andenken, aber Nie-zu-Ende-Denken des eigenen Tuns? Richtig. Es gebe ein Buch, welches die transkribierten Tonbandstimmen von unzähligen Frauen im Deutschen Reich enthalte. Die Sprache dieser sich erinnernden, oft antisemitisch denkenden, Hitler verehrenden Frauen, die sich ihre Denkfehler nicht eingestehen wollten, gleiche der von Höss: wenig Gefühl für die eigene Grausamkeit, ein Reden in Auslassungen, Wiederholungen, unabgeschlossenen Gedanken, die gleich wieder verdrängt werden – immer nur am Rande der Erkenntnis. Dies



Raffinement oder Dummheit?

wolle er in seinem Buch überspitzt zeigen: statt Selbsterkenntnis «unzählige, immer verrückter werdende Schichten von Wahnsinn und Verblendung».

Und die Klügeren damals? Amis überlegt kurz. Diese hätten mit einem zynischen «inneren Exil» reagiert, der Abwendung von der Gesellschaft, dem Rückzug in sich selbst. Amis vermutet, dass er diesen Weg auch gewählt hätte. «Ich wäre kein Mitläufer gewesen.» Ob er denn diese Frage wirklich richtig beantworten könne? Wäre er Deutscher, dann nicht mit absoluter Gewissheit; als Brite sei es leichter. Der Zweite Weltkrieg war aus Sicht der Alliierten ein Verteidigungskrieg, er sei sich also sicher, dass er sich ohne Zögern und Zweifeln den Truppen gegen Nazideutschland angeschlossen hätte, wie sein Vater damals.

Und was ist mit Hitler? Amis teilt die Ansicht, dass keine historische Figur derart konsterniert. Ob sich dessen Unbegreiflichkeit aus Raffinement oder Dummheit ergebe? Amis beginnt vage. Das Rätsel Hitler lasse sich nicht lösen, er denke auch nicht, dass dies in Zukunft geschehe. «Viele Frauen zum Beispiel vergötterten Hitler, wollten ihn heiraten – deswegen sagte er auch, er könne nie eine Ehe eingehen, er wolle ja niemandes Hoffnungen enttäuschen.» Dabei hätten diese Frauen noch nicht einmal gewusst, ob Hitler ein Sexualleben habe, nicht vielleicht Jungfrau sei. Selbst Stalins sexuelle Präferenzen habe man gekannt, der Schlüssel zum Verstehen anderer Menschen sei eben auch die sexuelle Identität. Doch über Hitler wisse man diesbezüglich nichts, man könne ihn nicht einordnen wie andere Menschen; er sei ein absolutes Mysterium. Leerstelle Hitler: Ist dies der Grund, warum Amis den Namen in seinem Buch nicht erwähnt? Amis lacht leise. Nein, dies sei eine persönliche Macke; die Verwendung des Namens Hitler scheine ihm in einem Roman nicht angebracht zu sein, das sei zu krass, zu vulgär – stattdessen nenne er ihn «Kanzler» oder «Reichskanzler».

Amis beendet seinen Gedanken: Nicht nur Frauen – der Grossteil der deutschen Nation empfand ein Leben ohne den Nationalsozialismus als unwert. Nach Hitlers Kriegserklärung an die USA schrieb Churchill, dass er in der Nacht darauf den reinsten, tiefsten Schlaf seines Lebens geschlafen habe. Nur die Deutschen verstanden nicht, dass sie den Krieg verlieren würden, sie kämpften leidenschaftlich für Hitler bis zum bitteren Ende. Dieses psychopathische Verhältnis zwischen Hitler und seinen Anhängern zu ergründen, sei die Aufgabe der Zukunft.

Gab es Liebe in Auschwitz?

Bereits 2006 habe er in einem Interview gewarnt: «Der Islamismus wird Auffangbecken für jeden Möchtegern-Wahhabiten [strenggläubiger Sunnit] werden, jeden Walter Mitty [Romanfigur, die sich ein Soldatenleben erträumt], jeden funktionierenden Schizophrenen, jeden zügellosen Antisemiten [...]. Seit einem Jahrhundert wächst eine Wut im Islam, die hofft, durch Gewalt Überlegenheit zu erlangen.» Hierzu eine neue, alte Szene: junge Männer, die sich auf der Strasse harmlosen Passanten nähern, deren Kleidung, Aussehen, Gebaren begutachten, sie lächelnd, vielleicht mit einem Augenzwinkern, einem kleinen Schulterklopfen warnen, das nächste Mal die Etikette besser einzuhalten. Ähneln IS-Kämpfer, welche in den Strassen von Raqqa patrouillieren, nicht Berlins Jungnazi-Gruppen? Ja, antwortet Amis, durchaus: Die einen kämpften um Lebensraum für die arische Nation, also darum, das «Krebsgeschwür Judentum» auszurotten; die anderen begründen im Namen Allahs ein Kalifat, interpretieren den Islam «auf verschwurbelte Weise, um fast alles rechtfertigen zu können. Selbst die Vergewaltigung von Sklavenmädchen wird zu einer Art, Allah zu gefallen.» Eine Ideologie, wie es der Nationalsozialismus war? Amis ist sich nicht sicher, «weil der Islamische Staat so ein verrückter Mischmasch verschiedenster Ideen ist, aufgrund deren Schwächlinge, Nullen sich zu Grösse aufschwingen, es geniessen, wenn Leute sich vor Angst krümmen, wenn sie vorübergehen.» In dieser Art zu geniessen aber glichen sie den Nazis.

Warum lässt Amis diese Welt fanatischer Grausamkeit mit Liebe auf den ersten Blick beginnen? «Ich habe mich immer gefragt, ob Liebe in einer solchen Welt – in Auschwitz – möglich war, und ich denke, die Antwort ist: nein. Dort gab es keine Hoffnung auf Liebe.» – «Überlegen Sie, wie entsetzlich es wäre, wenn aus jenem Ort etwas Gutes entstehen würde», bemerkt Hannah zu Golo am Ende des Romans. Ja, das war der entscheidende Gedanke – «an einem Ort wie diesem verdient man keine Liebe, zumindest für eine Weile, für eine lange Zeit nicht». Wieder lacht Amis leise.

Martin Amis: Interessengebiet. Kein und Aber. 416 S., Fr. 33.90

Umfassende Empathie

Gottfried Schatz war weit mehr als ein erfolgreicher Biochemiker, er war auch Geiger und Schriftsteller. Schatz näherte sich der Welt mit der Fantasie eines Künstlers. *Ein Nachruf von Hans Hollmann*



«Woher kommt der Mensch?»: der Gelehrte Gottfried Schatz.

Er war ein besonderer Mensch. In meinem Leben bin ich bedeutenden Dichterinnen und Malern, Schauspielerinnen und Bildhauern, Komponisten, Dirigenten und Sängern begegnet, anerkannten Wissenschaftlern; ich traf auf bedeutende Ärzte und Juristen, auf waghalsige Unternehmer, und ich sprach mit erfolgreichen Politikern. Doch dieses Besondere, das Gottfried Schatz ausstrahlte, das Erlebnis, das er bot, verblüfft. Vor einer bisher noch nicht angetroffenen Art Mensch zu stehen, das Abenteuer, einen anderen auf völlig neuen Gedankenwegen zu begleiten, gab es in meinem Leben nur drei Mal. Die beiden anderen waren mit Elias Canetti und Giuseppe Sinopoli. Und seltsam: Auch sie waren Naturwissenschaftler, Canetti Chemiker, Sinopoli Mediziner.

«Ich wage es, den Stiftungszweck der Universität Wien für mich selbst wie folgt zu interpretieren: Die Universität möge Menschen das Vertrauen in den eigenen Verstand geben und sie ermutigen, allgemein akzeptierte Dogmen und vorgefasste Meinungen zu hinterfragen.»

Am 13. März 2015, anlässlich der 650-Jahr-Feier der Universität Wien, hielt Gottfried Schatz den Festvortrag. Vor dem anwesenden offiziellen Österreich wünschte er mit grossem Charme eine andere Universität:

«... dass in dem eben zitierten Kernstück von Rudolfs Stiftungsurkunde das Wort <Wissen> fehlt, finde ich bemerkenswert. Die Gründer

der Wiener Universität setzten also nicht so sehr auf Ausbildung, sondern auf Bildung. Doch was ist Bildung? Bildung ist Bescheidenheit und Offenheit gegenüber Neuem. Der Weg zu ihr führt zwar über das Wissen, doch sie hat mit diesem nur wenig gemein.»

Sein Wissen war enorm. Nicht nur wurde er *sub auspiciis praesidentis* promoviert – das ist die höchstmögliche Auszeichnung von Studienleistungen in Österreich, eine seltene Ehrung –, Gottfried Schatz' Wissenshunger über sein Fach hinaus hielt lebenslang an. Er war unstillbar, es gelüstete ihn bis zuletzt nach unbekannter Welt. Bei unseren Spaziergängen im Baselbiet schenkte er mir nie erhaltene Einblicke in die Natur, mich zapfte er über Literatur, Oper und Theater an. Er wollte den inneren Prozess des Spielens, die Psyche des Schauspielers, aber auch alles über das System Theater erfahren. Wir kamen drauf, dass manche sinnlosen Strukturen und grotesken Abläufe im Kulturbetrieb jenen an den Universitäten gleichen, dass hier wie dort ähnliche Figuren erfolgreich bremsen.

«... in der Realität des wissenschaftlichen Alltags beschäftigen sich die meisten Wissenschaftler mit dem Verwalten und der Weitergabe von Wissen, und nur eine kleine Minderheit, nämlich die aktiven Forscher, verwandelt Unwissen in Wissen. Und in dieser Minderheit ist es wiederum nur eine winzige Elite, der es vergönnt ist, das höchste Ziel eines

Wissenschaftlers zu verwirklichen. Dieses Ziel ist, neues Unwissen zu schaffen. [...] Wissenschaft missachtet Dogmen und verunsichert, darin innovativer Kunst gleich: Deswegen unterdrücken totalitäre Staaten stets beide.»

Kunst? Allerdings. Gottfried Schatz war auch Künstler, er war Geiger. Er war Biochemiker, und er war Geiger. Geigend nicht nur zum Feierabend, er war professionell zum Streicher ausgebildet, war Substitut im Orchester der Wiener Volksoper und im Grazer Opernorchester; hier hatte er einmal sogar unter Karl Böhm gespielt. Eine Zeitlang hatte er geschwankt, welchen Weg er gehen sollte, den der Wissenschaft und/oder den der Musik. Er ist im Grunde beide gegangen. War es das, was ihn zum Besonderen machte? War es die freie, undogmatisch experimentierende, von Fantasie bestimmte, die künstlerische Annäherung an die Welt der Mitochondrien, war es der Künstler, der er auch war, der den Wissenschaftler so erfolgreich machte? Und Schatz, der Künstler, das war nicht nur Schatz, der Geiger. Die drei Essaybände, die aus seiner weltbekannten zellbiologischen Forschung entstanden sind – «Jenseits der Gene», «Feuersucher», «Zaubergarten Biologie» –, sind keine populärwissenschaftlichen Texte, sie sind in unverwechselbarem Tonfall und in zwingender Rhetorik formulierte Literatur. 2014 erschien sein letztes Werk, der Roman «Postdoc».

Abermilliarden winziger Feuer

Man sollte auf «Universität Wien» klicken, dort ist die ganze Rede, aus der ich zitierte, noch abrufbar. Mehr als jeder Nachruf es vermöchte, erzählt sie über den Menschen Schatz und dessen umfassende Empathie. Noch vor ein paar Wochen war eine seiner letzten künstlerisch-wissenschaftlichen Unternehmungen, noch einmal zu tun, was er so oft getan hatte: Er verkleidete sich als Zauberer und zauberte in einem Kindergarten chemisch-physikalische «Wunder» für die begeisterten Kleinen.

«Gott?», fragte ich ihn einmal. «Gott kann ich nicht denken», antwortete er ein wenig gereizt. «Aber die Musik, die Poesie, die Liebe, das ist doch reale Gegenwart Gottes?» – «Das musste so sein», meinte er, «das ist Evolution, als die Vögel zu singen anfangen, fing Musik an zu entstehen. Auch Mozart ist Kosmos.»

Allerdings, eines seiner Essays endet mit den Worten: «In uns glimmern Abermilliarden winziger Feuer – Abglanz längst verloschener Sternenfeuer aus den Weiten des Universums. Wir sind Glieder einer kosmischen Kette, in der nicht nur für Sterne, sondern auch für uns jedes Ende auch ein Anfang ist.» Und der Titel seines letzten Vortrages lautete: «Woher kommt der Mensch, und wohin geht er?»

Es bleibt der Dank an ihn.

Hans Hollmann ist Regisseur und Schauspieler. Der gebürtige Österreicher war von 1975 bis 1978 Direktor des Theaters Basel.



Falsche Anreize im Wissenschaftssystem.

Universitäten

Mit Nonsens zur Exzellenz

«Sauerkrautsaft macht fremdenfeindlich!» Warum Experimente in den Sozialwissenschaften zu immer mehr unsinniger Forschung führen. *Von Mathias Binswanger und Jonas Baumann (Illustration)*

Wer Sauerkrautsaft trinkt, neigt zu fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungen und zeigt sich gegenüber Behinderten weniger solidarisch: Das haben jüngst Forscher um Professor Claude Messner vom Institut für Marketing und Unternehmensführung an der Universität Bern herausgefunden und im Juli dieses Jahres in der Zeitschrift *Psychology* («Nazis by Kraut: A Playful Application of Moral Self Licensing», *Psychology* 6, S. 1144–1149) publiziert. Grundlage dieser Erkenntnis bildete ein Experiment: Von 111 Studenten erhielt ein Drittel Sauerkrautsaft, ein Drittel Nestea und ein Drittel nichts zu trinken. In der anschliessenden Befragung unterstützten die Sauerkrautsaft-Trinker häufiger Aussagen wie «Ausländer, die in der Schweiz leben, belasten unser Sozialsystem». Dieses Ergebnis wird dann als ein «Beweis» für «Moral Licensing» interpretiert. Wenn man etwas Gutes tut (in diesem Fall für die eigene Gesundheit, da Sauerkrautsaft als

besonders gesund gilt), dann kompensiert man dieses Verhalten nachher, indem man das Gefühl hat, man hätte jetzt das Recht, sich auch unmoralisch zu verhalten, und dürfe deshalb jetzt fremdenfeindlich reagieren.

Der ideale Professor

Als normal denkender Bürger würde man zwar vermuten, dass Menschen, die Sauerkrautsaft trinken müssen, nachher einen übersäuerten Magen haben und deshalb der Welt generell etwas unfreundlicher gesinnt sind. Aber mit so naheliegenden Erklärungen gibt sich die Wissenschaft nicht ab. Um das festzustellen, brauchte es ja kein Experiment. Also muss eine Erklärung her, die, wenn sie nicht in einer wissenschaftlichen Zeitschrift publiziert wäre, kein vernünftiger Mensch je ernsthaft in Erwägung ziehen würde.

Dieses Beispiel zeigt eindrücklich, wie in der Wissenschaft immer mehr Unsinn erforscht

wird. Es werden Antworten auf Fragen gegeben, die niemand gestellt hat und deren Antworten auch niemand wissen will. Aber das spielt keine Rolle, denn der Inhalt ist in der Forschung oft nur noch Nebensache. Ob Menschen nach Sauerkrautsaft-Konsum zu mehr Fremdenfeindlichkeit neigen oder nicht, ist vollkommen irrelevant. Es zählt nur, dass Forschung betrieben wird, die zu Projekten und zu Publikationen führt.

Was aber treibt Forscher dazu, sich mit offensichtlichem Unsinn zu beschäftigen? In heutigen, auf Exzellenz getrimmten Universitäten geht es immer weniger um Erkenntnis. Moderne Universitäten sind vielmehr einerseits Fundraising-Institutionen, die es darauf anlegen, möglichst viele Forschungsgelder für sich abzuzweigen. Und andererseits sind sie Publikationsfabriken, die versuchen, ihren Publikations-Output zu maximieren. Demzufolge ist der ideale Professor eine Mischung aus Fund-

raiser, Projektmanager und Vielpublizierer, bei dem der messbare Beitrag zur wissenschaftlichen Exzellenz im Vordergrund steht.

Nicht wenige Universitäten, die sich nach aussen als grossartige Tempel der wissenschaftlichen Exzellenz darstellen, sind intern zu Kindergärten verkommen, wo Professoren sich gegenseitig mit Publikationslisten und der Menge eingeholter Forschungsgelder zu übertrumpfen versuchen. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit werden Projekt- und Publikationsolympiaden veranstaltet, wobei die Gewinner dann statt mit Medaillen mit Elite- und Exzellenzstatus, Befreiung von Lehrverpflichtungen und im «besten Fall» auch noch mit höheren Salären belohnt werden. Und dass, obwohl viele Projekte und Publikationen für den Rest der Menschheit nicht die geringste Bedeutung besitzen. Eine Folge davon ist, dass Exzellenz durch Nonsense entsteht. So ist die Publikation des Artikels «Nazis by Kraut» in der Zeitschrift *Psychology* ein messbarer Beitrag zur Exzellenz der Universität Bern, obwohl der Inhalt Nonsense ist.

In dem künstlich geschaffenen, kompetitiven Umfeld der modernen Universität müssen also permanent Projekte akquiriert und Artikel publiziert werden, auch wenn man in Wirklichkeit nichts zu sagen hat. Gerade Experimente haben sich in neuester Zeit als besonders geeignet erwiesen, um auch unsinnigen Ideen einen wissenschaftlichen Charakter zu verleihen. Das funktioniert vor allem aus folgenden Gründen:

— Experimente täuschen eine empirische Exaktheit vor, die derjenigen in den Naturwissenschaften gleicht. Dabei wird übersehen, dass sich naturwissenschaftliche Experimente in den meisten Fällen unter genau kontrollierbaren Bedingungen stets wiederholen lassen. Erst wenn ein Ergebnis reproduzierbar ist, erhält es den Charakter eines empirisch erbrachten Beweises. In den Sozialwissenschaften werden Experimente aber typischerweise nur einmal unter bestimmten Bedingungen durchgeführt.

— Experimente in Sozialwissenschaften werden von anderen Forschern praktisch nie repliziert, weil dies teuer und uninteressant ist. Je höher die Kosten eines Experiments sind, umso geringer die Wahrscheinlichkeit, dass ein anderer Forscher das gleiche Experiment noch einmal durchführt. Renommiertere Forscher können sich deshalb durch besonders teure und aufwendige Experimente de facto dagegen absichern, dass ihr Ergebnis durch ein weiteres Experiment unter gleichen Bedingungen falsifiziert wird. Es bringt für einen Forscher im Allgemeinen viel mehr Prestige, wenn er sich ein neues Experiment für eine andere Hypothese ausdenkt.

— Experimente erlauben völlig willkürliche Settings (als raffinierte Forschungsdesigns bezeichnet), mit denen man gewünschte Re-

sultate erreichen kann. Hypothetische Situationen liefern hypothetische Ergebnisse. Also lässt sich praktisch jede Hypothese durch ein ausgeklügeltes Experiment bestätigen. Und wenn das Experiment nicht zum erwarteten Ergebnis führt, wird das Setting eben so lange angepasst, bis sich das Wunschresultat doch noch einstellt. Nicht überraschend kommt deshalb bei praktisch allen Experimenten immer das heraus, was die Forscher vorher als Hypothese formuliert haben.

Vor allem die Psychologie ist so zu einem Massenprogramm von beliebigen Experimenten verkommen und hat ihren Ruf als Wissenschaft weitgehend eingebüsst. Eine grossangelegte Analyse unter der Leitung des Psychologen Brian Nosek hat vor kurzem versucht, das Problem zu beziffern. Die Ergebnisse sind im Fachjournal *Science* im August dieses Jahres erschienen (Estimating the reproducibility of psychological science): Von 100 Studien, die 2008 in drei Psychologie-Journalen erschienen waren, liessen sich nur 39 bestätigen. Im Klartext bedeutet dies: Man kann den grössten Teil der Forschung in der Psychologie einfach vergessen.

Science-Fiction im Labor

Doch auch andere Sozialwissenschaften werden zunehmend von der Experiment-Euphorie erfasst. Das trifft insbesondere auf die Wirtschaftswissenschaften zu. Dort werden Experimente als eine Wiederannäherung an die Realität gefeiert, nachdem die orthodoxe ökonomische Theorie immer mehr zu realitätsferner Science Fiction geworden ist. Doch mit dieser in Labors erzeugten Realität ist es auch nicht immer weit her. Während die herkömmliche Ökonomie durch realitätsfremde Annahmen zu Science Fiction wurde, wird die experimentelle Ökonomie dadurch zu Science-Fiction, dass in Labors raffinierte Pseudorealitäten geschaffen werden, welche sich an den gewünschten Forschungsergebnissen orientieren.

Um den hier geschilderten Trend zu immer mehr unsinniger Forschung durch Experimente zu durchbrechen, müssen erstens die heute bestehenden perversen Anreize im Wissenschaftssystem eliminiert werden. Exzellenz darf nicht mehr anhand der Zahl der Publikationen (bzw. Zitationen) und Projekte gemessen werden. Stattdessen muss der Inhalt wieder im Vordergrund stehen. Und zweitens geht es darum, die Reproduzierbarkeit der Resultate von Experimenten sicherzustellen. Diese sollten erst dann in angesehenen Zeitschriften publizierbar sein, wenn sie unter ähnlichen Bedingungen mehrfach reproduziert werden konnten. Entsprechende Standards müssen erst noch festgelegt werden. Doch zumindest in der Psychologie wird das jetzt ernsthaft diskutiert.

Mathias Binswanger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Neu:

Für innovative Unternehmer

Pazdeal.com

Mobile Kunden- bindung einfach und verkaufsfördernd

Unverbindliches Probeabo
und Beratung bei
kontakt@diemarktpartner.ch



DIE MARKTPARTNER

Die Marktpartner –
Bastianelli & Stutzmann,
8912 Obfelden
www.diemarktpartner.ch

Top 10

Knorr's Liste

1	Der Staat gegen Fritz Bauer ★★★★★ Regie: Lars Kraume
2	Inside Out ★★★★★ Regie: Pete Docter
3	Straight Outta Compton ★★★★★ Regie: F. Gary Gray
4	Mission: Impossible 5 ★★★★★ Regie: Christopher McQuarrie
5	45 Years ★★★★☆ Regie: Andrew Haigh
6	Maze Runner: The Scorch Trials ★★★★☆ Regie: Wes Ball
7	Ich und Kaminski ★★★☆☆ Regie: Wolfgang Becker
8	The Intern ★★★☆☆ Regie: Nancy Meyers
9	Youth ★★★☆☆ Regie: Paolo Sorrentino
10	Everest ★★★☆☆ Regie: Baltasar Kormákur

Kinozuschauer

1 (-)	Inside Out (3-D) 33 951 Regie: Pete Docter
2 (1)	Fack ju Göhte 2 21 180 Regie: Bora Dagtekin
3 (2)	Maze Runner: The Scorch Trials 11 285 Regie: Wes Ball
4 (3)	Everest (3-D) 11 060 Regie: Baltasar Kormákur
5 (4)	The Intern 10 863 Regie: Nancy Meyers
6 (-)	Regression 5 291 Regie: Alejandro Amenábar
7 (5)	The Visit 4 760 Regie: M. Night Shyamalan
8 (-)	45 Years 4 355 Regie: Andrew Haigh
9 (6)	Youth 2 327 Regie: Paolo Sorrentino
10 (7)	Minions (3-D) 1 784 Regie: K. Balda / P. Coffin

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Avengers – Age of Ultron (Disney)
2 (2)	Mad Max: Fury Road (Warner)
3 (3)	Honig im Kopf (Warner)
4 (4)	Fast & Furious 7 (Universal)
5 (-)	Tinkerbell 6 und die Legende ... (Disney)
6 (5)	Pitch Perfect 2 (Universal)
7 (8)	Fack ju Göhte (Rainbow)
8 (7)	Der Knastcoach (Warner)
9 (-)	Cinderella – Live Action (Disney)
10 (6)	Traumfrauen (Warner)

Quelle: Media Control



Recht und Gesetz? «Sicario» mit Emily Blunt.

Kino

Alice im Brutaloland

Er gilt als das neue Talent Hollywoods: der Kanadier Denis Villeneuve. In seinem Drogen-Thriller «Sicario», einem furiosen Höllentrip, beweist er es. *Von Wolfram Knorr*

Geht in eine Kleinstadt, in der der Rechtsstaat noch funktioniert. Hier wirst du nicht überleben. Dieses Land wird jetzt von Wölfen beherrscht.» Von müdem Spott ist der Rat des Kolumbianers Alejandro (Benicio Del Toro) an die FBI-Agentin Kate Macer (Emily Blunt). Sie hatte miterlebt, wie er und die Taskforce, der sie sich anschloss, hemmungslos das Recht beugten. Das versetzte sie in Wut. Wie entblösst von all ihren Idealen und ethischen Prinzipien steht sie dem Mann gegenüber, den sie am liebsten erschiessen würde. Er verkörpert, was sie nicht akzeptieren wollte: dass die besten Gesetze die brutale Wirklichkeit nicht in den Griff bekommen. «Sicario», roh und konsequent, ist ein suggestiver Trip in die Hölle des Drogenkriegs an der mexikanisch-amerikanischen Grenze und die Aushebelung von Recht und Gesetz. Ein Stoff, der immer wieder gerne aufgegriffen wird. Doch hier geht es auch um die Frage, wie weit eine staatliche Körperschaft gehen darf, um ans Ziel zu kommen.

Bei einer grossangelegten Razzia in Arizona stösst ein FBI-Team, das Kate Macer leitet, auf über vierzig Leichen, wie Sardinen in die Hauswände eingelegt. Ein Fund, der alle Beteiligten schockiert. Kate akzeptiert daraufhin die freiwillige Teilnahme in einer verdeckt operierenden Drogeneinheit, die von Matt Graver (Josh Brolin) geleitet wird, einem rustikalen Cowboy-Typ in

flätzig-spöttischer Pose und mit einer Stimme wie rollende Kieselsteine. Zur Gruppe gehört auch Alejandro, undurchdringlich wie eine düstere Wetterfront. Kate ahnt, während sie in schwarzen SUVs durch kaputte Quartiere von Juárez brettern, flankiert von Gangstern, dass die Gesetzestreue wohl weit hinter ihr liegt. Alejandro ist auf der Jagd nach einem Drogenboss, der seine Familie liquidierte, und Matt Graver nutzt die Chance, ihn nach dem Motto «Der Zweck heiligt die Mittel» einzusetzen. Kate fühlt sich bald wie in einem Albtraum, in dem man sich wehren will, aber nicht kann – wenn sie im Stau stecken und Killer rechts und links aus ihren Karren starren. Eine fulminante Actionsequenz von enormer Intensität. Schritt für Schritt kreiselt Kate unter den Männern in einen höllischen Strudel hinab, der ihre Vorstellung von Recht und Gesetz zermalmt.

In Flipflops am Konferenztisch

In «Sicario» (der Titel ist ein mexikanischer Slangbegriff für Auftragskiller) kollidieren gegensätzliche Lebenserfahrungen und Lebenshaltungen. Alejandro, der Ex-Staatsanwalt, der seine Illusionen verloren hat, und Kate, die sich verbissen – in einer dominant maskulinen Gesellschaft – an Rechtsgrundlagen zu halten versucht. Das ist von hypnotischer Spannung. Der Kanadier Denis Villeneuve gehört seit seinem

ersten Hollywoodfilm, «Prisoners» (2013), zu den erstaunlichsten Talenten, die visuelles Spektakel mit intellektuellem wie psychologischem Anspruch verbinden. Mit Kameramann Roger Deakins, mehrfach Oscar-nominiert («Fargo»), erzeugt er ein fast physisches Lokalkolorit, spielt effektsicher mit kühnen Vogelperspektiven auf Steppen und überfüllten mehrspurigen Autopisten, um immer wieder seinen Protagonisten auf den Pelz zu rücken. Ausgewaschen von der grellen Sonne das Licht; hitzig, spöttisch, robust die Figuren und Kate verletzlich wie Alice in einem Brutaloland.

Villeneuve präsentiert, aus der Perspektive der Frau, eine besitzergreifend-rustikale Männerwelt. Wenn am Konferenztisch Matt Graver, mit Flipflops an den nackten Füßen, Kate einschätzt, ob sie seiner Truppe gewachsen sei, dann wird das auch zu einer wunderbaren kleinen Studie über das Männerverhalten bei Einstellungsgesprächen mit Frauen. Kein Wunder, dass die Studiobosse keine Frau für die Rolle wollten. Villeneuve musste lange und hartnäckig dafür kämpfen, unterstützt von Drehbuchautor Taylor Sheridan. Es erwies sich als glänzende Idee, denn erst durch sie erhält der Konflikt am Beispiel des Drogenkriegs eine intensive Wucht. ★★★★★

Weitere Premieren



Armstrong's Fall: «The Program».

The Program — Er war ein Superstar. Siebenmal gewann er die Tour de France, überwand seine Krebserkrankung und wurde gefeiert, zum Vorbild. So verdiente er Millionen – der Amerikaner Lance Armstrong. Doch seine enorme Lebensleistung, seine unglaubliche Karriere war – wie sich später herausstellte – der reine Betrug. 2013 gestand er, heftigst gedopt zu haben, und stürzte tief. Ein Stoff von gewaltiger Fallhöhe, das Zeug zu einer Tragödie; doch Stephen Frears erzählt Aufstieg und Fall wie ein Stationendrama. Emotional kann sein Biopic deshalb nicht so richtig packen. Auch wenn der Radsport nicht im Zentrum steht, sondern Armstrongs massloser Ehrgeiz und Machthunger, bleibt die Figur, gespielt von Ben Foster, immer auf Distanz. Sein Teamterror und seine Rücksichtslosigkeit wirken seltsam beiläufig; der Druck, den er ausübte, wird nie nachvollziehbar. ★★★★★

The Martian — Kein anderer Planet hat die Fantasie so beflügelt wie der sogenannte Rote. Zahlreich sind die verwegenen Storys um grüne Männchen, Monster und andere Fremdlinge, die entweder die Menschen bedrohen («Krieg der Welten») oder von ihnen bedroht werden («John Carter vom Mars»), aber einen richtigen Erdbewohner auf dem Mars, den keine grünen Männchen traktieren, gab's kaum, und das hat Gründe: Auf dem Planeten ist's halt öde, Sandstürme hin oder her.



Verirrt: Matt Damon in «The Martian».

Die Wissenschaft hat den Mars erzählerisch unergiebig oder – wenn schon – zu einer zweiten Erde gemacht. Und da beginnt das Dilemma mit dem Bestseller «The Martian» von Andy Weir. Sein cleverer Roman handelt von einem Astronauten, der während eines Sandsturms verletzt wird, von seiner Crew vor ihrem Rückflug für tot gehalten wird und überlebt, Tagebuch führt und sich dank seiner wissenschaftlichen Kenntnisse für eine gewisse Zeit selbst versorgen kann. Bald erfährt die Nasa auf der Erde, dass ihr Astronaut auf dem Mars noch lebt, und beginnt eine Rettungsaktion.

Von der Grundidee her – Robinson Crusoe auf einem Planeten, am wirkungsvollsten auf dem Mars – war das clever und wurde prompt zum Bestseller. Befremdlich nur, dass sich der Ich-Erzähler, der Biologe Mark Watney, auf dem Mars letztlich wie jemand verhält, der sich einfach nur verirrt hat: ein wenig ängstlich, mehrheitlich verärgert, aber dann doch zupackend – vielleicht kommt ja doch mal jemand vorbei. Die totale Verlorenheit auf einem extrem fernen Planeten mit allen psychologischen und physischen Konsequenzen wird nicht mal ansatzweise spürbar. Insofern unterscheidet sich der mit allen modernen Wissenskenntnissen gewappnete Mark nicht grundsätzlich von Burroughs' John Carter. Die Verfilmung von Ridley Scott («Alien») mit Matt Damon als Mars-Robinson kann weder Verlorenheit noch Unheimlichkeit vermitteln und macht aus der Rettung die grosse amerikanische Individualismus-Helden-Pflege: oben der bangende Mark Watney, unten die Crew, die die Rettung vorbereitet. Spannend ist das Finale. ★★★★★

Fernsehkritik

Jedem Narzissten sein Sprüchlein

Von Rico Bandle

Die SRF-Nachrichtensendung «10 vor 10» hat einen neuen Moderator beziehungsweise Anchorman, wie das neuerdings heisst. In seiner ersten Einsatzwoche begrüsst Arthur Honegger das Fernsehpublikum Abend für Abend mit derselben Floskel: «Zeit für einen Blick hinter die Schlagzeilen». Als ob man betonen müsste, dass in der Sendung nicht nur Schlagzeilen präsentiert werden. Doch um Inhalt geht es bei einem solchen Sprüchlein ohnehin nicht, sondern um «Profil», um «Wiedererkennung», wie es im PR-Jargon heisst.

In den USA legen sich Nachrichtenmoderatoren schon lange eine sogenannte *catchphrase* zu. Legendar war zum Beispiel Edward R. Murrows (1908–1965) Verabschiedung: «Good night, and good luck», die durch den gleichnamigen Film auch hierzulande bekannt geworden ist. In der



Hinter den Schlagzeilen: Arthur Honegger.

Schweiz war es vor allem «Tageschau»-Moderator Charles Clerc, der mit seiner täglichen Anekdote, «Und zum Schluss noch dies...», Kultstatus erlangte.

Mittlerweile glaubt jeder selbstverliebte Fernsehmann, sein lange ausgedachtes Sprüchlein aufsagen zu müssen. Roger Schawinski («Schawinski»): «Diä erscht Talkshow vo dä Wuchä.» Sandro Brotz («Rundschau»): «Ich hab da noch ein paar Fragen.» Kurt Aeschbacher («Aeschbacher»): «D Sändig, wo mä nid nume us Längwili lueged.» Florian Inhauser («Tageschau»): «Das macht an diesem Montag Schlagzeilen.» Und nun auch noch Honeggers «Blick hinter die Schlagzeilen». Die penetrante Wiederholung, dieser Sprung in der Langspielplatte des Narzissmus, ist nicht mehr Ausdruck von Eigenständigkeit, sondern ist zur nervigen Plage geworden.

Zahnsperre für den Hund

Hüftprothesen, Krebsbehandlungen und Magenverkleinerungen sind bei Haustieren keine Seltenheit mehr. Was gut für den Menschen ist, ist fürs Büsi nur billig. In einer Tierarztpraxis an der Zürcher Goldküste erhielten wir Anschauungsunterricht. Von Franziska K. Müller und Kellenberger Kaminski (Bild)

In den frühen Morgenstunden ist in der Zürcher Goldküstengemeinde Zollikon noch nicht viel los. Ausser in der Gewerbezone. Vor der Praxis von Tierarzt Yves Steiger stehen die vierbeinigen Patienten bereits Schlange. Während Herr Steiger eine minimalinvasive Kastration bei einem Kater durchführt, versorgt seine Assistentin Frau Tschäppät einen flauschigen Malteser mit Ketamin. Der Patient leidet unter dentalhygienischen Problemen sowie einem geringfügigen Herzfehler. Dies ergab die präoperative Abklärung. Steiger greift später zu einem bunten Gipsmodell und weist auf knöcherne Verbindungen, die für das einwandfreie Schliessen der Herzklappen verantwortlich sind, bei diesem Hund jedoch eine Anomalie aufwiesen. Könnte man theoretisch operieren, überlegt der Betreiber einer Kleintierpraxis laut. Muss man aber nicht.

Das Tier hat Adipositas

Ein digitales Messgerät gibt Auskunft über die Herzfrequenz von Hund Jérôme, und falls dieser während der Prozedur einen Schwächeanfall erleiden sollte, käme das bereitstehende Beatmungsgerät zum Einsatz. Die Apparatur habe ein kleines Vermögen gekostet, doch solche Anschaffungen gehörten heute zum Standard, sagt Steiger. Ein Haustier, das aufgrund einer Bagatellbehandlung stirbt, ist die Horrorvorstellung jedes Tierarztes. Ein solches Drama hinterlässt nicht nur entsetzte Trauernde, ein finaler Lapsus würde auch in der gutvernetzten Hunde-Society von Zollikon schnell die Runde machen.

Geld ist für viele Tierbesitzer nebensächlich, sparen kann man anderswo.

Das Hightech-Gerät zur Zahnreinigung kann es ebenfalls mit der technischen Infrastruktur aus der Humanmedizin aufnehmen. Pressluftbetriebene Turbinen mit verschiedenen Handstücken und Aufsätzen sorgen für ein sauberes und strahlendes Gebiss. Die Zahnhygiene beim Tier – samt Politur – verhindere bakterielle Entzündungen, die zu Organschädigungen führen können, sagt der Tierart. Ebenfalls im Angebot: Gebisskorrekturen mittels Zahnsperren, Zahnrekonstruktionen und verschiedene Zahnfüllungen. Jetzt müssen ein Biss im Ohr behandelt, eine Pfote untersucht, zwei Impfungen

gemacht und eine Lunge geröntgt werden. Britta, die einst am Strassenrand in Spanien aufgesammelt wurde, hat in der Zwischenzeit «viel Fell um die Taille», wie es in der tierärztlichen Diplomatsprache heisst. Mit anderen Worten: Sie ist übergewichtig. Die passenden Futtersorten, metabolisch, antiallergisch, kalorienreduziert, lagern im Vorraum der Praxis und befinden sich preislich in der Nähe von Delikatesshappen, die sich manche Tierbesitzer vermutlich nur zu festlichen Zeiten gönnen. Adipositas, ein weitverbreitetes Übel unter den urbanen Vierbeinern, kann diverse Erkrankungen provozieren sowie die Lebensdauer eines Tieres um ein bis zwei Jahre verkürzen.

Diese tierärztliche Information ist meist ein derartiger Schock, dass sich die Besitzer bei der Behandlung des Problems nicht lumpen lassen. Der pragmatische Ratschlag von Herrn Steiger – «Friss die Hälfte» – verpufft meist in der Luft. Auch Spezialfutter, komplementärmedizinische Massnahmen sowie Interventionen aus der traditionellen chinesischen Medizin (TCM) bringen bei der Gewichtsreduktion nicht immer den gewünschten Erfolg. Dafür hofft das Institut für Veterinärphysiologie der Universität Zürich, dass seine Forschung im Bereich der operativen Magenverkleinerung bald in Form eines Routineeingriffs an Vierbeinern angewandt werden kann. Seit kurzem existiert auch ein Continuous-Glucose-Monitoring-System, das sich für den Heimgebrauch eignet und die Tierhalter täglich mit Informationen zum Blutzuckerspiegel von diabetischen Hunden und Katzen versorgt.

XL-Tiere sind gesundheitlich gefährdet. Vor allem aber bringen die Plus-Size-Exemplare ihre Halter auf jeder Hundewiese in Misskredit. Ein übergewichtiges Tier signalisiert unmissverständlich: «Keine Menschenseele macht Agility mit mir, und ernährt werde ich aus Beuteln und Büchsen.» Die soziale Kontrolle, aber auch der Austausch untereinander ist bei Hundebesitzern ausgeprägt.

Der neueste Trend unter Hundehaltern heisst «Barfen» und bezweckt eine angebliche Rückkehr zur Natur. Das Tier soll sich wieder so ernähren dürfen wie vor seiner Domestizierung vor ein paar tausend Jahren. Und fett waren die Tiere damals auch nicht. Bei dieser Methode werden rohes Fleisch und fleischige Knochen vom Metzger gefüttert. Ein anderer Ansatz basiert auf der zeitraubenden Zubereitung frischer Mahlzeiten, was dazu führt, dass

manche Menschen für ihre Vierbeiner jeden Tag stundenlang in der Küche stehen, bevor sie für sich selbst erschöpft eine Fertigpizza in den Ofen schieben.

Fische, so teuer wie Kleinwagen

Heute leben 7,6 Millionen Haustiere in der Schweiz. Den ersten Platz belegen 1,4 Millionen Katzen, gefolgt von einer halben Million Hunden, vier Millionen Aquariumbewohnern sowie von Meerschweinchen, Hamstern, Ratten, Frettchen, Mäusen und anderen Nagern. Zu Yves Steigers Patienten gehören auch

Der neueste Trend «Barfen» bezweckt eine angebliche Rückkehr zur Natur.

Exoten, Papageien oder japanische Koi-Fische, die so viel kosten wie ein Kleinwagen. Überhaupt ist das Geld für viele Tierbesitzer nebensächlich, sparen kann man anderswo. Für tierärztliche Interventionen, Haustierbedarf und Dienstleistungen geben die Schweizer pro Jahr 1,5 Milliarden Franken aus (Quelle: Bundesamt für Statistik, 2014).

«Menschen lieben ihre Tiere und wollen das Beste für sie. Das finde ich in vielen, aber nicht in allen Fällen gut», sagt der stoische Herr Steiger. Er bezeichnet sich als «Grundanbieter». Seine Einstellung: Immer erreichbar sein für die Kunden. Sich Zeit nehmen für die Patienten. Das Tier auch als Lebewesen sehen, das manchmal vor der leidenschaftlichen Liebe ihrer Besitzer und den Möglichkeiten der modernen Veterinärmedizin geschützt werden muss.

In einem anderen Leben arbeitete Yves Steiger am Schweizerischen Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe. In Nairobi forschte er an besonders widerstandsfähigen Milchkuhrassen, behandelte Rinder, die an der Schlafkrankheit litten oder an Zeckenbissen erkrankten. «Die Erkenntnisse aus der Virusdiagnostik kamen später auch den Menschen zugute. Heute ist es gottlob umgekehrt», sagt der 54-Jährige, ohne zu lächeln. Vor zwanzig Jahren kehrte er in die Schweiz zurück. Viel hatte sich in der Zwischenzeit verändert. Hofhunde, Kaninchen und Katzen unterschieden sich bis in die siebziger Jahre in der Haltung und Pflege nur wenig von den landwirtschaftlichen Nutztieren. Eine rudi-



«Menschen wollen das Beste für die Tiere»: Veterinär Steiger.

Die Zeitung macht mobil.



Die «Schweiz am Sonntag» lässt Ihnen alle Freiheiten. Ganz gleich ob Sie daheim bleiben, einen Ausflug planen oder ins Café wollen – Ihre «Schweiz am Sonntag» kommt via Tablet oder Smartphone einfach mit. Buchung im App Store oder bei Google Play. www.schweizamsonntag.ch

FR 23.10.2015
AURA, Zürich
Start: 20:00 Uhr



PARADEPLATZ ZÜRICH

my105.ch presents

MASH
UP!
NIGHT

Exklusive
Free Tickets
nur auf my105.ch

MASHUP GERMANY (AKA BEN STILLER) **ROBIN SKOUTERIS** (GREECE)
SCHMOLLI (AUSTRIA) **MAYA JAKOBSON** (ISRAEL)
GIUSEPPE SCAGLIONE (my105)

MANOR*

helvetia

sobu
buy • share • earn

SEAT

PS4

mentäre ärztliche Versorgung sei üblich gewesen, und falls das Haustier nicht schnell und billig gesund wurde, habe man es unsentimental durch ein neues ersetzt, sagt Steiger. Ein erblindender Hund, ein Meerschweinchen mit einem bösartigen Tumor oder ein altersschwacher Kanarienvogel hatten vor zwanzig Jahren noch wenig Überlebenschancen: Es fehlte an technischen Möglichkeiten, vor allem aber an der gesellschaftlichen Akzeptanz für die heute üblichen Behandlungsmethoden.

Zu verdanken ist der Wandel nicht nur dem Wohlstand, der Einsamkeit oder der Hysterie, sondern auch einem juristischen Statuswechsel, der vor zwölf Jahren vollzogen wurde. Seither gelten Tiere vor dem Gesetz nicht mehr als Sachen, sondern als Lebewesen, womit ihrer Empfindungs- und Leidensfähigkeit Rechnung getragen werden muss. Heute sprechen zwei von drei Haustierbesitzern am Telefon zu ihren Tieren, wenn sie diese fremdbetreuen lassen müssen. Der Labrador kann mit einer testamentarischen oder erbvertraglichen Zuwendung beglückt werden. Halter und Tier können sich auf einem speziellen Friedhof im Kanton Baselland gemeinsam begraben lassen. Allein die Betreuung von Hunden schafft in der Schweiz über 6000 Arbeitsstellen.

Besitzer registrieren jedes Mini-Problem

Yves Steiger sitzt jetzt auf einem drehbaren Hocker. Der Computer zeigt in Richtung Behandlungszimmer. «Die Kunden wollen heute involviert sein», sagt der Veterinärmediziner, der sich auf die Früherkennung von diversen Krankheiten spezialisiert hat. Die Sekunden zuvor angefertigte Röntgenaufnahme erscheint am Bildschirm. Steiger zeigt auf einen wolkigen Fleck im Brustkorb der Übergewichtigen Britta. Die Besitzerin diagnostiziert: «Gestautes Wasser in der Lunge.» Der Tierarzt nickt gutmütig und bestätigt auch die von ihr angeregte Dosierung des entsprechenden Medikaments. Mit den meisten Kunden kann man sich heute im Fachjargon unterhalten. Was eine Hüftdysplasie oder eine koronare Kardiopathie ist, was solche Diagnosen bedeuten und welche elaborierten Behandlungsmöglichkeiten im Bereich der Veterinärmedizin existieren, wissen viele, bevor sie den ersten Schritt über die Schwelle der Kleintierpraxis machen. Ebenso wie die meisten zwischen zahlreichen neuen Präparaten sowie allfälligen Kontraindikationen und verschiedenen Schmerztherapien zu unterscheiden wissen.

Bei jenen Lebewesen, mit denen sie oft mehr Zeit verbringen als mit dem eigenen Ehepartner, registrieren die Besitzer zudem jedes Mini-Problem. Dank seiner praxiseigenen Ausrüstung kann Steiger heute blutchemische, mikroskopische und zytologische Laborunter-

suchungen durchführen. Angeboten werden zudem Interventionen im Bereich der inneren Medizin, der Zahnmedizin, der Dermatologie, der Endokrinologie, der Ophthalmologie sowie Eingriffe im Rahmen der Weichteilchirurgie.

Die Motivation, sich zu spezialisieren, ist unter Veterinärmediziner gewachsen. Die Klinik für Kleintiermedizin der Universität Zürich rät ihren Studierenden auch dazu. Die entsprechenden Zusatzausbildungen umfassen sämtliche Gebiete der Humanmedizin, darunter auch Kardiologie, Neurologie und Onkologie. Yves Steiger arbeitet mit zertifizierten Veterinärlabors zusammen. Falls eine onkologische Behandlung, ein Herzbypass oder ein künstliches Hüftgelenk sinnvoll erscheinen, verweist er seine Kunden an jene

Rund sieben Prozent aller Besitzer haben eine Krankenversicherung für ihre Tiere.

Spezialzentren, die wie Pilze aus dem Boden schießen. Sie verfügen nicht nur über die Möglichkeit, ein EKG zu erstellen, über Ultraschallgeräte und Computertomografen, sondern müssen auch moderne Linearbeschleuniger mit Photonen- und Elektronenstrahlung oder einen Kernspintomografen amortisieren. «Die Kollegen müssen auch leben», findet Steiger.

Aber nicht um jeden Preis. Obwohl heute rund sieben Prozent aller Besitzer eine Krankenversicherung für ihre Tiere abschliessen, müssen viele komplexe Behandlungen aus der eigenen Tasche bezahlt werden. Eine Hüftprothese schlägt mit rund 5000 Franken zu Buche, die Operation des grauen Stars kostet so viel wie ein Eingriff am Herz: 3000 Franken. Manchmal behandelt der Mensch seine besten Freunde besser als sich selbst: Dreissig Prozent der Schweizer Tierbesitzer geben an, dass sie bereit sind, sich finanziell zugunsten ihrer Vierbeiner einzuschränken. Dies ist oft auch nötig. Eine einzige photodynamische Strahlentherapie am Animal Oncology and Imaging Center (AOI) im zugerischen Hüneberg kostet zum Beispiel rund tausend Franken. Auch nichtbegüterte Tierfreunde geben zuweilen ihre Ersparnisse her für kostspielige Therapien und Medikamente oder medizinische Hilfsmittel für behinderte Tiere, darunter Rollstühle und Prothesen.

Er sehe diese Entwicklung noch lange nicht an ein Ende gekommen, sagt Yves Steiger. Seine Bemühungen, die Kunden im Vorfeld über die finanziellen Konsequenzen zu informieren, stossen nicht immer auf offene Ohren. Immerhin: Seit das neue Tierschutzgesetz in Kraft getreten ist, dürfen Haustiere nicht mehr gepfändet werden, sollten ihre Besitzer bankrottgehen. ○

DIE WELTWOCH

Blättern wie im Heft.

Mit dem E-Paper lesen Sie die Weltwoche am Bildschirm wie im gedruckten Heft. Und Sie können von jeder Ausgabe fünf Artikel verschicken oder ablegen. Beachten Sie den Link auf unserer Website.

Artikel als PDF verschicken

Available on the App Store

ANDROID APP ON Google play

Glamour und Freude

Die einzigartige Willkommenskultur an der elften Austragung des Zurich Film Festival. Von *Hildegard Schwaninger*



Fern von den Normalos: Tommy Hilfiger, María Dolores Diéguez, Joseph Fiennes, Daniel Grieder.

Ein Hoch auf Nadja Schildknecht und Karl Spoerri! Sie haben das Zurich Film Festival (ZFF) ins Leben gerufen, und jetzt, in seinem elften Jahr, steht fest: Es bringt Glamour, Goodwill und viel Freude nach Zürich und ist eine Riesenreklame für die Limmatstadt. Vom Künstlerischen her war das ZFF 2015 ein hervorragender Jahrgang; der Filmschaffende **This Brunner**, der viel für den Schweizer Film tut und auch die internationale Szene kennt, meint, die Filmauswahl sei «dieses Jahr interessanter als an den Festivals in Berlin und Venedig». Dass Zürich eine der reichsten Städte der Welt ist und gut gefüllte Portefeuilles auch über das ZFF ihre schützende Hand halten (Credit Suisse ist Hauptsponsor, VR-Präsident **Urs Rohner** der Lebenspartner von Schildknecht), kam den geladenen Künstlern zugute.



Riesenreklame: Spoerri, Schildknecht.

Die Luxushotels spannten als ZFF-Partner zusammen, und so konnte **Christoph Waltz** im «Dolder Grand» logieren und **Arnold Schwarzenegger** sowie der mit dem ZFF-Award ausgezeichnete Regisseur **Mike Leigh** («Secrets & Lies», «Mr. Turner») im «Baur au Lac». Die Künstler, die beim grossen Finale Samstagabend im Opernhaus auf der Bühne standen (als Jurymitglieder oder als Preisgekrönte), dankten unisono für die einzigartige Willkommenskultur in Zürich, hier wurden sie verwöhnt mit Wärme, Luxus und Grosszügigkeit.

Den Ausspruch «arm, aber sexy» hat Bürgermeister **Klaus Wowereit** für Berlin geprägt; er passte auch an diesem Abend. Die Künstler trugen armselige Klamotten, beeindruckten dafür mit ihrer Persönlichkeit. Während in den Opernhaus-Rängen die Couture-aufgebrelzten Gäste der Sponsoren sassen. Der isländische Filmemacher **Grímur Hákonarson** durfte für «Rams» als Sieger das «Golden Eye» nach Hause nehmen; er erzählte, dass er fünf Jahre an dem Film gearbeitet hat – das Brot der Kunst ist hart. In «Rams» (es geht um zwei starrköpfige Brüder) spielen Schafe die Hauptrolle («In Island haben wir mehr Schafe als Menschen – 320 000 Menschen, 800 000 Schafe»); der Film kommt Ende November in die Schweizer Kinos. **Birgit Minichmayr**, eine der grossen Bühnen- und Filmschauspielerinnen unserer Tage, war in der Jury; sie trug ein lan-

ges rotes Kleid, das daran erinnerte, dass sie bei den Salzburger Festspielen die Buhlschaft war (das rote Kleid ist für die «Jedermann»-Geliebte ein Muss). **Maria Furtwängler** (auch Jury) sah mehr wie eine Münchner Society-Lady aus; sie ist ja auch mit dem steinreichen Verleger **Hubert Burda** verheiratet. Über das Outfit von Modelady **Trudie Götz**, die im Publikum sass, sei der barmherzige Mantel des Schweigens gebreitet. Nur ein Wort: *fashion victim!*

Die Preisverleihung dauerte zweieinhalb Stunden und zog sich etwas (gelangweilte Zuschauer beschäftigten sich mit SMS-Schreiben), doch dann kam – schwungvoll – die After-Party, und die füllte das Opernhaus sowie das von Davidoff gesponserte Zelt, wo man rauchen durfte, mit fröhlichen Film-Lovers. Von den Stars bekam man nichts mehr zu sehen – die dinierten, fern von den Normalos, im Spiegelsaal des Opernhauses und in der «Brasserie Schiller».

Einen der glamourösen Abende, die rund um das ZFF stattfinden, gab der Modeunternehmer **Tommy Hilfiger**, der die Abendkleider von Nadja Schildknecht sponserte. Er war persönlich anwesend im In-Lokal «Razzia»; an seinem Tisch, den Hilfiger-CEO **Daniel Grieder** präsidierte, ein paar potente Vertreter der Schweizer Wirtschaft. **Ernst Tanner** (Lindt & Sprüngli), **Samih Sawiris** (Orascom), Verleger **Jürg Marquard** mit Ehefrau **Raquel**, deren Exmann **Roger Lehmann** (HSBC) mit



Schwungvoll: Jürg und Raquel Marquard.

seiner neuen Flamme **Alexandra Knapp Voith** da war. (Für die, die über das neuste Quidproquo nicht up to date sind: Lehmann war lange mit **Carolina Müller-Möhl** liiert, der aktuellen Herzdame von Bankier **Raymond Bär**; seine Neue ist Ex-Model und Ex des deutschen Maschinenbau-Krösus **Andreas Knapp Voith**.) Man sah **Prinz Michael von Liechtenstein**, Medienunternehmer **Daniel Kaczynski** (Swisscontent) mit Ehefrau **Claudia** (Tochter von **Hans Heinrich Coninx** aus der Tamedia-Familie). Die Schauspielkunst wurde durch **Moritz Bleibtreu**, **Joseph Fiennes** und **Anatole Taubman** vertreten; der britische Musiker **Marlon Roudette** heizte mit seinem Live-Auftritt ein.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Zum Fressen gern

Die Gesundheitscoachin Elizabeth Rider, 32, ist seit drei Jahren glücklich verheiratet. Der einzige Wermutstropfen: Ihr Mann isst Fleisch.



«Anders kochen»: Elizabeth Rider.

Stars unter sich: Als wir uns näherkamen, entdeckten wir dieselbe Leidenschaft für Reisen und gutes Essen. Wir teilen die gleichen politischen Ansichten und mögen sogar die Freunde des anderen. Wir wuchsen in der gleichen Stadt auf, besuchten die gleichen Schulen. Er war Kapitän der Fußballmannschaft, ich der Star bei der Tanztruppe. Ja, genau: ein beinahe kitschiges Traumpaar. Damals assen wir beide auch noch Hamburger und blutige Steaks.

Alles anders: Natürlich klingt alles fast zu schön, um wahr zu sein, und tatsächlich gibt es ein Thema, das uns in der Zwischenzeit komplett trennt. Nachdem ich lange Zeit nur wenig Fleisch gegessen hatte, entschied ich mich im ersten Jahr unserer Ehe, fortan auch auf Eier und Fisch zu verzichten. Essen ist etwas Soziales, es verbindet oder kann auch trennen: Wenn man – aus gesundheitlichen, religiösen oder ideologischen Gründen – verschmäht, was der andere mag, kann es schwierig werden. Die Fleischesser denken aber auch, dass Veganer sozialistisch wählen, und umgekehrt halten diese die Fleischesser für politisch konservativ.

Streit ums Fleisch: Als Gesundheitscoachin bin ich oft mit dieser Problematik in Beziehungen konfrontiert. Im Gegensatz zu den Fleischessern, die allenfalls über die Vegetarier

und Veganer spotten, finden diese es ein wenig eklig, dass der andere, meist ist es der Mann, tote Tiere verzehrt. Der Umstand, dass Menschen, die auch keinen Fisch und keine Eier essen, anders kochen und im dümmsten Fall über manche Dinge nun auch anders denken, kann rein beziehungs-technisch für Unmut sorgen, der nicht zu unterschätzen ist. Ich erinnere mich an einen Streit, bei dem mein kluger, mich immer unterstützender Ehemann kategorisch verneinte, einen sozialen oder tierschützerischen Sinn in meinen Essgewohnheiten zu sehen. Sein Argument lautete, dass biologisches Fleisch und Eier von glücklichen Hühnern kein Problem seien, und dann brachte er blöde darwinistische Sprüche. Ich weinte. Aus Wut. Auch über mich selbst, weil ich nicht die richtigen Worte fand, um mich genau erklären zu können.

Ehetipps: In der Zwischenzeit fanden wir einen Weg, miteinander zu kooperieren. Aus diesem Grund will ich hier auch meine drei besten Tipps weitergeben, damit Vegetarier und Fleischesser miteinander klarkommen: Vor allem soll der fleischessende Partner nicht beurteilt werden, mit Kommentaren soll man sich zurückhalten, denn er versteht diese sowieso nicht oder fühlt sich – nicht zu Unrecht – angegriffen. Wenn man auf seinen eigenen Essgewohnheiten besteht, müssen beide tolerant sein: auch die Vegetarier und Veganer. In diesem Sinn soll man den Partner auch nicht dazu animieren, weniger Fleisch zu essen, denn entweder glaubt er dann, er werde den baldigen Hungertod sterben, oder er reagiert sehr schlecht gelaunt, weil er sich zu einem Verhalten zwingen muss, das ihm eigentlich nicht zusagt.

Besser: vegetarische Alternativen anbieten, die so schmackhaft sind, dass niemand das Fleisch vermisst, oder auch mal einen Grillabend mit Würsten und vegetarischen Schnitzeln organisieren. Als ich meinem Mann kürzlich ein blutiges Steak aus dem Supermarkt brachte, strahlte er und ass am nächsten Tag mit mir zusammen eine Gemüse-Quiche. Die Gespräche, das Lachen und das Zusammensein beim Essen tun jeder Beziehung gut, darauf sollte man nicht verzichten. Liebe geht durch den Magen? Bei uns trifft dieser Satz zum Glück erneut zu.

Protokoll: Franziska K. Müller

Hormonhaushalt

Von Andreas Thiel —
Gespräch unter
Nobelpreisträgern.

Obama: Jetzt reicht es! Ich will Frieden auf Erden, und zwar sofort.

Physiknobelpreisträger: Wenn wir es schaffen würden, die gesamte Menschheit auf einmal auszulöschen...

Medizinnobelpreisträger: Gibt es kein Heilmittel, welches die Menschheit von ihrer Streitsucht kuriert?

Biologienobelpreisträger: Wir haben neue Waffen entwickelt, welche den Hormonhaushalt feindlicher Kämpfer verändern, um sie friedfertiger zu machen.

Obama: Wie? Wir entwickeln biologische Kampfstoffe?

Biologienobelpreisträger: Wir haben Dopamin- und Oxytocinbomben über Syrien abgeworfen. Oxytocin ist ein Wohlfühlhormon, welches durch angenehme Wahrnehmungen wie Wärme, Hautkontakt und Singen ausgelöst wird. Es fördert die soziale Bindung, Liebe und Vertrauen. Und Dopamin ist ein Neurotransmitter, der Freude auslöst.

Obama: Und wie wirken diese Waffen?

Biologienobelpreisträger: Das Dopamin führt zu einer Antriebs- und Motivationssteigerung der feindlichen Kämpfer. Das Oxytocin stärkt ihren Teamgeist. Die Folgen sind höhere Verluste auf unserer Seite und beim Gegner Frühgeburten, da das Oxytocin auch Wehen auslöst.

Literaturnobelpreisträger: Frieden zu stiften, ist gar nicht so einfach.

Chemienobelpreisträger: Habt ihr es auch mit Melatoninbomben versucht?

Biologienobelpreisträger: Um die feindlichen Kämpfer schläfrig zu machen? Ja. Die Folge war, dass sie ausgeruhter in den Kampf zogen. Es brachte uns aber auf die Idee, über Hungergebieten Cholecystokininbomben abzuwerfen.

Obama: Sind das muskelaufbauende Hormonbomben?

Medizinnobelpreisträger: Cholecystokinin ist ein Neurotransmitter. Er bewirkt ein Sättigungsgefühl.



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Schwarzes Wunder

Von Peter Rüedi



Wie wird man mit Wein berühmt? Hat einer viel Geld, kauft er im Bordelais ein heruntergewirtschaftetes Château mit illustrem Namen, engagiert einen kompetenten Önologen und Agronomen und führt das Anwesen zurück zum Rang, den es in der Klassierung von 1855 eingenommen hat. Der Ruf als Retter des Weinkulturerbes ist ihm gewiss. Einfacher ist: Man erkennt in einer Region, die sich aus welchen Gründen auch immer um ihren Ruf gebracht hat, das Potenzial, restauriert die alten Weinberge und produziert anspruchsvolle Weine, bevor andere auf dieselbe Idee kommen. Ebendies ist dem jungen Betrieb Pago los Balancines (Gründung: 2006) in der nicht viel älteren Appellation Ribera del Guadiana (existiert de facto seit 1999) gelungen. Er hat seinen Sitz in Oliva de Mérida bei Badajoz ganz im Westen der Extremadura, einer Gegend, die für die besten Pata-negra-Schinken weltberühmt ist, nicht aber für Weine. Das sollte sich nach Meinung von Pedro Mercado und seinem Team ändern. Sie legten einen Blitzstart hin. Mit dem Jahrgang 2009 des Roten, den sie nicht ohne Witz «Mata Negra» (schwarzes Gestrüpp) nannten, fuhren sie im Weinführer *Gula Peñín* die gleiche Anzahl Punkte ein wie die Ikone Vega Sicilia Unico Gran Reserva 2003: 96/100. Nun mag man von solchen Bewertungen so viel halten wie von den Noten beim Eiskunstlauf, die Stilhöhe ist aber damit angezeigt. Natürlich war dieser Sprung aus dem Stand nur möglich, weil die jungen Weinmacher für ihre dunkel rubinviolette Cuvée aus Tempranillo, Cabernet Sauvignon und Garnacha das Beste von zum Teil sehr alten Trauben verwenden konnten. Ein Wein für Liebhaber eines sordinierten Weinimpressionismus ist auch Mata Negra 2012 nicht. Er ist eine Wucht in Fortefortissimo: hochkonzentriert, dunkle Frucht (Kirschen, Pflaumen), Vanille, Schokolade. All das, auch der nicht zu knappe Alkohol, allerdings wunderbar austariert mit guter Säure und viel Würze, braucht noch ein paar Jahre bis zum Gipfel respektive ein bisschen Zeit im Dekanter. Sehr attraktiver Preis!

Pago los Balancines: Ribera del Guadiana DO
Mata Negra 2012. 14,5%. Gerstl. Fr. 34.–. www.gerstl.ch

Humm war da

Daniel Humm hat zum ersten Mal nach langer Zeit wieder in der Heimat gekocht. Ein Blick hinter die Kulissen. Von David Schnapp



Immer weiter: Daniel Humm bei seinem Gastspiel in Zürich; Foie gras und Rotkraut.

Es begann letzte Woche mit Hotdogs. Daniel Humm, 39, einer der besten Köche der Welt, kochte nach zwölf Jahren in Amerika erstmals wieder in seiner Heimat. Im Zürcher Nobelstadthotel «Baur au Lac» war er einst als Chef de Partie, zuständig für Fleisch, angestellt. Letzte Woche fand dort sein *homecoming* statt. Es sei eine emotionale Woche gewesen, sagt Humm. Der grossgewachsene Aargauer wirkt müde, an seinen letzten freien Tag kann er sich nicht erinnern. «Im November muss ich ein paar Tage freinehmen.»

Auch sein Team hat eine harte Woche hinter sich, es habe Spannungen gegeben, weil es nicht einfach sei, die gewohnte Qualität von zu Hause an einem für die meisten fremden Ort wiederzugeben. Humm, der mit einem ganzen Team angereist ist, hat kurzfristig zwei weitere Köche aus New York einfliegen lassen, um höchstmögliche Qualität garantieren zu können.

Wer mit Humm arbeitet, muss, wie «Chef Daniel» selbst, bereit sein, an seine Grenzen und darüber hinauszugehen. Die beiden nachgereisten Köche hatten bis 17 Uhr in New York gearbeitet, gingen direkt auf den Flieger, um in Zürich mit dem Abendservice weiterzumachen. Wenn Humm über seine Arbeit spricht, sagt er immer «wir». Er und sein Geschäftspartner und guter Freund Will Guidara sind ohne den jeweils andern kaum denkbar. Die aussergewöhnlichen Momente, die man

als Gast im «Eleven Madison Park» erlebt, sind das Resultat einer besonderen Zusammenarbeit und eines ausgeprägten Teamgedankens.

Eleganz und Schönheit

Die Stimmung in der Küche pendelt zwischen leichter Anspannung, professioneller Konzentration und kollegialem Humor. Humm beobachtet die Lage mit der Gelassenheit des Feldherren, der weiss, dass seine Strategie aufgehen wird. Er kontrolliert, motiviert und mahnt zur Konzentration, wenn er das Gefühl hat, erste Ermüdungserscheinungen machten sich bemerkbar. Zwischendurch legt er einer jungen Frau freundschaftlich den Arm auf die Schulter: «Das ist meine wichtigste Mitarbeiterin in der Küche. Ihr Anspruch ist unglaublich hoch. Sie ist eigentlich nie ganz zufrieden.» Auch Humm selbst ist ein Mann, dessen Perfektionsvorstellungen ihm sein eigenes Leben nicht einfacher machen. Es muss immer weiter gehen: ein neues Buch, neue Restaurantkonzepte, neue Ideen für alles.

Dann nimmt Daniel Humm eine Quetschflasche zur Hand und richtet die mit Rotkohlblättern geschichtete Gänseleber mit Rotkohlcreme an: Das Gericht erweist sich später am Tisch als subtiles geschmackliches Erlebnis von grosser Eleganz und fast schon berückender Schönheit.

Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Wer brüllt denn da?

Der Porsche GT3 RS kann einen das Fürchten lehren. Aber eigentlich will er nur spielen. *Von David Schnapp*

Beim ersten Anblick dieses Testwagens bekomme ich es ein wenig mit der Angst zu tun: Der Porsche 911 GT3 RS, lackiert in einem hochaggressiven «Lava-Orange», will mit jedem Detail sagen: «Ich bin schneller als du!» Riesige Michelin-Spezialreifen (20 Zoll vorne, 21 Zoll hinten) auf mattgrau schimmernden Leichtmetallfelgen liegen in den muskulös ausgestellten Radhäusern. Ausserdem: ein tiefhängender Frontspoiler, rote Sechspunkt-Renngurten, ein geschraubter Überrollkäfig und schliesslich ein Heckspoiler so gross, dass unse-

re kleine Familie bequem hätte daran frühstücken können. Aus Gründen der Sorgfaltspflicht – dieser Super-Elfer kostet immerhin weit über 200 000 Franken – haben wir es nicht getan.

Ein technisches Glanzstück sind ausserdem die Radhausentlüftungen. «Durch die Radhausentlüftung hast du fast dreimal so viel Abtrieb an der Vorderachse wie beim 911 GT3», sagte GT-Projektleiter Andreas Preuninger der Zeitschrift *Auto Motor Sport*. Die Schwierigkeit habe vor allem darin bestanden, diese Entlüftungen für ein Strassenauto homologieren zu können.

Dies ist die fünfte Generation des GT3 RS, der «mehr denn je die Grenze zwischen Strassensportwagen und Rennfahrzeug überwindet», heisst es bei Porsche. Anders gesagt: Dieses Auto übersteigt meine persönlichen Fahrfähigkeiten bei weitem, und es ist eine nicht enden wollende Charakterprüfung. Denn nichts ist leichter, als damit ganz schnell schnell zu fahren. Dreht man den links vom Lenkrad steckenden Zündschlüssel nach rechts, springt nach zwei, drei heiseren Hustern der Vierliter-Sechszylinder-Saugmotor im Heck mit bedrohlichem Donnerrollen an. Mit etwas mehr Pathos: Es

ist wie in der Eröffnungsszene von «Gladiator», wo die Römer den Germanen gegenüberstehen und Feldherr Maximus den Angriff mit den Worten befiehlt: «At my signal, unleash hell.»

Meine Grenzbereiche

Nachdem ich mich an das Auto gewöhnt hatte und die Angst dem Respekt gewichen war, wollte ich wissen, wie schnell der 911 GT3 RS auf einer entsprechenden Autobahn geradeaus fährt. Der angegebene Wert von 10,9 Sekunden bis 200 km/h könnte stimmen. Wenn der 911er laut brüllend voranschiesst, zeigt sich schon mal ein hochgestreckter Daumen aus dem Seitenfenster eines Subaru, andere betätigen anerkennend die Lichthupe, und selbst Motorradfahrer heben grüssend die Hand.

Mindestens so interessant wie die Höchstgeschwindigkeit (310 km/h) ist die Frage, wie schnell man mit dem RS um die Kurve kommt. Dafür gibt es heute in vielen Sportwagen eine sogenannte G-Force-Anzeige. Dass es hier nicht viel höher als 1 g ging, lag dann eher an meinem Grenzbereich als an demjenigen des Autos. Dieses leistet übrigens 500 PS (368 kW) bei 8250 U/min. und hat ein maximales Drehmoment von 460 Nm bei 6250 U/min.

Fassen wir zusammen: Ein Auto wie den Porsche 911 GT3 RS braucht kein Mensch. Das ist das Schöne daran; solche Sportwagen hat man bloss, weil sie einem exklusive Freude bereiten können – und weil man sie sich leisten kann natürlich.

Porsche 911 GT3 RS

Leistung: 500 PS, Hubraum: 3996 ccm
 Höchstgeschwindigkeit: 310 km/h
 Preis: Fr. 221 600.–;
 Testwagen: Fr. 234 230.–





«Nur in New York»: Küchenchef Humm, 39.

MvH trifft

Daniel Humm

Von Mark van Huisseling — Der Schweizer Schulabbrecher gilt als bester Koch Amerikas. Er möchte ein Restaurant in Zürich.

Was ist ein «Humm Dog»? – «Eines der neuen Gerichte unserer Bar [«The Nomad Bar» in Manhattan] ist der «Humm Dog»: Ein Wienerli, eingewickelt in Speck und gebraten, kommt mit Trüffelmayonnaise in ein Kartoffelbriochebrot, wird mit Käse überbacken, dazu *relish* mit Senfkörnern und Stangensellerie.» – «In den vergangenen zwei Jahren erschienen mehr als hundert Artikel über Sie in der Schweiz – muss man so viel Medienarbeit leisten, um sein Restaurant an die Weltspitze zu bringen?» – «Es ist klar, ich gehö' in die Küche, dort bin ich besser als bei Interviews. Aber die Geschichte ist wichtig, die Leute wollen wissen, wer dahintersteckt. Köche haben oft nicht den besten Ruf – drum haben wir eine Aufgabe: Junge für den Beruf zu begeistern. Und eine Aufgabe gegenüber der Nahrungsmittelkette – saisonale Produkte, Produkte aus der Gegend zu brauchen, nicht nur Luxusprodukte. Ein Rüebli kann Luxus sein.»

Daniel Humm, 39, aus Strengelbach im Kanton Aargau, ist Koch, Küchenchef, Restaurant- und Hotelbesitzer in New York. Sein «Eleven Madison Park» in Manhattan hat drei Michelin-Sterne; vergangenes Jahr belegte es Rang vier der San-Pellegrino-Liste der fünfzig besten Restaurants der Welt und war damit das höchstplatzierte Restaurant Amerikas. Der Schulabbrecher begann mit 14 eine Kochlehre in Schinznach und bildete sich im Hotel «Baur au Lac» in Zürich weiter, mit 24 bekam er seinen ersten Stern im «Guide Michelin». Ein Jahr später zog er nach San Francisco, obwohl er kein Englisch sprach, um dort zu kochen. Dieses Gespräch fand im «Baur au Lac» statt, wohin er mit 13 Mitarbeitern gereist war, um während zirka einer Woche zu kochen; an einem Vormittag bereitete er ferner 900 «Humm Dogs» auf dem Bürkliplatz zu (der Erlös war für einen wohltätigen Zweck). «Kann ein Restaurant wie das «Eleven Madison Park»

auch in Zürich Erfolg haben, oder geht das nur in New York, vielleicht in London?» – «Das «Eleven Madison Park» ist in einem historischen Gebäude im Herzen von New York, von wo man auf den Madison Square schaut, mit zehn Meter hohen Räumen; unser Essen ist inspiriert von der Geschichte von New York, das geht nur in New York. Aber die Idee, die Philosophie eines solchen Restaurants würde überall funktionieren, wenn man sich wirklich auf den Ort konzentriert. Ich würd' mich wahnsinnig freuen, in Zürich die Geschichte und die Produkte zu studieren – und ein Restaurant zu entwickeln für Zürich. Ich finde, man muss den Gast einen *sense of place* [Ausstrahlung des Orts] spüren lassen, wenn er in einem guten Restaurant isst – wenn es irgendwo sein könnte, ist es schade.»

«Weshalb tun Sie sich diesen Stress im Kampf um Mützen, Sterne, Punkte, Platzierungen auf Besten-Listen an?» – «Ich hab lieber den Stress vom Erwartungsdruck, als wenn niemand etwas von mir erwarten würde. Und ich glaube, das gibt unserem Team einen wahnsinnigen Ansporn, immer besser zu werden.» – «Ihr Geschäftspartner ist Amerikaner, was haben Sie von ihm gelernt?» – «Will und ich arbeiten seit zehn Jahren zusammen, er ist mein bester Freund [William Guidara, 35, der Restaurantmanager, er hat 50 Prozent der Anteile der Firma, Humm die anderen 50 Prozent]. Ich habe von ihm gelernt, Entscheidungen zu fällen, zum Punkt zu kommen.» – «Und was konnte er von Ihnen lernen?» – «Dass es okay ist, das Unrealistische zu erwarten. Ich weiss, dass ich manchmal unrealistisch bin, aber ich sehe die Resultate, die das bringt. Es ist wichtig, Ziele extrem hoch zu stecken.»

«Einige Spitzenköche sind Extremisten, sind Sie auch extrem?» – «Ich glaub', das ist schon so. Bei mir ist es entweder alles oder nichts. Köche haben wahnsinnig viel Passion. Ich bin sehr ambitioniert, ich mache zum Beispiel den New-York-Marathon, bin ihn schon in 2 Stunden 40 Minuten gelaufen. Im November ist er wieder, und ich bin angemeldet. In den letzten drei Wochen ist alles drunter und drüber gegangen, und ich hab eigentlich keine Zeit gehabt, mich darauf zu konzentrieren. Meine Eltern haben gesagt: «Du musst doch beim Marathon nicht auch noch vorne dabei sein.» Es fällt mir schwer, ich weiss nicht, ob ich den Marathon in vier Stunden rennen will.» – «Ist Spitzengastronomie wie Free Jazz – aufregend für den Küchenchef, aber eine Überforderung für den Gast?» – «Das glaube ich nicht. Beim Kochen geht es um Genuss, nicht darum, zum Denken anzuregen. Es muss schon kreativ und intellektuell sein. Aber vor allem muss es von Herzen kommen und schmecken, megagut schmecken. Noch was zu Jazz: Miles Davis ist unsere Inspiration, ich bin ein Riesenfan.»

Sein liebstes Restaurant: «Wie eine Reise zurück in der Zeit, aber sehr modern auf eine Art.» «L'Ambroisie», 9, place des Vosges, Paris, Tel. +33 (0)1 42 78 51 45

	1	2	3	4		5	6		7	8		9		10
	11								12			13		
14						15								
16									17					
18									19					
			20		21		22				23	24	25	
		26		27						28				
29	30		31				32		33			34		
35				36			37				38			
	39								40					41
42									43					
	44						45							

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Sie ist schlicht eine Tatsache

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Bunte Vögel, wie der Fluss in Vorderasien suggeriert. 5 Software, man kann sie eine Droge nennen. 11 Die Kraft schafft scheinbar schier Unmögliches. 12 Ein Astronom und seine astronomische Konstante. 14 Amoenus mons, also lieblicher Berg, also Sonnenterrasse und Dorf über dem Walensee. 15 Er stapelt in die Höhe, was andere nebeneinander legen. 16: "Wer wenig denkt, irrt viel", so dieser geniale Universalgelehrte. 17 Man kann schon sagen: Sie ist eine Flotte. 18 Wo ein Arnold, ist in Kürze auch er. 19 In Kalifornien bekannte Kiefern. 20 Riesiger salziger See, leider kaum mehr zu sehen. 23 Die Bankkontonummern möchten wir buchstabiert haben. 27 Aus ihnen können wir teils viele Sorten züchten. 28 Er fliegt gerne und ist erfolgreich. 29 Beneidenswert, aber ohne andere nichts wert. 32 Das Leben hat zumindest eines parat. 34 Was eine weibliche Person ersetzt, mutet andersherum gesagt kalt an. 35 So dann auswegslos ausgeliefert. 37 Kluger Kopf, ja, ein richtig heller. 39 Womit die Strasse zum längsten Strassenbaudenkmal der Schweiz wird. 40 Den Säuen gemässe Gefässe. 42 Insel, Provinz und "Hawaii von China". 43 Der Herzöge von Gordons tierische Rasse. 44 Ein Wort, klingt nach Ablehnung. 45 So sich präsentierend passt er wohl der zukünftigen Schwiegermutter.

Senkrecht — 1 Mit H am Anfang wäre er schlagkräftig. 2 Luft, und also auch davon zehn hoch minus neunzehn Prozent. 3 Steht vor 21, ist für 21. Jahrhundert gedacht. 4 Frank, Nancy und Tina - welche Familie. 6 Er fliesst in die Adria und, sagen Italiener, in die Nordsee. 7 Z'Basel an mym Rhy", und die gehört irgendwie auch dazu. 8 Er speist das Asowsche Meer. 9 Darunter schliefen schon Neandertaler. 10 Wer extrem ... ist, hat etwas mit dem Bösen 13 Teil der Pfadfinderlosung. 14 Gotisch, historisch und königlich. 15 Geschlechtsreif. 19 Im Alphabet hinter Orecchiette. 21 Die einstige spanische Krone von dort war ein Reich. 22 Früher immer wieder von der Aare geflutete Gegend. 24 Sonnengott Re und seine tierische Göttin. 25 Französisches Département, Stichwort Pyrenäen. 26 Ebenso fantastisch wie aufwendig inszenierte Zauberwelt. 28 Typisch britisch: Darüber spricht man nicht. 30 Die Seidenstrasse führte durch jenes Königreich. 31 Mirella: Italienerin, Sopranistin. 33 A la Schwedenrätsel: Hauptstadt des nigerianischen Bundesstaates Jigawa. 36 Glaube, der auch in der *Weltwoche* teils Thema ist. 38 Auf Kommando rechtsherum, damit es auch Rindviecher verstehen. 41 Aber welche ein König, der bei Goethe ein Kind ängstigte?

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 436

K	O	M	P	A	R	S	E		E	B	O	O	K
O		T		G		C	H	E	D	D	A	R	L
K	A	N	I	N	C	H	E	N		G	R	O	Z
A	M	I	D	E		E	N	T	F	E	R	N	E
	P	A	R	S	E	C		S					R
H		I				K	A	P	I	L	L	A	R
T	O	L	S			T	O	I		A	D	A	
A	R	E				R		G	E	N	I	L	S
S	A	T	R	A	P					N	O	N	E
S		T	I	E	T		B	A	U		D	R	I
E	R	I	N	N	Y	E		N		E	R	L	E
N		N	D	E	N	I		G	E	R	A	E	T

Waagrecht — 1 KOMPARE 6 EBOOK 10 CHEDDAR 12 KANINCHEN 15 GROZA 17 AMIDE 18 ENTFERNEN 19 PARSEC (Mass der Entfernung von Fixsternen) 20 KAPILLARE (von lat. capillus, Haar) 23 TOLSTOI (Luzern: Titel einer Erzählung Tolstojs) 26 ADA (kurz f. Angehöriger der Armee) 27 ARE 28 GENIESSER 31 SATRAP 34 NONETT 35 TIEFBAU 37 DRITT 38 ERINNYE 39 ERLE 40 NDENI 41 GERÄTE

Senkrecht — 1 KOKA 2 MINIA (-türk) 3 AGNES 4 SCHECKIG 5 EHEN 6 EDGE (= engl. begrenzen) 7 BARREL (= 0,136 t Rohöl) 8 ORON 9 KLAN (dt. Schreibweise von Clan) 11 ENTSPANNUNG 13 AMPHORA (röm. Hohlmass, Gefäss) 14 IDRIS 16 ZERRUETTET 21 IDIO (in Zusammensetzung mit der Bedeutung besonders, eigentümlich etc.) 22 LAENDER 23 TASSEN 24 LETTIN (Bewohnerin Lettlands) 25 TRÄNE 29 SERRA (Intersection: Skulptur von Richard Serra in Basel) 30 STILE 32 RIND 33 PFYN (Pfywald: Grenze zw. Unter- und Oberwallis, bzw. Franz. u. Walliserdeutsch) 36 BEI (-nahe, also auch fast)

Lösungswort — RIGOROSITAET

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Beim Hören der
Charts habe
ich keinen Song
gekannt.

Älter werden fängt früher an,
als man meint.

Jetzt gemeinsam Vorsorge planen.



Mehr auf:
[ubs.com/
vorsorge](https://ubs.com/vorsorge)